

Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Rechtsextremismus und politische Entfremdung

Expertise für das
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

von

MICHAEL EDINGER*

Jena, im Oktober 2010

* Friedrich-Schiller-Universität Jena,
zurzeit Vertreter des Lehrstuhls „Politisches System Deutschlands“
an der Ruhr-Universität Bochum

Inhaltsverzeichnis

1. Anliegen und Begrifflichkeit	5
2. Einstellungen: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit	8
3. Parteien und Bewegung: Mobilisierung gegen die Demokratie.....	22
3.1 Parteien.....	22
3.2 Kameradschaften und Subkultur	37
4. Gewalt: Praktizierte Menschenfeindlichkeit	41
5. Politische Entfremdung als Entleerung der Demokratie?	46
6. Fazit und Ausblick: Stabilität und Wandel der politischen Kultur in Thüringen	59
Literatur	67

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Einstellungen zu den sechs Dimensionen des Rechtsextremismus: Anteil der Befragten mit entsprechenden Einstellungen, 2001-2010 (in Prozent)	13
Abb. 2:	Rechtsextrem Eingestellte: Anteil insgesamt und Anteil der Überzeugten (in Prozent) sowie Mittelwerte, 2001-2010.....	14
Abb. 3:	Mitgliederzahl rechtsextremer Parteien in Thüringen, 1995-2009	23
Abb. 4:	Mitglieder rechtsextremer Parteien pro 100.000 Einwohner: Thüringen im Vergleich, 2009.....	26
Abb. 5:	Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (DVU, NPD, REP) bei Bundestags- und Europawahlen, 1990-2009.....	29
Abb. 6:	Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (DVU, NPD, REP) bei den Thüringer Landtagswahlen im ostdeutschen Vergleich, 1990-2009 (in Prozent).....	30
Abb. 7:	Stimmanteile der NPD in Thüringen bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 –insgesamt, nach Geschlecht und Alter (in Prozent).....	31
Abb. 8:	Mitglieder rechtsextremer subkultureller Gruppierungen in Thüringen, 1996-2009.....	39
Abb. 9:	Gewalttaten und übrige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität - Rechts“ in Thüringen, 2001-2009	43
Abb. 10:	Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen in Thüringen, 1990-2009 (in Prozent)	48
Abb. 11:	Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien (in Tausend), 1992-2009	49
Abb. 12:	Institutionenvertrauen und Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis (Anteile der Befragten mit großem Vertrauen/großer Zufriedenheit in Prozent), 2001-2010.....	55

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items (in Prozent) und Mittelwerte.....	11
Tab. 2:	Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland (Pearson's r), 2006.....	16
Tab. 3:	Kandidaturen von DVU, NPD und REP bei Landtags- und Bundestagswahlen in Thüringen, 1990-2009	27
Tab. 4	Rechtsextreme Konzerte in Thüringen, 2005 bis 2009	40
Tab. 5:	Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität - Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner - 2001, 2005 und 2009	44
Tab. 6	Modell zur Erklärung der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee (Beta-Werte), 2003-2010 und 2010 im Vergleich.....	57

1. Anliegen und Begrifflichkeit

Eine konsolidierte Demokratie zeichnet sich nicht allein durch eine demokratische Verfassungsordnung, durch die Respektierung vereinbarter Entscheidungsregeln seitens der Eliten und durch Meinungsvielfalt aus. Sie bedarf darüber hinaus der Akzeptanz und – wo nötig – der aktiven Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger¹. Mit anderen Worten: Eine Demokratie kann erst dann als hinreichend konsolidiert gelten, wenn auch die politische Kultur im Wesentlichen ihren systemischen Merkmalen, ihrer verfassungsrechtlichen Ausgestaltung, der Struktur politischer Repräsentation und der Interaktion der Eliten entspricht. Für diesen Prozess der zivilgesellschaftlichen Konsolidierung werden in aller Regel lange Zeiträume von mindestens einer Generation veranschlagt (Merkel 2010: 105-127).

Gravierenden Herausforderungen sind vor allem junge Demokratien ausgesetzt, zu denen Thüringen zwei Jahrzehnte nach der Neugründung des Landes und ungeachtet seiner Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland weiterhin zu rechnen ist. Ein erfolgreicher Konsolidierungsprozess bedeutet zudem noch keine Bestandsgarantie für eine Demokratie. Selbst etablierte Demokratien sind dem Risiko der Degression ausgesetzt und können im Verlauf ihres Bestehens einen Qualitätsverlust erleiden. Demokratie bezeichnet insoweit keinen einmal nach mühevollen Konsolidierungsetappen erreichten politischen und gesellschaftlichen Endzustand; vielmehr bedarf sie der alltäglichen Praxis und der beständigen Erneuerung. In dieser Perspektive sind Demokratie und demokratische Kultur als Daueraufgaben zu verstehen, die Regierungsinstitutionen und gesellschaftliche Organisationen, Eliten und Bürger gemeinsam zu bewältigen haben.

Gefährdet werden kann eine Demokratie und mit ihr die demokratische Kultur von Außen wie von Innen. Dabei dient diese Trennung in einer durch wachsende Interdependenz und transnationale Kommunikation charakterisierten und insoweit globalisierten Welt vornehmlich analytischen Zwecken, wie nicht zuletzt der transnationale islamistische Terrorismus verdeutlicht. Gemäß dem Auftrag konzentriert sich diese Expertise auf die der Demokratie im Freistaat Thüringen aus dem Inneren erwachsenden Gefahren und dabei auf den Rechtsextremismus. In der gemeinsamen Erklärung aller Landtagsfraktionen für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen zu Beginn der fünften Legislaturperiode sind rechtsextreme Gruppierungen als die „gegenwärtig in Thüringen .. größte Herausforderung für Menschenwürde, Demokratie und Freiheit“ bezeichnet worden.²

Die Fokussierung dieser Expertise auf den Rechtsextremismus bedeutet nicht, dass die demokratische Kultur Thüringens keinen anderen Herausforderungen, etwa durch den

1 Im Folgenden wird aus sprachlichen Gründen ausschließlich die männliche Form verwendet.

2 Thüringer Landtag, Drucksache 5/23, S. 1

organisierten Linksextremismus oder religiösen Fundamentalismus, ausgesetzt sei; diese gehören jedoch nicht zum Gegenstandsbereich dieser Expertise. Die Analyse erstreckt sich hingegen auch auf solche Herausforderungen, die sich nicht aus der erklärten oder impliziten Ablehnung der demokratischen Verfassungsordnung ergeben, sondern aus einer inneren Distanzierung der Bürger von der Demokratie. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass eine Demokratie auch durch Prozesse der politischen Entfremdung an Qualität einbüßen kann. Die *politische Entfremdung* lässt sich inhaltlich als eine Distanzierung von den Organen, dem Personal und den Verfahren der Demokratie bestimmen, ohne dass damit die Unterstützung rechtsextremer oder anderer demokratiefeindlicher Ideologien einhergehen müsste (vgl. ausführlicher Kap. 5). Die politische Entfremdung kann sich auf der Einstellungsebene durch scharfe Kritik und Ablehnung der praktizierten Demokratie, im Verhalten durch politische Apathie oder Passivität äußern.

Ist damit die politische Entfremdung grob umrissen, so sind mit dem Rechtsextremismus und der demokratischen Kultur zwei weitere Begriffe zu bestimmen, denen für diese Expertise zentrale Bedeutung zukommt. Unter *Rechtsextremismus* wird hier eine Ideologie der Ungleichwertigkeit verstanden, auf deren Grundlage Menschen in Abhängigkeit von bestimmten, oftmals unveränderlichen oder schwer veränderbaren Merkmalen ein unterschiedlicher Wert zuerkannt wird (vgl. ausführlicher Kap. 2). Zu unterscheiden sind rechtsextreme Einstellungen und ein mutmaßlich daraus resultierendes Verhalten, das politischer Natur (Wahlverhalten, Parteimitgliedschaft) und/oder eher alltagskulturell verankert sein kann (Lebensstil, Diskriminierung).

Am schwersten zu bestimmen ist der bereits im Titel dieser Expertise genannte Terminus *demokratische Kultur*. Aus der politikwissenschaftlichen Literatur ist das Konzept der politischen Kultur geläufig, über deren Untersuchung ein bekannter Vertreter des Fachs schon vor Jahrzehnten das Bonmot formulierte, sie gleiche dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln (Kaase 1983). Unternimmt man diesen Versuch, kann politische Kultur in Anlehnung an eine Pionierstudie auf diesem Forschungsgebiet als ein Set von Einstellungen gegenüber dem politischen System und seinen Teilen sowie zur eigenen politischen Rolle charakterisiert werden (Almond/Verba 1963: 13). Hierbei handelt es sich um ein engeres Konzept politischer Kultur (Edinger/Hallermann 2004; Westle 2009), das für die Zwecke dieser Expertise schon aus forschungsökonomischen Gründen alternativlos scheint.³

Demokratische Kultur lässt sich auf dieser konzeptionellen Grundlage als eine spezifische Variante politischer Kultur verstehen. Entsprechend meint die hier verwendete Kurzform demokratische Kultur eigentlich eine demokratische politische Kultur. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Erfordernissen moderner Demokratien entspricht. Dazu gehört vorrangig die Akzeptanz der demokratischen Ordnung und der teils verfassungsfest verankerten, teils kulturell etablierten demokratischen

3 Für ein weiteres Konzept politischer Kultur plädierte Rohe (1994). Umsetzungen finden sich bei Schuppert (2008) sowie – auf Ostdeutschland bezogen – bei Thumfart (2002).

Entscheidungsverfahren durch Bürger, die sich – im Grundsatz – als Subjekte politischer Prozesse verstehen. Zu den Merkmalen einer demokratischen (politischen) Kultur gehören des Weiteren eine gewaltfreie politische Kommunikation und Interessenartikulation sowie die Anerkennung des gesellschaftlichen und politischen Pluralismus. Eine Gefährdung der demokratischen Kultur liegt dementsprechend nicht erst bei einer manifesten Bedrohung der politischen Ordnung vor. Sie ist auch dann gegeben, wenn demokratische Verfahren unterlaufen und Grundregeln politischer Kommunikation nicht geachtet werden. Auch eine „Zuschauerdemokratie“, in der die Bürger sich weitgehend aus dem politischen Leben zurückziehen und bei periodischen Wahlen nur noch als Punktrichter Noten für die politischen Repräsentanten verteilen, ist mit einer demokratischen Kultur schwer in Einklang zu bringen.

Die vorliegende Expertise versteht sich als eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme des Rechtsextremismus und – nachgeordnet – von Prozessen politischer Entfremdung in Thüringen zwanzig Jahre nach der Neugründung des Landes. Sie strebt keine umfassende Darstellung dieser Gefährdungen für die demokratische Kultur an, sondern beschränkt sich auf die Untersuchung *zentraler Strukturmerkmale* sowie auf die Analyse wichtiger *Entwicklungen* im Zeitraum 1990 bis 2010. Den Kern der Expertise bildet die Darstellung der sichtbaren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus: einesteils seiner (Partei-) Organisationen und Subkulturen (Kap. 3.1 und 3.2), andernteils seiner gewaltsamen Manifestationen (Kap. 4). Vorangestellt ist die Auseinandersetzung mit den einem solchen Handeln zugrunde liegenden Einstellungen: der nicht oder kaum sichtbaren Seite des Rechtsextremismus (Kap. 2). An den subjektiven Wahrnehmungen, Orientierungen und Präferenzen der Bürger setzt auch das Kapitel V an, das – abseits des Rechtsextremismus – nach Krisensymptomen der regionalen Demokratie fragt, die auf Prozesse politischer Entfremdung zurückgehen.

Die Expertise beschließt ein Fazit, das zugleich Schlussfolgerungen aus den Befunden der empirischen Analyse zieht und weitere Perspektiven der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wie mit Formen politischer Entfremdung aufzuzeigen versucht (Kap. 6). Diese *conclusiones* haben keinen präskriptiven Charakter und sind ebenso wenig als Handlungsvorschläge an politische Entscheidungsträger und/oder zivilgesellschaftliche Initiativen zu verstehen. Gleichwohl verbindet sich mit ihnen die Hoffnung, Zusammenhänge aufzeigen, das Problembewusstsein der Akteure schärfen sowie bei einzelnen Themen Handlungsalternativen darlegen zu können. Sollte dies ansatzweise gelingen, wäre ein zusätzliches Anliegen erfüllt: mit den Werkzeugen der sozialwissenschaftlichen Forschung einen bescheidenden Beitrag zur Bewahrung eines demokratischen, toleranten und weltoffenen Thüringens zu leisten.

2. Einstellungen: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit

In der Bevölkerung wird der Rechtsextremismus nicht zuletzt auf Grund einer stark ereignisorientierten, mitunter auf Skandalisierung zielenden Medienberichterstattung vorrangig mit seinen politischen Aktivitäten im öffentlichen Raum (Demonstrationen, Parteiveranstaltungen) oder aber mit subkultureller Gewalt assoziiert. Dieses Wahrnehmungsmuster richtet den Fokus auf Gefahren für die demokratische Ordnung, die maßgeblich von manifesten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ausgehen. Gleichwohl handelt es sich dabei um eine Engführung des Rechtsextremismus, die für bestimmte praktische Zwecke womöglich sinnvoll ist, für eine breite (sozial-)wissenschaftliche Analyse des Gegenstands aber nicht zu befriedigen vermag (grundlegend Scheuch 1967; Falter/Jaschke/Winkler 1996; Schubarth/Stöss 2001; Klärner/Kohlstruck 2006; Pfahl-Traugher 2006). Ganz bewusst setzt diese Analyse daher bei dem an, was Rechtsextremismus im Kern ausmacht: den Einstellungen – und nicht bei seinen vielfältigen sichtbaren Manifestationen. Letztlich werden beispielsweise ein Angriff auf Ausländer oder die Durchführung eines Konzerts mit Neonazi-Bands dadurch zum rechtsextremen Handeln, dass ihnen (mutmaßlich) eine entsprechende Gesinnung zugrunde liegt. Diese Überlegungen sprechen auch dagegen, die Ausübung von Gewalt oder auch nur die Gewaltbereitschaft zum Bestandteil der Definition des Rechtsextremismus zu machen, wie dies verschiedentlich geschehen ist (Heitmeyer 1987: 16).

Was aber ist dieser weiter gefasste Analyseansatz zu leisten im Stande? Die Untersuchung der entsprechenden Einstellungen trägt zu einem besseren Verständnis der rechtsextremen Verhaltensweisen bei, indem sie Aufschluss über die sozio-kulturelle Verankerung des Rechtsextremismus in der Gesellschaft sowie in einzelnen sozialen Gruppen gibt. Damit wird das gesellschaftliche Klima charakterisiert, in dem rechtsextreme Organisationen agieren. Dieses kann derartige Aktivitäten begünstigen, etwa wenn in der Bevölkerung ausgeprägte Ressentiments gegen bestimmte Fremdgruppen bestehen und sich Akteure der extremen Rechten dadurch zu einem wie auch immer gearteten Handeln veranlasst sehen, oder es kann diese diskreditieren helfen. Anhand der Verbreitung relevanter Einstellungen lässt sich zudem eine Vorstellung vom Unterstützungspotenzial rechtsextremer Organisationen und Parteien gewinnen.

Im sozialwissenschaftlichen Schrifttum besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Rechtsextremismus als eine „Ideologie“ der Ungleichwertigkeit verstanden werden kann (Decker/Brähler 2006: 20; Stöss 2007:62; Jaschke 2006; ähnlich Schröder 2004: 17). Menschen wird dabei je nach ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Nationalität ein unterschiedlicher Wert zuerkannt.⁴ „Ideologie“ ist dabei nicht im Sinne eines fest

4 Diese zumeist auf unveränderlichen oder nur schwer veränderbaren Merkmalen basierende Abwertung muss nicht immer offen zu Tage treten. Ein Beispiel für eine versteckte Abwertung stellt das im Umfeld der sogenannten Neuen Rechten entwickelte Konzept des Ethnopluralismus

zementierten, in sich geschlossenen, konsistenten Weltbilds zu verstehen, sondern als ein Einstellungssyndrom, das sich aus verschiedenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen ergibt.⁵ In der einstellungsbezogenen Rechtsextremismusforschung sind in dem Bemühen um eine Vereinheitlichung der Messkonzepte sechs Dimensionen des Einstellungssyndroms identifiziert worden: Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Unterstützung einer rechten Diktatur, Nationalismus (mitunter auch als Chauvinismus bezeichnet) und Ausländerfeindlichkeit.⁶

Um die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen gerade auch im Zeitverlauf bestimmen zu können, wird auf Längsschnittdaten zurückgegriffen, die im Rahmen von jährlichen Telefonbefragungen zu Aspekten der politischen Kultur im Freistaat, des sogenannten THÜRINGEN-MONITORS, durchgeführt worden sind.⁷ Im Rahmen eines breiteren Frageprogramms wird dabei auch eine Batterie mit zehn Items zur Erhebung rechtsextremer Einstellungen verwendet, die Aussagen über die Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre ermöglichen. Jedes der Items ist einer der

dar, dass alle Ethnien als gleichrangig zu betrachten vorgibt, sie aber systematisch voneinander abgrenzen möchte.

- 5 Der Terminus ist insoweit missverständlich, als er sich erstens mit der Begrifflichkeit der Verfassungsschutzämter deckt, deren Extremismus-Begriff jedoch auf die aktive, im Handeln sichtbare Ablehnung der grundgesetzlichen Ordnung zielt und zweitens auf die politische Links-Rechts-Skala verweist. Zum ersten Problem ist zu bemerken, dass sich das hier entwickelte Verständnis rechtsextremer Einstellungen nicht auf die Ablehnung der grundgesetzlichen Ordnung stützt, wohl aber aus den Dimensionen des Einstellungssyndroms eine Distanz zur demokratischen Ordnung abgeleitet werden kann – die dann empirisch zu bestätigen wäre. Das zweite Problem ergibt sich daraus, dass die Verortung auf der Links-Rechts-Skala oftmals anhand der Positionen zur staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens vorgenommen wird, die angesichts programmatischer Veränderungen im Rechtsextremismus zur Messung entsprechender Einstellungen wenig geeignet erscheinen. Bestimmt sich „links“ und „rechts“ hingegen entlang des Kontinuums von „libertär“ zu „autoritär“, ergeben sich deutliche Bezüge zum hier verwendeten Einstellungskonzept. Dieses Konzept weist wiederum deutliche Bezüge zum Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ auf, das von der Bielefelder Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer entwickelt worden ist (Heitmeyer 2002; siehe auch <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einfuehrung.html>).
- 6 Den Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Messkonzepts waren insgesamt drei Experten-Workshops gewidmet, an denen auch der Verfasser teilnahm. Im Ergebnis konnte über die Festlegung der zentralen Dimensionen des Einstellungssyndroms eine Liste mit 30 Items erarbeitet werden (je fünf Items pro Dimension), deren Verwendung für die weitere Einstellungsforschung empfohlen wurde. In mehreren Studien wurden seit 2003 Messinstrumente unter Verwendung von Items aus dieser „Konsens-Liste“ konstruiert, darunter auch das hier verwendete. Da jedoch keine Einigung über die Antwortskalen erzielt werden konnte, sind die Untersuchungsergebnisse weiterhin nur sehr eingeschränkt vergleichbar.
- 7 Der THÜRINGEN-MONITOR ist eine Repräsentativbefragung von 1.000 wahlberechtigten Thüringern, die seit dem Jahr 2000 jährlich im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei durchgeführt wird. Das jeweilige Erhebungsinstrument setzt sich einerseits aus Fragen zu einem jährlichen wechselnden Schwerpunktthema, andererseits aus einem Frageprogramm zu politischen Einstellungen zusammen, das repliziert wird, um eine Dauerbeobachtung zu gewährleisten. Die hier dokumentierten Befunde beziehen sich alle auf die Daten des THÜRINGEN-MONITORS; auf Einzelnachweise wird hier aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet.

sechs oben aufgeführten Dimensionen zugeordnet und gehört zu der von einer „Konsensgruppe“ empfohlenen Fragenbatterie zur Erhebung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland.⁸ Dabei erfährt die Ausländerfeindlichkeit als Kristallisationspunkt eines neuen Rechtsextremismus besondere Berücksichtigung. Für die Einordnung der Thüringer Befunde in den ost- und gesamtdeutschen Kontext stehen Daten eigener bundesweiter Erhebungen aus den Jahren 2007 und 2009 zur Verfügung.

Bereits ein erster Blick auf die durchschnittlichen Mittelwerte in den Jahren 2001 bis 2010 lässt erkennen, dass die Zustimmung zu den einzelnen Items stark variiert – und dies sowohl zwischen Items verschiedener Dimensionen als auch zwischen denen, die der gleichen Dimension zuzurechnen sind (Tab. 1, 4. Spalte). Auf besonders deutliche Ablehnung stößt in Thüringen die Behauptung, die Juden hätten etwas Besonderes und Eigentümliches an sich: Das arithmetische Mittel der Mittelwerte liegt hier bei 1,46 Punkten auf einer von 1 („lehne völlig ab“) bis 4 („stimme voll und ganz zu“) reichenden Skala. Die Aussagen zum Nationalsozialismus und zur Diktatur im nationalen Interesse finden gleichfalls nur begrenzte Unterstützung im Freistaat (jeweils 1,62). Demgegenüber liegen die Mittelwerte bei einem der beiden nationalistischen Statements sowie bei den Aussagen zur sozio-ökonomischen Ausländerfeindlichkeit und zur Überfremdung jeweils oberhalb des rechnerischen Skalenmittelpunkts. Allen drei Aussagen hat im Schnitt der Jahre 2001 bis 2010 eine Mehrheit der Befragten ihre Zustimmung gegeben (Tab. 1, 3. Spalte).

Zwar können die Dimensionen nicht direkt miteinander verglichen werden, doch legt der Vergleich der zehn Items nahe, dass ausländerfeindliche und nationalistische Statements am ehesten auf eine breite Resonanz in der Thüringer Bevölkerung stoßen.⁹ Die Ausländerfeindlichkeit ist in Thüringen wie im übrigen Ostdeutschland zudem sehr viel weiter verbreitet als in den alten Ländern (Poutrus/Behrends/Kuck 2000; Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer 2007). Dieser Befund lässt sich anhand von gesamtdeutschen Vergleichsdaten für die Jahre 2006 und 2009 klar bestätigen. Beachtliche Unterstützung erfahren aber auch die beiden sozialdarwinistischen Aussagen: durchschnittlich ein knappes Viertel der Befragten meint, in der Gesellschaft solle sich wie in der Natur immer der Stärke durchsetzen, etwa ein Drittel unterscheidet zwischen wertvollem und unwertem Leben. Während die Unterschiede in den Zustimmungswerten in aller Regel den Mittelwertunterschieden entsprechen, gilt dergleichen für die beiden sozialdarwinistischen Aussagen nicht. Die Mittelwerte sind hier nahezu identisch, während die Aussage zum unwerten Leben eine erheblich höhere Zustimmungquote aufweist. Offensichtlich polarisiert diese Aussage stark, wie die

8 Es ist anzumerken, dass die Formulierung einzelner Items immer kontrovers bleibt. Bisherige Untersuchungen haben allerdings wenige Hinweise darauf ergeben, dass die Forschungsbefunde bei leichter Variation der Items *in ihrer Struktur* anders ausfallen, Für eine Kritik einzelner Items Schröder 2007, für eine Kritik der Kritik Kraus 2008.

9 Diese Annahme wird auch durch die Ergebnisse anderer Studien bestätigt, denen ein anderes Messinstrument zugrunde lag (z.B. Decker/Brähler 2006: 32-41).

hohe Standardabweichung erkennen lässt (Tab. 1., 5. Spalte), und sie provoziert bei vielen Befragten eine entschiedene Ablehnung.

Tab. 1: Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items (in Prozent) und Mittelwerte

Dimensionen und Statements	Zustimmung 2010	Zustimmung (2001-08)	Mittelwerte* (2001-10)	Standardvarianz* (2001-10)
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	47	54	2,59	1,04
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	40	51	2,52	0,96
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten ...“	17	23	1,82	1,00
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	28	31	1,88	1,15
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	20	23	1,86	0,96
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	51	60	2,72	1,02
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	31	33	2,08	0,95
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	15	19	1,62	0,92
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	9	12	1,46	0,78
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere	15	18	1,62	0,86

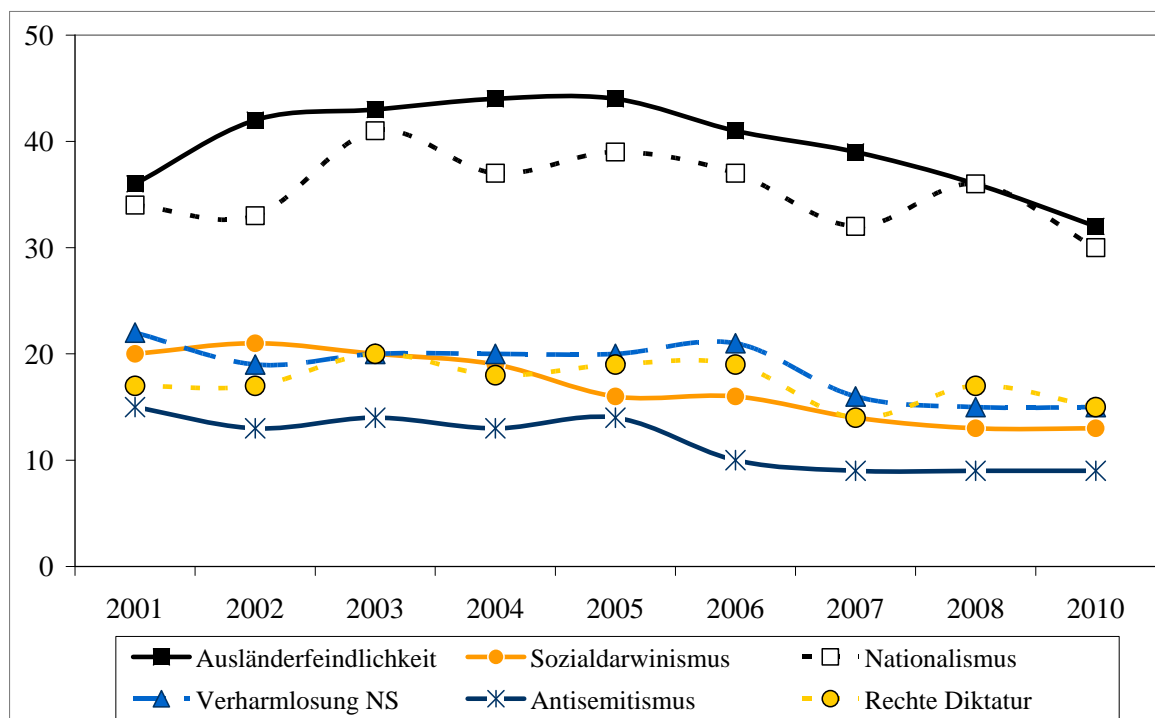
* arithmetisches Mittel der Jahreswerte auf einer Skala von 1 („lehne völlig ab“) bis 4 („stimme voll und ganz zu“)

Quelle: THÜRINGEN-MONITOR

Die in Tabelle 1 dokumentierten Werte geben auch einen ersten Hinweis auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Zeitverlauf. Sie lassen erkennen, dass im letzten Erhebungsjahr (2010) jedes der Items von weniger Thüringern unterstützt worden ist als im Mittel der Jahre 2001 bis 2008. Kontinuität und Wandel der entsprechenden Einstellungen sind damit freilich nur unzureichend erfasst, da der Verlauf nicht berücksichtigt ist. Dieser wird hier zunächst für die einzelnen Dimensionen dokumentiert, bevor für die im Weiteren leitenden Untersuchungen des Einstellungssyndroms die Konstruktion eines Rechtsextremismus-Indexes erfolgt. Im Interesse einer besseren Verständlichkeit werden dabei statt der Mittelwerte die Anteile von Befragten mit entsprechenden Einstellungen zugrunde gelegt. Bei Dimensionen, die durch mehr als eine Frage erfasst sind, berechnen sich diese Anteile auf der Basis der Antworten auf alle diese Fragen. Dabei werden den Antworten Zahlen von 1 („lehne völlig ab“) bis 4 („stimme voll und ganz zu“) zugewiesen und diese aufsummiert. Bei Befragten, die auf dem jeweiligen Index einen Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts erreichen, wird davon ausgegangen, dass die entsprechenden (ausländerfeindlichen, sozialdarwinistischen usw.) Einstellungen vorliegen.

Die Einstellungen in den einzelnen Dimensionen haben sich in Thüringen seit 2001 höchst unterschiedlich entwickelt. So haben ausländerfeindliche Einstellungen in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zunächst deutlich zugenommen, sind dann ab 2005 aber immer weniger verbreitet, wobei das Ausgangsniveau des Jahres 2001 zuletzt deutlich unterschritten wurde (Abb. 1). Ein ähnlicher Verlauf ist bei den sozialdarwinistischen Orientierungen zu beobachten. Hingegen weisen die Kurven für den Nationalismus und die Einstellung zu einer Diktatur im nationalen Interesse ein Zick-Zack-Muster ohne erkennbaren Trend auf. Der Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus wiederum haben in Thüringen während des Untersuchungszeitraums zunächst gleich bleibende Zustimmung gefunden. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ist diese erkennbar gesunken.

**Abb. 1: Einstellungen zu den sechs Dimensionen des Rechtsextremismus:
Anteil der Befragten mit entsprechenden Einstellungen, 2001-2010
(in Prozent)**



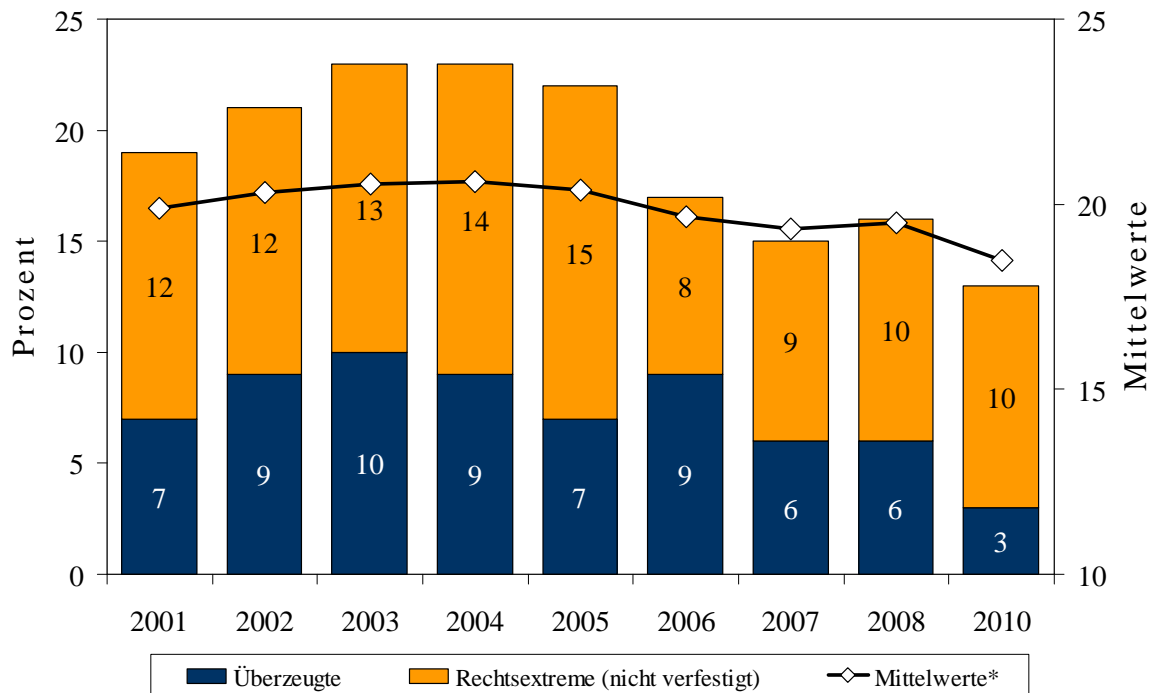
Quelle: THÜRINGEN-MONITOR

Um aber jenseits dieser notwendigen Differenzierung ein Gesamtbild der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen zeichnen zu können, erscheint es sinnvoll, einen entsprechenden Gesamtindex zu bilden. Auf diesem Summenindex können Befragte Werte zwischen 10 (bei völliger Ablehnung aller zehn Statements) und 40 (bei jeweils entschiedener Zustimmung) erreichen. Ergab sich für die Thüringer 2001 zunächst ein Mittelwert unterhalb von 20 Punkten, so stieg dieser bis 2004 um knapp einen Punkt, um dann bis 2008 wieder auf das Ausgangsniveau und von 2008 auf 2010 um einen weiteren Punkt auf nunmehr 18,5 Punkte zu sinken (Abb. 2: Mittelwerte). Dieser Verlauf entspricht der – leichter zu interpretierenden – Entwicklung des Anteils rechtsextrem Eingestellter. Wählt man wiederum die rechnerische Skalenmitte als Schnittpunkt, so erreichte dieser Anteil 2004 mit 23 Prozent seinen bisherigen Höchststand und halbierte sich dann fast bis zum Ende des Jahrzehnts (Abb. 2: Säulen).

Der Anteil überzeugter Rechtsextremer, also von Befragten mit einem Punktwert von mindestens 30 auf dem Rechtsextremismus-Index, ist erst 2007 deutlich und dann 2010 nochmals gefallen. Damit hat sich zugleich eine Veränderung in der Binnenstruktur der rechtsextrem Eingestellten vollzogen: Stellten die überzeugten Rechtsextremen mit stark verfestigten Orientierungen bislang zwischen einem Drittel und gut der Hälfte der gesamten Gruppe, so ist ihr Anteil 2010 auf etwa ein Viertel gefallen. Damit ist der Rückgang rechtsextremer Einstellungen während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts im Jahr 2010 zugleich durch ein Schrumpfen der Gruppe der Überzeugten

charakterisiert. In seinem Ausmaß ist dieser Rückgang bemerkenswert, allerdings fällt auf, dass der Anteil fehlender Werte beim Rechtsextremismus-Index 2010 mit fast einem Viertel der Befragten außergewöhnlich hoch lag.¹⁰

Abb. 2: Rechtsextrem Eingestellte: Anteil insgesamt und Anteil der Überzeugten (in Prozent) sowie Mittelwerte, 2001-2010



* Mittelwerte auf einer Skala von 10 („überhaupt keine rechtsextremen Einstellungen“) bis 40 („komplett geschlossenes rechtsextremes Weltbild“)

Quelle: THÜRINGEN-MONITOR

Wenn aber die erhöhten Missing-Werte allenfalls als eine Teilerklärung für die geringere Verbreitung rechtsextremer Orientierungen taugen: Wie erklärt sich dann dieser Trend? Aufschluss darüber verspricht eine Analyse möglicher Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus im Vergleich der Jahre 2004 und 2010, also den Jahren mit den höchsten bzw. niedrigsten Anteilen rechtsextrem Eingestellter im Zeitverlauf. Im Vergleich der beiden Erhebungszeitpunkte lassen sich einige Unterschiede erkennen: So wurde die wirtschaftliche Lage in Thüringen von den Befragten 2010 deutlich positiver bewertet als sechs Jahre zuvor. Zugleich waren die autoritären Einstellungen und die Affinität zur DDR weniger stark ausgeprägt. Bei gleich bleibendem Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus haben also alleine die Veränderungen dieser drei Variablen zu einem Rückgang rechtsextremer Einstellungen geführt. Mitunter verhält es sich auch umgekehrt, wie beispielsweise mit der Demo-

10 Wegen des listenweisen Ausschlusses von Fällen führt bei einem Befragten bereits ein fehlender Wert für eines der zehn Items („weiß nicht“ oder „keine Angabe“) dazu, dass er bei der Berechnung der Punktwerte auf der Rechtsextremismus-Skala nicht berücksichtigt wird.

kratiezufriedenheit: Die Einstellungen bleiben konstant, aber der Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus ist stärker als 2004.

Neben der diachronen Thüringer Entwicklung interessiert hier zugleich – in synchroner Betrachtung –, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in Thüringen im Vergleich zu den weiteren ost- und zu den westdeutschen Ländern sind und mit welchen sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen sie zusammenhängen. Dabei ergibt sich für das Jahr 2006 die seltene Möglichkeit eines uneingeschränkten Vergleichs mit bundesdeutschen Daten. In einer deutschlandweiten Befragung am Ende dieses Jahres, der JenRex-Studie, wurden nämlich alle zehn Items zur Messung des Rechtsextremismus aus dem THÜRINGEN-MONITOR übernommen. In vergleichender Perspektive stießen die entsprechenden Statements im Freistaat auf deutlich stärkere Resonanz als in der Bundesrepublik insgesamt. Auf dem von 10 bis 40 reichenden Rechtsextremismus-Index lagen die Werte der im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS Befragten mit 19,7 Punkten um etwa drei Punkte höher als in Gesamtdeutschland und um anderthalb Punkte höher als im gesamten Ostdeutschland. Während in Thüringen seinerzeit 17 Prozent der Befragten als rechtsextrem gelten mussten, waren es in Ostdeutschland 13 Prozent und in Westdeutschland weniger als sieben Prozent.

Entspricht dieser stärkeren Ausprägung rechtsextremer Orientierungen im Freistaat anno 2006 auch eine spezifische Struktur, die sich von der in den anderen ostdeutschen Ländern und in Westdeutschland unterscheidet? Aufschluss darüber können die Zusammenhänge geben, die zwischen dem Rechtsextremismus-Index und anderen Faktoren bestehen, die in beiden Erhebungen, dem THÜRINGEN-MONITOR und der JenRex-Studie erfragt wurden. Wie Tabelle 2 illustriert, finden sich bei der zuletzt genannten Studie trotz der stark zwischen beiden Landesteilen variierenden Verbreitung des Rechtsextremismus kaum Unterschiede in den Zusammenhängen mit Alter, Bildung und verschiedenen Einstellungen. Bemerkenswert ist allein der geringere Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala in den neuen Ländern und der dort stärkere Zusammenhang mit einer positiven Bewertung der DDR. In Thüringen ist die DDR-Bewertung sogar noch stärker mit dem Rechtsextremismus korreliert als in den übrigen neuen Ländern (zur Interpretation vgl. TM 2005: 72-74)

Für Thüringen bestehen ansonsten drei Besonderheiten, von denen allerdings zwei ausschließlich den Werten des Jahres 2006 geschuldet sein dürften: 1) die stärkere Korrelation der Rechtsextremismus-Skala mit dem Empfinden, nicht den der eigenen Einschätzung nach zustehenden Anteil zu erhalten, und 2) die fehlende Signifikanz des Alters. Legt man hingegen statt des Jahres 2006 den Schnitt des gesamten zehnjährigen Untersuchungszeitraums zugrunde, unterscheiden sich die Thüringer Werte in beiden Fällen nicht von denen andernorts. Hingegen hängen die rechtsextremen Einstellungen in Thüringen – dies ist die dritte und genuine Besonderheit – mit dem formalen Bildungsniveau erheblich stärker zusammen als in Gesamtdeutschland. Faktisch bedeutet dies, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit bei den unteren Bildungsgruppen im Freistaat auf besonders fruchtbaren Boden fallen.

Tab. 2: Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland (Pearson's r), 2006

	Thüringen	Ostdeutsch- land	Westdeutsch- land
Alter	.05*	.13	.14
Bildung	-.43	-.35	-.37
eigene finanzielle Lage	-.19	-.17	-.15
gerechter Anteil	-.27	-.20	-.19
gerechte Gesellschaft	-.17	-.21	-.16
Demokratie gute Staatsidee	-.37	-.33	-.32
Demokratiezufriedenheit	-.23	-.21	-.19
DDR mehr gute Seiten	.39	.33	.23
Autoritarismus (Index)	.63	.62	.61
Institutionenvertrauen	-.15	-.18	-.16
Links-Rechts-Skala	.31	.26	.34
Ostdt. Menschen 2. Klasse**	.38	.36	---

* nicht statistisch signifikant; alle anderen Zusammenhänge sind höchstsignifikant ($p < .001$)

** Wortlaut: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“

Quellen: THÜRINGEN-MONITOR (für Thüringen); JenRex-Studie (für Ost- und Westdeutschland)

Die in Tabelle 2 dokumentierten Korrelationen geben Auskunft über bivariate Zusammenhänge, sie sind jedoch nicht zur *Erklärung* rechtsextremer Einstellungen geeignet, da sie die Wechselwirkungen zwischen den Erklärungsfaktoren (unabhängigen Variablen) nicht erfassen. Abhilfe kann hier eine multivariate (Regressions-)Analyse schaffen, mit der sich die Erklärungskraft jeder einzelnen unabhängigen Variable in Relation zu den anderen unabhängigen Variablen bestimmen lässt. Um auch etwaige Veränderungen im Zeitverlauf zu untersuchen, können nur solche potentielle Erklärungsfaktoren einbezogen werden, die in den Jahren 2003 bis 2010 durchgängig erhoben worden sind.¹¹ Selbst wenn damit erklärungsstarke Variablen entfallen, die nur in einzelnen Jahren in das Frageprogramm aufgenommen worden sind, lassen sich dennoch wesentliche Hypothesen zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen prüfen (zu den Ursachen des Rechtsextremismus überblicksartig Neureiter 1996; Mantino 1999; für Ostdeutschland Pfahl-Traugher 2009a; für Fremdenfeindlichkeit Winkler 2000).

Insgesamt ermöglicht es die Regressionsanalyse, vier gängige Erklärungsansätze aus der Rechtsextremismusforschung zu testen:

- *den Ressourcenansatz*: Dieser eng mit der Sozialkapital-Theorie Bourdieus verknüpfte Ansatz geht davon aus, dass die Ressourcenausstattung eines Individuums maßgeblich darüber bestimmt, ob sich dieses gegenüber Denk-

11 Das Jahr 2003 ist hier als Startpunkt gewählt, da in diesem Jahr erstmals Fragen zur Deprivation gestellt worden sind.

mustern der extremen Rechten offen zeigt. Je geringer die verfügbaren Ressourcen, desto wahrscheinlicher ist demnach die Entwicklung rechts-extremer Einstellungen. In das Erklärungsmodell Eingang finden mit der formalen Bildung, der Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage durch die Befragten und der Arbeitslosigkeit kulturelle, ökonomische und soziale Ressourcen.

- *das Konzept der relativen Deprivation*: Es knüpft an den Ressourcenansatz und auch an sozioökonomische Konzepte an, bestreitet jedoch den *direkten* Einfluss der sozialen Lage auf die Einstellungen. Vielmehr wird diese subjektiv gebrochen, je nach dem, wie die Befragten ihre Situation vor allem im Vergleich zu der Anderer bewerten.¹² Sehen sie sich – unabhängig von ihrer objektiven sozialen Lage – gegenüber anderen schlechter gestellt oder empfinden sie eine entsprechende Übervorteilung, entwickeln sie rechtsextreme Einstellungen. Im Kontext des deutschen Einigungsprozesses spielt für Befragte in Thüringen wie in den übrigen neuen Ländern mutmaßlich der Vergleich einerseits (diachron) mit der Situation vor der Vereinigung (status quo ante), andererseits (synchron) mit den Westdeutschen eine besondere Rolle. Daher sind je ein Item zur Diskriminierung durch Westdeutsche und zu den persönlichen Vor- bzw. Nachteilen der deutschen Einheit (Stichwort: Einheitsverlierer) aufgenommen worden.
- *das Konzept der politischen Entfremdung*: Maßgeblich für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen sind nach dieser Lesart nicht primär sozio-ökonomische Faktoren oder ihre Wahrnehmung, sondern die Bewertung des politischen Prozesses und seiner Akteure, für die verschiedentlich der recht unspezifische Begriff der Politikverdrossenheit (Maier 2000) verwendet wird. Eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Politik sowie das Empfinden, diese und damit die Geschicke der Gesellschaft nicht beeinflussen zu können, begünstigen demnach eine Affinität zum Rechtsextremismus. Das Konzept der politischen Entfremdung ist hier durch die Demokratiezufriedenheit, die Parteienkritik und ein Item zur Erfassung der (externen) politischen Selbstwirksamkeit operationalisiert worden.
- *das Autoritarismus-Theorem*: Als einziger der hier aufgeführten Erklärungsansätze richtet sich das Theorem nicht vorrangig auf den Status oder das gesellschaftliche Umfeld der Befragten, sondern auf einen wichtigen Aspekt ihrer Persönlichkeit. Anknüpfend an die Forschungen zur autoritären Persönlichkeit (grundlegend Adorno 1950) wird angenommen, dass Erfahrungen in frühen Sozialisationsphasen eine Prägekraft bis ins Erwachsenenalter hinein entfalten. Daher gilt: Je stärker die autoritäre Prägung der Befragten, desto mehr neigen sie dem Rechtsextremismus zu.

12 Ein sehr viel breiteres Konzept von Deprivation allgemein, das dann auch objektive Kriterien erfasst, verwendet Rippl (2005).

Zusätzlich zu den angegebenen möglichen Erklärungsfaktoren sind mit dem Alter und dem Geschlecht gängige sozialstrukturelle Variablen in das Regressionsmodell einbezogen. Dabei erfolgt im ersten Schritt noch keine Unterscheidung nach dem Befragungsjahr, sondern die insgesamt weit über 5.000 Fälle werden kumuliert und gehen insgesamt in die Analyse ein. Im Ergebnis zeigt sich ein sehr starker Effekt des Autoritarismus, der den mit weitem Abstand größten Beitrag zur Erklärung der Varianz auf der Rechtsextremismus-Skala leistet. Es bestätigt sich damit der auch aus bundesweiten Untersuchungen (Decker/Brähler 2006: 103-130; Winkler 2005) bekannte Befund, dass rechtsextreme Einstellungen in erheblichem Maße von der Persönlichkeit abhängig sind.

Andere Faktoren hingegen tragen gar nicht zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei. Darunter befinden sich mit der (mangelnden) Demokratiezufriedenheit und der Parteienkritik zwei der drei Indikatoren politischer Entfremdung, darüber hinaus die eigene finanzielle Lage, das Geschlecht und das Alter. Die Effekte des Lebensalters, die in der bivariaten Betrachtung noch zu erkennen waren, verschwinden gänzlich, sobald das formale Bildungsniveau und der Autoritarismus in das Modell aufgenommen werden. Selbst ob ein Befragter zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos gewesen ist oder nicht, steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Die Arbeitslosigkeit und die eigene materielle Lage, zwei Faktoren, die zumal im öffentlichen Diskurs immer wieder als wichtige Determinanten genannt werden, bleiben für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen sogar dann irrelevant, wenn der Autoritarismus als wichtigste unabhängige Variable aus dem Modell entfernt wird.

Rechtsextreme Einstellungen in Thüringen lassen sich demnach mit einem relativ sparsamen Modell, in das neben dem Autoritarismus nur fünf weitere Variablen eingehen, gut erklären: Die Varianzaufklärung liegt bei 50,7 Prozent, einem in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen ausgesprochen hohen Wert. Erhebliche Erklärungskraft haben nach dem Autoritarismus auch das formale Bildungsniveau und das spezifisch ostdeutsche Diskriminierungsempfinden. In geringerem Maße tragen auch der wahrgenommene eigene Einfluss auf das Regierungshandeln, die Bewertung der deutschen Einheit und – mit deutlichen Abstrichen – die relative Deprivation (gerechter Anteil) dazu bei. Faktisch zeigt sich einmal mehr, dass sich der Rechtsextremismus auch auf der Einstellungsebene nur dann angemessen verstehen lässt, wenn unterschiedliche Ansätze herangezogen und deren jeweils begrenzte Erklärungsleistung genutzt wird.

Im Ergebnis zeigt sich, dass rechtsextreme Einstellungen offensichtlich stark von der Persönlichkeit und dem formalen Bildungsabschluss abhängen. Frühe, mutmaßlich zu einem erheblichen Teil innerfamiliäre Sozialisationserfahrungen, aber auch die im Zuge des Erwerbs von Bildungszertifikaten erlernten oder eben nicht erlernten Handlungskompetenzen und die darüber wiederum vermittelten Zukunftsperspektiven spielen eine entscheidende Rolle dafür, ob Menschen in Thüringen rechtsextreme Ideologeme übernehmen oder nicht. In dieser Hinsicht sind, zieht man die Ergebnisse

bundesweiter Studien heran, für den Freistaat keine Besonderheiten auszumachen. Zumindest von den westdeutschen Ländern unterscheidet sich Thüringen jedoch dadurch, dass die Genese rechtsextremer Einstellungen zusätzlich durch eine spezifische, mit dem Einigungsprozess verknüpfte Form der Deprivation begünstigt wird: die empfundene Diskriminierung durch Westdeutsche und die subjektive Wahrnehmung als Einheitsverlierer. Gerade diese Spezifik verweist auf den Erkenntnisgewinn, den neben persönlichkeitsbezogenen Ansätzen die Deprivations- und Desintegrationstheorien beanspruchen können.

Die bisherigen Befunde verdeutlichen, dass es für den Rechtsextremismus auch auf der Einstellungsebene keine einfachen Erklärungen gibt. Dies gilt umso mehr, wenn die Entwicklungen im Zeitverlauf untersucht werden. In der längsschnittlichen Perspektive zeigt sich, dass das hier verwendete Modell über die Jahre hinweg an Erklärungskraft eingebüßt hat. Vor allem aber sind manche Bestimmungsfaktoren in den einzelnen Jahren unterschiedlich relevant gewesen. So trägt etwa die relative Deprivation nur in durchschnittlich jedem zweiten Jahr überhaupt zur Varianzerklärung bei. Das ostdeutsche Diskriminierungsempfinden ist dafür in manchen Jahren, so auch 2010, wichtiger als der Bildungsabschluss. Die Einheitsbewertung wiederum erreicht im laufenden Jahr kein befriedigendes Signifikanzniveau, ist also für den Rechtsextremismus nicht relevant. Durchgängig tragen aber der Bildungsstand, das ostdeutsche Diskriminierungsempfinden, der vermutete Einfluss auf das Regierungshandeln und vor allem der Autoritarismus erheblich zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei.

Neben den Ursachen interessieren im Rahmen einer Bestandsaufnahme der Gefährdungen der demokratischen Kultur auch die möglichen Folgen eines solchen Einstellungssyndroms. Das hier verwendete Einstellungskonzept geht bereits dadurch, dass es Verhaltensdispositionen als eine Komponente von Einstellungen betrachtet, von deren Verhaltensrelevanz aus. Freilich lässt sich im Rahmen telefonischer Befragungen nur bedingt ermitteln, wie sich Befragte verhalten. Erhoben werden können lediglich Verhaltensbereitschaften und -intentionen sowie berichtetes Verhalten, wobei zudem je nach Gegenstand von Effekten sozialer Erwünschtheit auszugehen ist, also davon, dass Befragte so antworten, wie sie glauben, dass es den gesellschaftlich Erwartungen entspricht. Die Bedeutung entsprechender Einstellungen soll hier vorrangig mit Blick auf drei handlungsbezogene Faktoren untersucht werden: politische Partizipation, Gewalt und Unterstützung von Rechtsaußenparteien.

Über die politische Partizipation rechtsextrem Eingestellter lassen sich gegenteilige Hypothesen formulieren: Einerseits kann angenommen werden, dass die Bereitschaft zu politischem Engagement auf Grund einer Distanz zu den Verfahren demokratischer Politik gering ist. Andererseits erscheint ebenso plausibel, dass zumal überzeugte Rechtsextreme aktiv werden, um die Politik im Sinne ihrer Einstellungen zu verändern. Die Ergebnisse der Thüringer Erhebungen zwischen 2001 und 2010 zeigen, dass die erstere Annahme zutrifft. Erfasst man die (legale) politische Partizipation anhand von vier Beteiligungsformen – Teilnahme an einer Demonstration, Mitwirkung

an einer Bürgerinitiative, Mitarbeit in einer Partei, Kontaktieren eines Politikers –, so zeigen sich die Befragten mit rechtsextremen Einstellungen deutlich inaktiver als die Vergleichsgruppe. Nur 13 Prozent von ihnen haben sich bislang an zwei oder mehr dieser politischen Aktivitäten beteiligt – im Vergleich zu 18 Prozent derjenigen Thüringer ohne rechtsextreme Einstellungen.

Noch größer sind die Unterschiede, wenn der Blick auf das andere Ende der Partizipationsskala gerichtet wird, also auf politische Passivität und politische Apathie. Immerhin gut die Hälfte aller Befragten hat zu keinem Zeitpunkt auch nur eine einzige der vier Beteiligungsformen praktiziert. Unter den Thüringern mit rechtsextremen Einstellungen ist dieser Anteil allerdings nochmals größer und beläuft sich auf mehr als zwei Drittel. Auch eine grundlegende politische Apathie ist unter Rechtsextremen weit überproportional verbreitet: Mit 15 Prozent liegt der Anteil derjenigen unter ihnen, die sich nicht in der angegebenen Weise politisch beteiligt haben und eine solche Beteiligung auch zukünftig für sich ausschließen, dreimal höher als unter den Befragten ohne rechtsextreme Einstellungen. Die Vermutung, dass überzeugte Rechtsextreme politisch aktiver sind, findet sich nicht bestätigt; der Anteil politisch Apathischer liegt in dieser Gruppe sogar bei knapp 20 Prozent.

Wenn rechtsextrem Eingestellte demnach eher schwer für politische Aktionsformen zu mobilisieren sind, wie steht es dann um ihre Haltung zur Gewalt als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele? Auch unter den Rechtsextremen distanziert sich eine klare Mehrheit zumindest in der Befragungssituation klar von politischer Gewalt. Gleichwohl ist der Anteil derjenigen, die auch mit Gewalt für ihre politischen Vorstellungen zu streiten bereit sind, mit etwa 18 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in der übrigen Bevölkerung. Von den überzeugten Rechtsextremen bekundet sogar jeder Vierte seine Bereitschaft zur Anwendung politischer Gewalt. Damit einher geht zumindest bei jungen Erwachsenen oftmals die Akzeptanz von Gewalt als Instrument zur Regelung privater Konflikte (TM 2001: 60).

Konnten die rechtsextrem Eingestellten hinsichtlich ihres Verhaltens bislang vornehmlich als politisch passiv und gewaltaffin charakterisiert werden, so ist hinsichtlich ihrer parteipolitischen Präferenzen eine Unterstützung rechtsextremer Parteien zu vermuten. Allerdings hat die bisherige Forschung gezeigt, dass auch diese Gruppe vornehmlich den etablierten Parteien zuneigt und diesen ihre Stimme gibt (Stöss 2007: 98f.). Die Auswertung der Thüringer Daten ergibt zunächst ein Ergebnis, das mit dem Befund der geringen politischen Aktivität korrespondiert: Rechtsextreme geben seltener eine Parteineigung an als andere Befragte. Die übergroße Mehrheit präferiert dabei eine der zurzeit im Landtag vertretenen Parteien. Nur drei Prozent der Rechtsextremen neigen DVU, NPD oder den REPUBLIKANERN zu; unter den übrigen Befragten findet sich aber quasi niemand mit einer solchen Parteipräferenz. Dass diese Werte weit unterhalb der bei Wahlen in Thüringen erreichten Stimmanteile der rechtsextremen Parteien liegen, wird im folgenden Kapitel zu zeigen sein. Es unterstreicht zugleich das aus der Wahlforschung bekannte Phänomen, dass sich Befragte scheuen, ihre Sympathien für die Rechtsaußenparteien zu erkennen zu geben. Zudem

gilt, dass, wer sich in Thüringen zu einer rechtsextremen Partei bekennt, ausgesprochen starke rechtsextreme Einstellungen aufweist. Dies unterstreicht die bisherigen Befunde, dass rechtsextreme Parteien vor allem dann gewählt werden, wenn rechtsextreme Einstellungen und politische Unzufriedenheit zusammen kommen (Falter 1994; Arzheimer/Schoen/Falter 2000; Arzheimer 2005)

3. Parteien und Bewegung: Mobilisierung gegen die Demokratie

Traditionell ist der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland durch eine starke organisatorische und teils auch programmatische Vielfalt charakterisiert. Neben konkurrierenden, phasenweise aber auch eng kooperierenden Parteien bestehen zahlreiche Organisationen und Vereine mit entsprechender Ausrichtung, daneben Verlage, Musikvertriebe u.v.m. Vor allem seit den 1980er Jahren etablierten sich zudem jugendliche Subkulturen mit rechtsextremer Ausrichtung, die zunächst im Umfeld der Skinheads entstanden, seitdem aber eine starke Ausdifferenzierung erfahren haben.

In Thüringen gibt es zwar eine bis hin zur organisatorischen Zersplitterung gehende Differenzierung des rechtsextremen Spektrums zumindest in den letzten Jahren nicht. Dennoch erscheint es aus analytischen Gründen sinnvoll, zwischen den Parteien als in der Konkurrenz um Wählerstimmen stehenden Institutionen, die zugleich als Kern der organisierten extremen Rechten fungieren (Kap. 3.1) und anderen stärker bewegungsorientierten Formen des Rechtsextremismus zu unterscheiden. Bei letzteren dominieren die (freien) Kameradschaften sowie weniger ideologisierte jugendliche Subkulturen (Szenen, Cliques), die den Gegenstand des Kapitels 3.2 bilden. Für die Analyse der rechtsextremen Parteien kann auf die in der Parteienforschung gängigen Untersuchungskriterien zurückgegriffen werden. Entsprechend werden im Folgenden die Mitgliedschaft, Wahlergebnisse, Programmatik und Strategie seit Anfang der 1990er Jahre beleuchtet.

3.1 Parteien

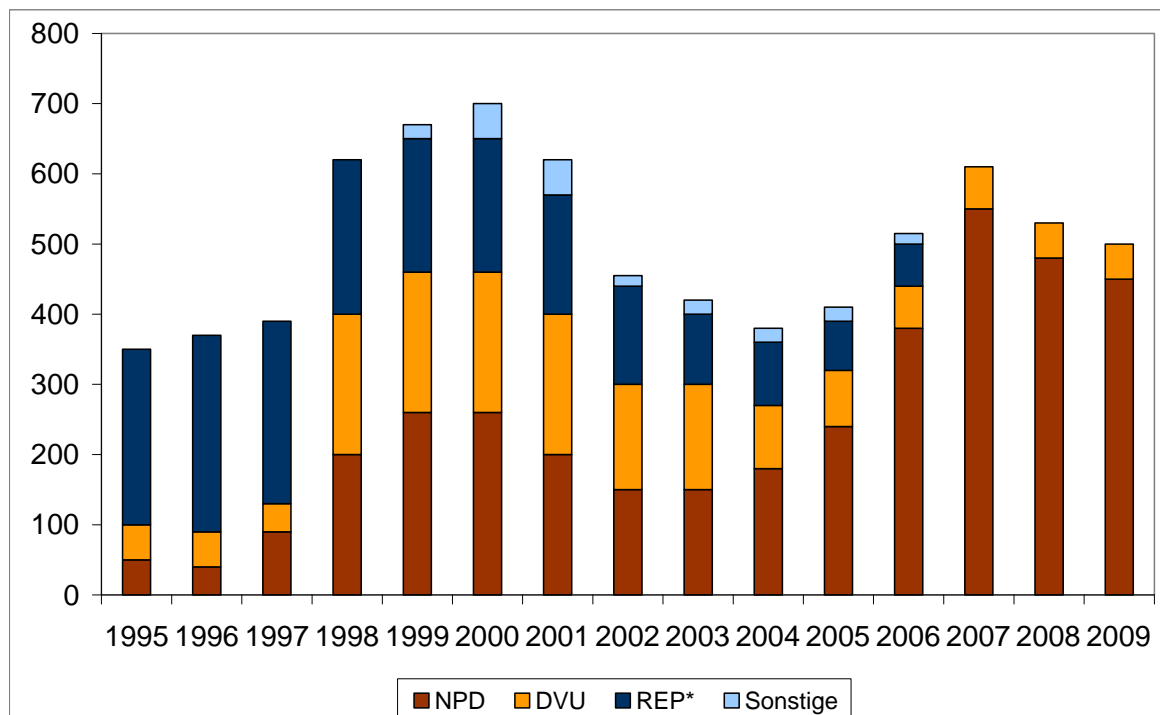
Wie im vereinigten Deutschland insgesamt ist auch in Thüringen die Entwicklung der parteiförmig organisierten extremen Rechten durch drei Parteien geprägt worden: die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) und „Die Republikaner“ (REP). Die Gründung ihrer Thüringer Landesverbände erfolgte jeweils Anfang der 1990er Jahre beginnend mit dem der NPD (1990); es folgte der der DVU (1991) und der REP (1992). Mini-Parteien wie der Bund Deutscher Patrioten oder die Deutsche Partei, die in Thüringen zeitweilig über Landesverbände verfügten, blieben politisch bedeutungslos, sie illustrieren aber die für den organisierten Rechtsextremismus notorische Tendenz zur Fragmentierung.

Die Entwicklung des rechtsextremen Parteienspektrums im Freistaat lässt sich vor allem mit Blick auf die Mitgliederstärke, die öffentliche Sichtbarkeit und nachgeordnet anhand der Wahlergebnisse in vier Phasen gliedern. Die Aufbauphase dauerte bis etwa zu Beginn der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Auf sie folgte eine Periode des Ausbaus mit steigenden Mitgliederzahlen und ersten relevanten Stimmengewinnen bei Wahlen (1998-2001). Nach einem zwischenzeitlichen Abschwung in den Jahren 2002 bis 2005

hat sich seitdem eine Konzentration im rechtsextremen Parteienspektrum ergeben, die in naher Zukunft mit der abzusehenden Fusion von NPD und DVU ihren vorläufigen Abschluss finden dürfte.

Während der *Aufbauphase* waren die westdeutschen Funktionäre der Bundesparteien darum bemüht, Parteistrukturen in Ostdeutschland zu entwickeln und die jeweiligen Landesverbände zu aktionsfähigen Organisationen zu machen. Trotz erheblicher „Aufbauhilfe“ aus den alten Ländern blieben die Wirkungen zunächst begrenzt. Zwischen 1995 und 1997 – für die vorherigen Jahre fehlt es an verlässlichen Angaben – verfügten „Die Republikaner“ als einzige und personell wie elektoral stärkste Formation dieses Partientyps über eine nennenswerte Mitgliederzahl. Mit immer noch bescheidenen 200 bis 300 Mitgliedern erreichten sie deutlich höhere Werte als alle übrigen Parteien am rechten Rand zusammen (vgl. Abb. 3). Bei den Wahlen blieben sie jedoch wie die beiden anderen Rechtsaußenparteien marginalisiert.

Abb. 3: Mitgliederzahl rechtsextremer Parteien in Thüringen, 1995-2009



* „Die Republikaner“ werden seit 2007 vom Thüringer Landesamt für den Verfassungsschutz nicht mehr als rechtsextreme Partei geführt und daher auch nicht mehr beobachtet. Die Mitgliederzahl dürfte in den Jahren 2007 bis 2009 jedoch bestenfalls stagniert haben.

Quelle: Thüringer Innenministerium (Verfassungsschutzberichte)

Die folgende *Ausbauphase* war durch Mitgliederzuwächse bei NPD und DVU gekennzeichnet, von denen Letztere bei der erstmaligen Kandidatur für den Thüringer Landtag 1999 einen Achtungserfolg verbuchen konnte. Dem war im Frühjahr 1998 der überraschende Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt vorausgegangen – mit dem bislang höchsten Stimmenanteil, den eine Rechtsaußenpartei in der Bundesrepublik jemals bei einer Wahl oberhalb der lokalen Ebene erreichen hat. Die NPD

konnte ihre (geringe) Mitgliederzahl in dieser Phase gegenüber dem Stand von 1997 etwa verdoppeln. Die erfolgreiche Rekrutierung ging wesentlich auf den Kurswechsel der (Bundes-)Partei unter ihrem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt zurück, in dessen Folge gezielt Mitglieder der nur lose organisierten rechtsextremen Szenen, insbesondere der Kameradschaften für die Partei rekrutiert wurden.

Mit der Jahrhundertwende setzte dann jedoch eine *Phase des Abschwungs* ein, die auf der elektoralen Ebene durch aus der Sicht der Akteure enttäuschende Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2002 charakterisiert war. Zugleich verlor die NPD bis 2003/04 etwa ein Drittel ihrer Mitglieder, nachdem Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung den Verbotsantrag gegen die Partei beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatten (Flemming 2005). Der Mitgliederschwund ging dabei nur zum geringeren Teil unmittelbar auf das drohende Parteienverbot zurück. Er war vielmehr dem taktisch, mit Blick auf das Bundesverfassungsgericht zu verstehenden Bemühen der Partei geschuldet, sich deutlicher von den Kameradschaften und ihrem militanten Vorgehen zu distanzieren. Einige sogenannte freie Kräfte verließen daraufhin aus Protest die Partei. Die leicht verzögerten Mitgliederverluste der DVU hingen einerseits mit dem verfehlten Einzug in den Thüringer Landtag zusammen. Andererseits lagen sie in der Enttäuschung über das katastrophale Erscheinungsbild der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt begründet.

In der 2005 einsetzenden *Konzentrationsphase* haben sich die Relationen zwischen den rechtsextremen Parteien entscheidend verändert. Gab es vor allem seit Ende der 1990er Jahre eine Parteienkonkurrenz, die allerdings immer wieder von taktischen Bündnissen und Parteiwechselln teils ganzer Kreisverbände begleitet war, so sind DVU und REP in Thüringen seit der Mitte des zu Ende gegangenen Jahrzehnts weitgehend marginalisiert. Mittlerweile wird dieser, weiterhin randständige Teil des Parteienspektrums klar durch die NPD dominiert, die sich als Gravitationskraft im thüringischen Rechtsextremismus etabliert hat. Bereits 2005 übertraf die Zahl der Parteibuchinhaber die aller anderen Rechtsaußenparteien zusammen und sie stieg 2007 auf den bisherigen Höchststand von 550 Mitgliedern.

Die Konzentration des rechtsextremen Parteienspektrums zugunsten der NPD liegt zum Teil darin begründet, dass sie die systematische Einbindung von Führungsgruppen aus dem neonazistischen Spektrum fortgesetzt und damit eine nennenswerte Mitgliedschaft aufgebaut hat. Wichtiger aber noch war, dass es ihr als der offenkundig aktivsten Kraft der extremen Rechten gelungen ist, frühere DVU- und REP-Angehörige zum Parteiwechsel zu bewegen. Dabei profitierte der Thüringer Landesverband von dem Einzug der NPD in die Landtage Sachsens (2004) und Mecklenburg-Vorpommerns (2006), mit dem sich die Partei erstmals seit Ende der 1960er Jahre als Wahlpartei behaupten konnte.

Zudem erwies sich der 2005 abgeschlossene Deutschland-Pakt mit der DVU als ein strategischer Schachzug. Der Pakt zielte auf die Einigung der nationalen Kräfte und sah vor, dass die Parteien bis Ende 2009 bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen

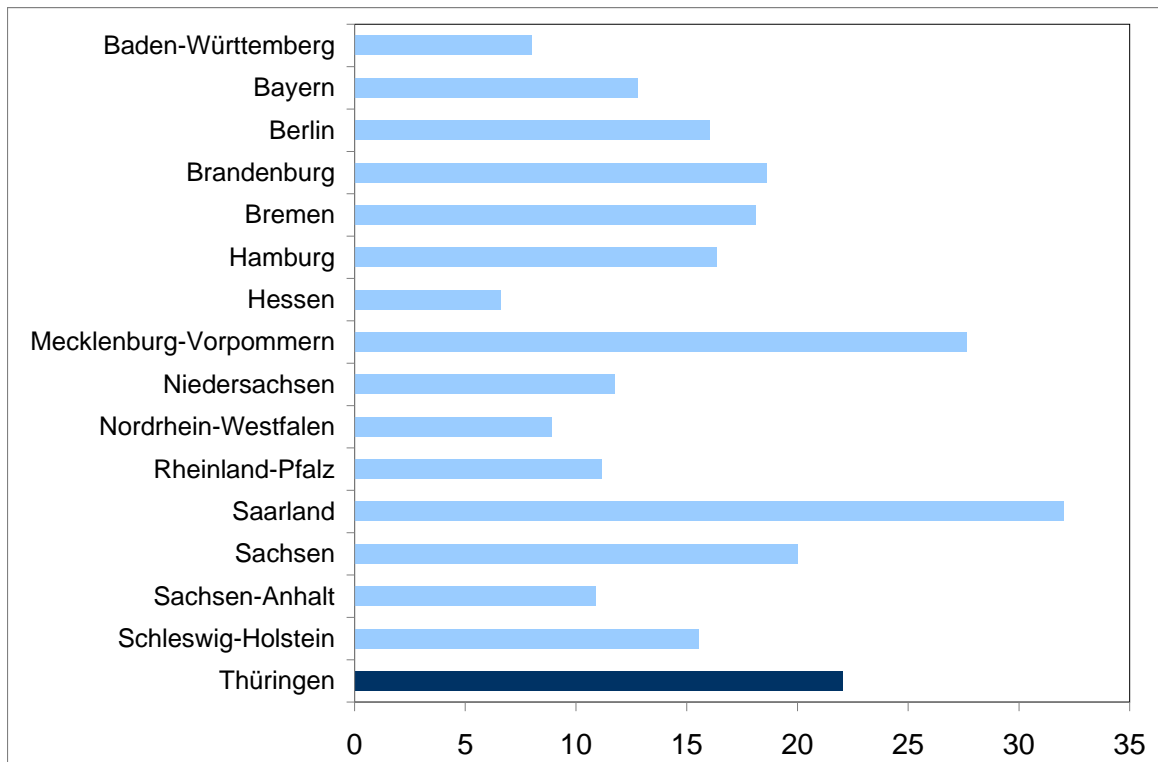
nicht in Konkurrenz zueinander antreten, sondern sich wechselseitig im Wahlkampf unterstützen sollten. Für die in diesem Zeitraum anstehenden Landtagswahlen wurden die Länder in Abhängigkeit von den vermuteten Wahlchancen zwischen beiden Parteien aufgeteilt. Bei der nächsten Wahl zum Thüringer Landtag sollte die DVU kandidieren. Zugleich war die kandidierende Partei gehalten, ihre Kandidatenliste für Mitglieder der jeweils anderen Partei zu öffnen. Faktisch wurde mit dieser Klausel der Wechsel von Führungskräften der DVU in die Reihen der „Nationaldemokraten“ erleichtert. Die Thüringer NPD platzierte entsprechend mit Walter Beck und Uwe Bäß-Dölle zwei führende Vertreter der DVU auf ihrer Kandidatenliste für die Bundestagswahl 2005.

Nachdem jedoch im Juni 2009 das Wahlergebnis der DVU bei der Europawahl hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, wurde für die Landtagswahl in Thüringen 2009 in Abweichung von früheren Absprachen die alleinige Kandidatur der NPD vereinbart. Schließlich kündigte die NPD nach dem enttäuschenden Abschneiden der DVU bei den Europawahlen 2009 den Deutschlandpakt auf. Mit der über mehrere Jahre hinweg praktizierten strategischen Kooperation beider Parteien und der Kandidatur von DVU-Parteiführern auf NPD-Listen waren wichtige Voraussetzungen für den erwarteten Zusammenschluss geschaffen. In Thüringen würde dadurch lediglich notifiziert, was seit Jahren politische Realität ist: eine Hegemonie der NPD im rechtsextremen Parteienspektrum.

Hinsichtlich der Mitgliederzahlen fällt auf, dass der thüringische Landesverband der NPD eine ähnliche Mitgliederdichte aufweist wie der sächsische, der jahrelang bundesweit der mitgliederstärkste war.¹³ Dies überrascht insofern, als das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ in Riesa verlegt wird, die Partei seit 2004 im Sächsischen Landtag vertreten ist und sie etwa in der Sächsischen Schweiz eine lokale Verwurzelung erreicht hat – und insofern für die Mitgliederengewinnung vorteilhafte Bedingungen bestehen. Offenbar ist es in Thüringen auch ohne diese Bedingungen gelungen, eine vergleichbare Mitgliederdichte zu erreichen. NPD und DVU erreichten in Thüringen zuletzt die nach dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern höchste Mitgliederdichte (Abb. 4).

13 Die Ausführungen zu den Mitgliedern und Kandidaten sowie zur Programmatik basieren teilweise auf einer Fortschreibung der vom Verfasser angefertigten Manuskriptteile bei Patz/Oppelland 2008: 436-441 und 458-461.

**Abb. 4: Mitglieder rechtsextremer Parteien pro 100.000 Einwohner:
Thüringen im Vergleich, 2009**



Quelle: Bundesministerium des Innern (Verfassungsschutzberichte)

Diese Vergleichswerte sind jedoch mit Blick auf die absoluten Zahlen zu relativieren. Zwar erreichte die NPD in Thüringen kurzzeitig 2007 die Mitgliederzahl der Bündnisgrünen. Zu keinem Zeitpunkt jedoch hatten die drei rechtsextremen Parteien gemeinsam eine vierstellige Zahl von Mitgliedern (vgl. Abb. 3 oben). Aktuell erreichen sie etwa ein Viertel der Mitgliederzahl der Thüringer FDP. Die deutlichen Schwankungen in den Mitgliederzahlen der NPD und insbesondere der DVU standen durchweg in einem engen Zusammenhang mit ihren Wahlerfolgen. Insbesondere der Einzug in ein anderes ostdeutsches Landesparlament löste regelmäßig einen Mitgliederschub auch in Thüringen aus. Entsprechend ist die Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb des rechtsextremen Parteienspektrums nicht nur anhand der Mitgliederzahlen zu verfolgen, sondern zeichnet sich bereits in den Wahlergebnissen ab.

*Wahlen*¹⁴

Unterschiede zwischen den Parteien dokumentiert nicht nur das jeweilige Abschneiden bei den Wahlen, sondern bereits die Häufigkeit und Art der Kandidaturen. Bedenkt man, dass Parteien nach dem § 2 (1) des Parteiengesetzes nicht zuletzt durch ihre regelmäßige Teilnahme an Bundestags- und Landtagswahlen definiert werden, fällt vor allem die DVU auf. Sie ist seit 1990 nur bei einer einzigen

14 Aus Platzgründen bleiben hier die Kommunalwahlen ausgeklammert.

von fünf Landtagswahlen angetreten (1999) und hat in Thüringen nur für eine der sechs Bundestagswahlen seit der Vereinigung (1998) eine Landesliste aufgestellt (Tab. 3). Bei neun dieser elf Wahlen stellte sich die DVU damit in Thüringen gar nicht erst zur Wahl.

Selbst als sie sich 1998 und 1999 an den Wahlen beteiligte, nominierte sie nicht einen Direktkandidaten – und blieb insoweit eine „gesichtslose“ Partei. Faktisch agierte die DVU nicht nur in Thüringen als eine Art Wahlverein (tatsächlich war sie zunächst als Verein gegründet und erst 1987 in eine Partei umgewandelt worden), die jenseits der millionenschweren Wahlkämpfe eher eine virtuelle und überdies von der Münchener Zentrale aus gesteuerte Partei darstellte. Die (1998 in Sachsen-Anhalt höchst erfolgreiche) Strategie, massiv in Postwurfsendung und Plakatierung kurz vor dem Wahlkampfstermin zu investieren, aber keine Kandidaten vorzustellen, löste seinerzeit sogar die Forderung nach einer Reform des Wahlrechts aus (Thränhardt 1998).

Tab. 3: Kandidaturen von DVU, NPD und REP bei Landtags- und Bundestagswahlen in Thüringen, 1990-2009

	LT 90	BT90	LT94	BT94	BT98	LT99	BT02	LT04	BT05	LT09	BT09
DVU					L	L					
NPD	L	LD/8				L	LD/1	LD/1	LD/9	LD/44	LD/9
REP	LD/3	LD/1	LD/14	LD/5	LD/7	LD/40	L	L	L	L	L

L = nur Listenkandidaten

LD = Listen- und Direktkandidaten / Zahl der Direktkandidaten

Quellen: Landeswahlleiter und Bundeswahlleiter

Die NPD beteiligte sich während der 1990er Jahre ähnlich unregelmäßig an landesweiten Wahlen in Thüringen wie die DVU. Vor der Jahrhundertwende hatte sie nur ein einziges Mal, bei der Bundestagswahl 1998, Direktkandidaten aufgestellt. Seitdem hat sie hingegen bei jeder Wahl Direktkandidaten nominiert, beginnend mit der Bundestagswahl 2005 sogar in allen Wahlkreisen – ein Novum für die rechtsextremen Parteien im Land. Auch in diesem erweiterten Kandidatenpool reflektieren sich die personelle Konsolidierung der NPD und ihre Dominanz im rechtsextremen Parteienspektrum.

Als einzige der drei relevanten Rechtsaußenparteien haben die „Die Republikaner“ bei allen landesweiten Wahlen im Freistaat seit der Vereinigung kandidiert. Auch zu den vier Wahlen zum Europäischen Parlament, die seit 1994 stattgefunden haben, sind sie ausnahmslos angetreten. Bis Ende der 1990er Jahre waren die REP die einzige Rechtsaußenpartei, die bei sämtlichen Landtags- und Bundestagswahlen neben der Parteiliste auch (zumindest einige) Direktkandidaten nominiert hatte. Die weitere Entwicklung verlief hingegen umgekehrt zu der der NPD: Seit der Bundestagswahl 2002 haben die REP gänzlich auf die Nominierung von Direktkandidaten verzichtet.

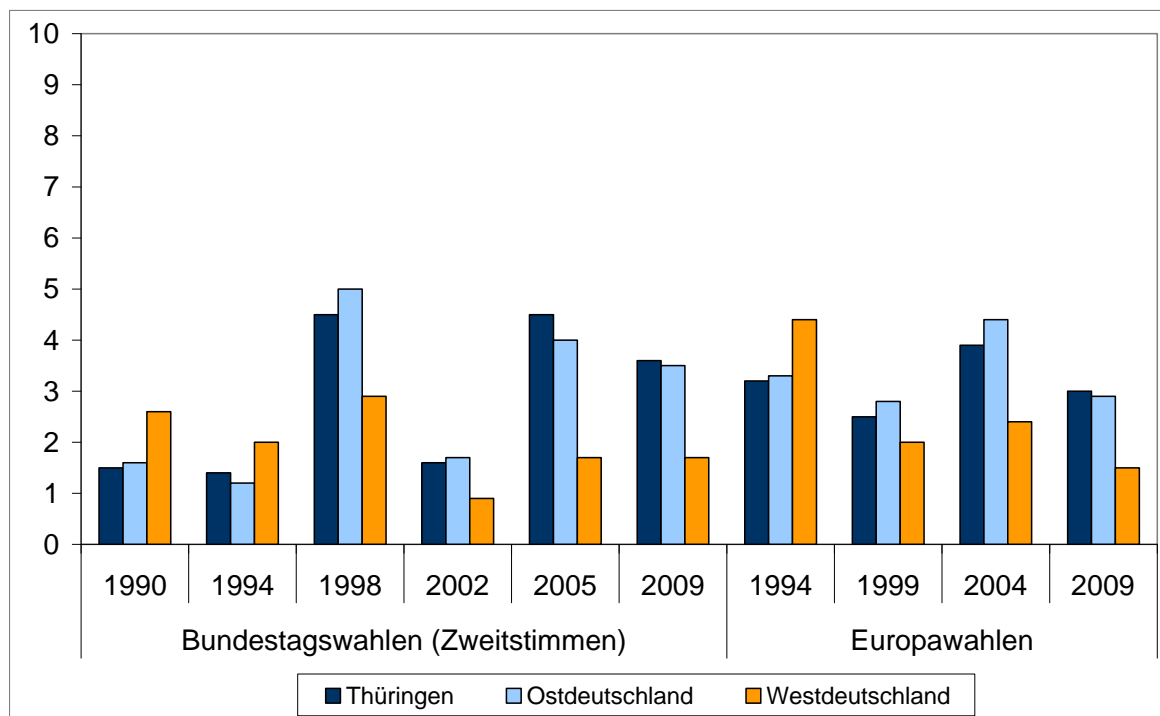
Während der gesamten Periode seit 1990 haben somit „Die Republikaner“ bei landesweiten Wahlen in Thüringen immer mit einer anderen Partei des extrem rechten Spektrums konkurriert – vorausgesetzt, dass noch eine weitere Partei kandidiert hat. DVU und NPD haben hingegen bei elf landesweiten Wahlen im Freistaat, von denen die allermeisten vor dem Deutschlandpakt beider Parteien stattgefunden hatten, nur ein einziges Mal um Stimmen konkurriert: bei der Landtagswahl 1999. Auch bei den Europawahlen, bei denen die kleineren Parteien durchweg mit bundesweiten Listen antreten, ist es bislang nicht zu einer Konkurrenz zwischen beiden Parteien gekommen: die DVU kandidierte erstmalig bei der Wahl 2009, zuvor hatte jeweils – neben den REP – die NPD um Stimmen geworben.

Als sogenannte *second-order elections* (zum Begriff Reif/Schmitt 1980), d.h. gegenüber den nationalen Wahlen nachrangige und in deren Schatten stehende Urnengänge, bieten die Wahlen zum Europäischen Parlament neben den Oppositionsparteien gerade auch Parteien an den Rändern des politischen Spektrums relativ gute Erfolgchancen. Tatsächlich ist die Europawahl 1994 die bis dahin einzige landesweite Wahl gewesen, bei der die rechtsextremen Parteien mehr als drei Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten (Abb. 5). Nennenswert höhere Stimmenanteile konnten sie allerdings – im Kontrast zu einigen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in anderen EU-Mitgliedstaaten – auch bei den folgenden Wahlen nicht erzielen.

Insgesamt ist es den rechtsextremen Parteien bei keiner landesweiten Wahl in Thüringen gelungen, mehr als fünf Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Namentlich die erste Hälfte der 1990er Jahre war aus der Sicht der betreffenden Parteien durch katastrophal schlechte Wahlergebnisse gekennzeichnet. Bei den Bundes- und Landtagswahlen in dieser Zeit wurden Stimmanteile von kaum mehr als einem Prozent erreicht. Diese Misserfolge sind angesichts der vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen bemerkenswert: In Ostdeutschland bestand in dieser Phase noch kein konsolidiertes Parteiensystem, die Parteibindungen der Wählerschaft waren (und sind weiterhin) gering und die sozialen Kosten des Transformationsprozesses (steigende Arbeitslosigkeit, Abwanderung usw.), die üblicherweise Wahlerfolge der extremen Rechten begünstigen, waren hoch.

Bei sämtlichen Bundestags- wie auch Landtagswahlen erfolglos blieben „Die Republikaner“ mit Stimmenanteilen, die niemals nennenswert über zwei Prozent hinausgingen. Demgegenüber erreichte die DVU bei ihren seltenen Kandidaturen Ende der 1990er Jahre jeweils etwa drei Prozent der Stimmen. Der NPD blieb bei sämtlichen Europawahlen der Erfolg versagt (mit jeweils unter zwei Prozent der Stimmen), bei den Bundestagswahlen vor 2005 wurde sie nicht einmal von jedem hundertsten Thüringer gewählt. Erst bei den Wahlen 2005 und 2009 erreichte sie mehr als drei Prozent der Stimmen und erlangte damit auch als Wahlpartei eine Dominanz im Spektrum der Rechtsaußenparteien.

Abb. 5: Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (DVU, NPD, REP) bei Bundestags- und Europawahlen, 1990-2009



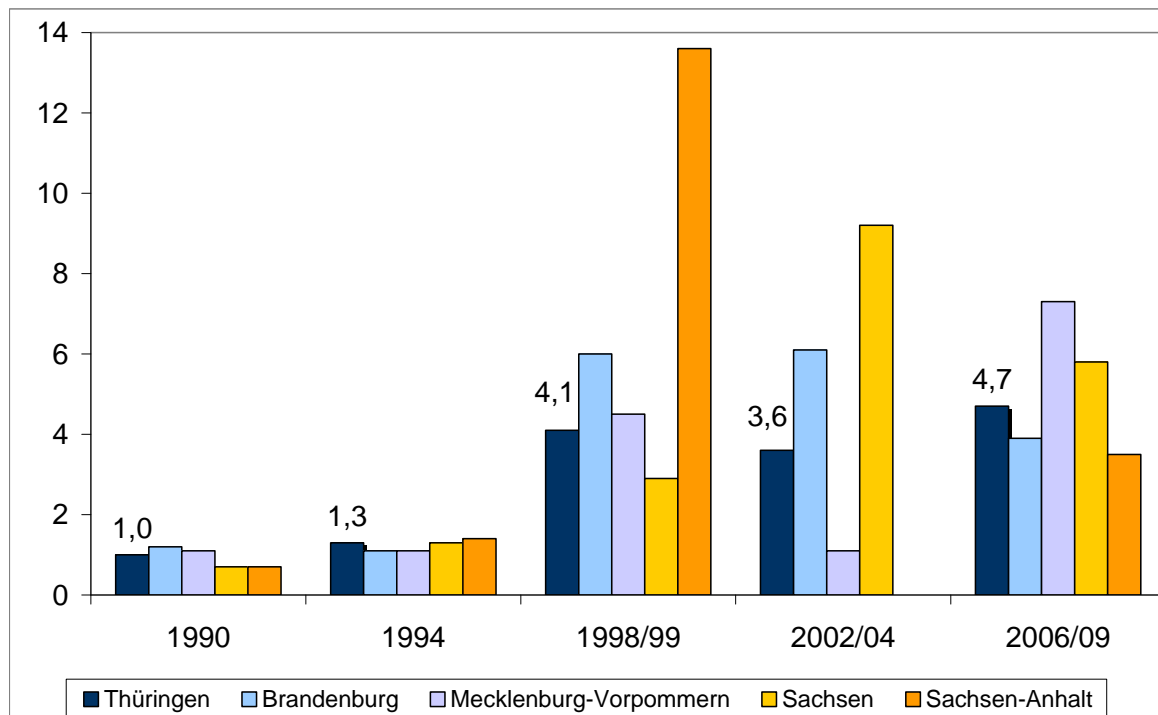
Quelle: Bundeswahlleiter

Zusammengenommen erreichten DVU, NPD und REP den höchsten kumulierten Stimmanteile bei den Bundestagswahlen 1998 und 2005 mit jeweils 4,5 Prozent der Zweitstimmen. Die Thüringer Werte entsprachen dabei durchgängig denen im gesamten Ostdeutschland; es gab entsprechend keine regionalen Auffälligkeiten (Abb. 5). Im Vergleich zu Westdeutschland fällt auf, dass die Rechtsaußenparteien anfänglich – bei niedrigem Niveau – auf größere Resonanz bei den westdeutschen Wählern stießen. Während sie ab Ende der 1990er Jahre in Thüringen deutliche Stimmengewinne verbuchten (mit der Ausnahme der Bundestagswahl 2002), blieben ihre Stimmenanteile in Westdeutschland weitgehend konstant.

Für die Landtagswahlen im Freistaat ist ein ähnliches Muster zu konstatieren: Relevante Stimmanteile erreichten die Rechtsaußenparteien erst seit dem Ende der 1990er Jahre (Abb. 6). Dabei blieb die NPD lange als Wahlpartei bedeutungslos. Erst bei der letzten Landtagswahl konnte sie mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen in Reichweite der Fünfprozentklausel gelangen. Die kumulierten Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien in Thüringen unterschieden sich im gesamten Zeitraum kaum von den Durchschnittswerten in Ostdeutschland insgesamt. Lediglich in der dritten Wahlperiode Ende der 1990er Jahre lagen die Thüringer Werte unter dem ostdeutschen Schnitt, was aber vor allem dem Anheben des Schnitts durch den außergewöhnlichen Erfolg der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 geschuldet war. Seit der dritten Wahlperiode der ostdeutschen Landesparlamente ist den Rechtsaußenparteien jeweils der Gewinn von Mandaten in zwei der fünf Landtage gelungen, zuletzt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. In zwei Fällen gelang sogar der

Wiedereinzug in den Landtag, 2004 der DVU in Brandenburg und 2009 der NPD in Sachsen.

Abb. 6: Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (DVU, NPD, REP) bei den Thüringer Landtagswahlen im ostdeutschen Vergleich, 1990-2009 (in Prozent)



Quelle: Landeswahlleiter

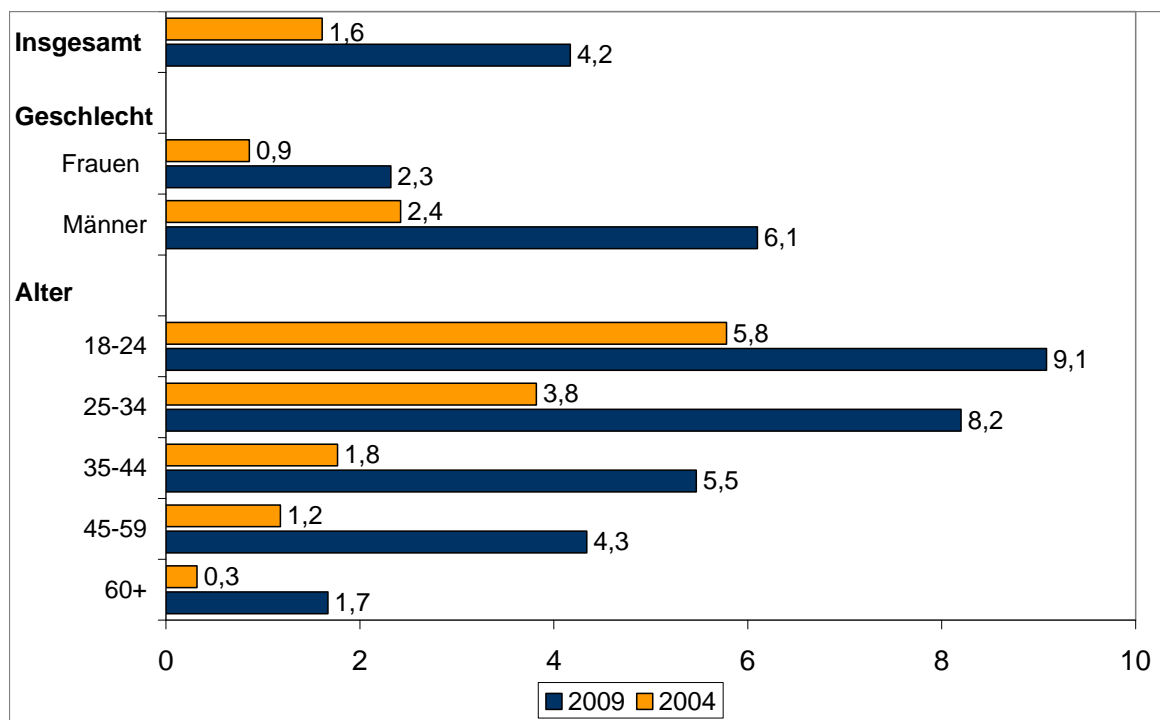
Die Ergebnisse der letzten Landtagswahl sprechen dafür, dass eine rechtsextreme Partei zukünftig realistische Aussichten auf einen Einzug in den Thüringer Landtag hat, zugleich aber nicht ohne Weiteres von einer Überwindung der Fünfprozenthürde auszugehen ist. Dass diese bisher nicht gelungen ist, liegt weder in strukturellen Faktoren und schon gar nicht in einem fehlenden Wählerpotenzial begründet, wie sich nicht zuletzt aus der Analyse rechtsextremer Einstellungen (vgl. Kap. 2) ergeben hat. Die Rechtsaußenparteien in Thüringen haben vielmehr Mobilisierungsdefizite, die sich aus ihrer mangelnden Präsenz in der Fläche, ihrem Personal und aus organisatorisch-strategischen Problemen ergeben. Ihr Scheitern an der Fünfprozentklausel ist insofern nicht vorrangig ein Nachfrageproblem, sondern Ausdruck einer Angebotsschwäche.

Die Stimmenanteile der Thüringer NPD verteilten sich bei den letzten beiden Bundestags- und Landtagswahlen, wie bereits die der DVU Ende der 1990er Jahre, nicht gleichmäßig über die sozialstrukturellen Gruppen. Attraktiv sind die rechtsextremen Parteien vor allem für jüngere Wählergruppen und für Männer. In den Altersgruppen bis 45 Jahren hat die NPD etwa bei der Landtagswahl im August 2009 klar die Fünfprozenthürde genommen (Abb. 7). Gleiches gilt für die männliche Wählerschaft, in der die NPD zweieinhalb Mal so viele Stimmen gewinnen konnte wie unter den Frauen.

Kombiniert man Alter und Geschlecht, so erreichte die Partei bei den Männern unter 35 Jahren zweistellige Werte und übertraf damit die Bündnisgrünen.

Demgegenüber stößt die NPD – und ähnlich auch die übrigen Rechtsaußenparteien – in der ältesten Kohorte der Befragten ab 60 Jahren auf so gut wie keine Resonanz. In dieser Gruppe wählte nur jeder sechzigste Thüringer bei der Landtagswahl die Partei. Damit findet sie in jenen Altersgruppen die geringste Unterstützung, deren Wahlbeteiligung am höchsten liegt. Perspektivisch spricht die Alterszusammensetzung der NPD-Wählerschaft in Thüringen jedoch dafür, dass die Chancen der NPD auf einen Einzug in den Landtag eher steigen. Dies gilt zumindest dann, wenn die berichteten Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Wahlverhalten zumindest teilweise auf Kohorteneffekte zurückgehen.

Abb. 7: Stimmanteile der NPD in Thüringen bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 –insgesamt, nach Geschlecht und Alter (in Prozent)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Repräsentative Wahlstatistik)

Diese Befunde zur sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft der Rechtsaußenparteien sind keineswegs charakteristisch für Thüringen, sondern entsprechen durchweg der Situation in ganz Deutschland. Gleiches gilt auch für die Berufs- und Bildungsstruktur, die sich deutlich von der aller etablierten Parteien unterscheidet: Rechtsextreme Parteien werden in Thüringen (wie außerhalb) überproportional häufig von Arbeitern, Arbeitslosen sowie von niedriger Gebildeten gewählt. In regionaler Hinsicht fällt auf, dass die rechtsextremen Parteien durchweg in den ländlichen Gebieten stärker abschneiden als in den Bevölkerungszentren. Vor allem in den größeren Städten liegen ihre Wahlergebnisse durchweg unter dem Landesdurchschnitt.

In ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung entspricht die Wählerschaft der NPD durchweg den Kandidaten und – soweit ersichtlich – den Mitgliedern der Partei. Bei allen Landtagswahlen, zu denen die NPD im Freistaat antrat, hatten ihre Kandidaten ein Durchschnittsalter zwischen 30 und 36 Jahren – und waren damit im Schnitt um fast zehn Jahre jünger als die Kandidaten der Konkurrenz. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 lag der Altersdurchschnitt der elf Kandidaten sogar unter 30 Jahren. Zwar stieg das Durchschnittsalter der NPD-Wahlbewerber bei späteren Bundestagswahlen teils deutlich an, doch präsentieren sich die „Nationaldemokraten“ bei Wahlen im Freistaat insgesamt als eine außergewöhnlich junge Partei. Damit reflektieren die Kandidatenlisten letztlich die mutmaßliche Struktur der Mitgliedschaft. Dafür sprechen zum einen Vergleichsdaten aus Sachsen, die ein erheblich niedrigeres Durchschnittsalter der NPD als bei allen demokratischen Parteien erkennen lassen (Steglich 2005: 85f.). Dem zuletzt im Sommer 2010 gewählten neunköpfigen Landesvorstand gehören mit Ausnahme des Landesvorsitzenden Frank Schwerdt, der sich bereits im Rentenalter befindet, ausschließlich Funktionsträger unter 40 Jahren an. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Kreisvorsitzenden.

Die Altersstruktur der NPD-Kandidaten – und wohl auch die der Mitglieder – unterscheidet sich damit erheblich von denen der DVU. Das Durchschnittsalter der Kandidaten auf ihren Wahllisten Ende der 1990er Jahre lag bei etwa 50 Jahren. Bei den „Republikanern“ wiederum hat sich das Alter der Kandidaten im Zeitverlauf erhöht. Anfänglich ähnelte es dem der NPD, erhöhte sich jedoch bis Mitte/Ende der 1990er Jahre, so dass es in etwa dem Durchschnitt der Wahlbewerber der etablierten Parteien entsprach. Für die Wahlen 2009 schließlich nominierten die REP überdurchschnittlich alte Kandidaten.

Für die NPD gilt, dass sich ihre Wählerschaft, ihre Wahlbewerber und ihre Mitgliedschaft nicht nur hinsichtlich des Alters entsprechen, sondern auch in der Geschlechterverteilung. Die geringe Attraktivität der Partei für Frauen spiegelt sich in einem fast ausnahmslos männlichen Kandidatenpool wider. Bei vier Bundestagswahlkämpfen nominierte der Thüringer Landesverband nur eine einzige Frau. Aber auch mit den Kandidatenlisten für die Landtagswahlen lassen sich lediglich Gruppenbilder mit einzelnen Damen realisieren. In der drastischen Unterrepräsentation von Frauen gleicht die NPD damit den anderen Rechtsaußenparteien. Im Zeitverlauf ist der schon anfänglich niedrige Anteil an Wahlbewerberinnen in den Reihen der rechtsextremen Parteien – gegen den Trend bei den etablierten Parteien – sogar noch weiter gesunken ist.

Auch im Führungspersonal finden sich allenfalls vereinzelt Frauen. Dem aktuellen Landesvorstand gehört mit Mandy Schneider eine einzige Frau an, die zugleich auch die einzige Listenkandidatin bei der Landtagswahl 2009 war, durch ihre familiäre Beziehung eng in die Partei eingebunden ist und eine Führungsfunktion im Ring Nationaler Frauen in Thüringen innehat. Der mitunter in der Literatur erweckte Eindruck, rechtsextreme Parteien gewannen an Attraktivität für Frauen und die Rolle

der Frauen würde unterschätzt (Priester 2009), lässt sich jedenfalls anhand der Zusammensetzung der Funktionäre und Kandidaten nicht bestätigen.

Ihrer Sozialstruktur nach sind die rechtsextremen Parteien demnach auch im Freistaat männerdominiert. Die 2010 als einzige relevante Rechtsaußenpartei verbliebene NPD ist zudem durch junge Kader charakterisiert. Ein erheblicher Anteil der von ihr nominierten Wahlbewerber entstammt der (Fach-)Arbeiterschaft und damit vorwiegend handwerklichen Berufen (Maurer, Maler, Schlosser, Elektromonteur usw.), wenngleich zuletzt auch einige Studierende nominiert worden sind. Damit deuten sich auch einige Probleme in der Sozialstruktur der Rechtsaußenparteien an. Die genderbezogen unausgewogene Rekrutierung kann wie schon in der Vergangenheit als eine chronische Schwäche der NPD gelten (Hoffmann 1999: 385). Gravierender dürfte das begrenzte intellektuelle Potenzial der Partei sein. Zudem fällt die geringe personelle Kontinuität ins Auge: Mit Ausnahme von einzelnen Personen aus dem engsten Führungskreis des Thüringer Landesverbands wie beispielsweise Frank Schwerdt, Gordon Richter oder Patrick Wieschke hatte kein Wahlbewerber der Partei im Jahr 2009 bereits bei einer früheren Wahl kandidiert.

Programmatik und Strategie¹⁵

Rechtsextreme Parteien stellen traditionell keine Programmparteien dar, d.h. sie widmen der programmatischen Arbeit nur begrenzte Aufmerksamkeit. Nicht nur ihre Wahlkampagnen, sondern teils auch die Wahl- und Parteiprogramme wirken daher recht plakativ und bieten auf vielen Politikfeldern kaum konkretisierte Programmpunkte. Diese programmatische Vagheit hat strategischen Charakter, da sie es ermöglicht, aktuelle Anpassungen des politischen Kurses vorzunehmen und vor allem an verschiedene ideologische Strömungen und Konzepte – je nach tagespolitischem Bedarf – anzuknüpfen.

In der Programmatik und politischen Rhetorik aller drei hier untersuchten Parteien lassen sich Kernelemente eines rechtsextremen Welt- und Menschenbilds nachweisen. Charakteristisch dafür sind etwa ein prononcierter Nationalismus, ein völkisches Denken, die Diffamierung von Ausländern, antisemitische und antiamerikanische Propaganda sowie die systematische Abwertung sozial unliebsamer Gruppen. Neben einer stärkeren Besetzung tagespolitischer Themen handelt es sich bei diesen programmatischen Inhalten bei allen drei Parteien um zentrale Gegenstände ihrer Ideologie und Propaganda.

Drei Themenkomplexe bestimmen die wahlprogrammatische Agenda der Rechtsaußenparteien: Erstens die Zuwanderung und die Stellung von Ausländern in der Gesellschaft, welche pauschal für Kriminalität, Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung der Sozialsysteme verantwortlich gemacht werden. Aus der vermeintlichen Bevor-

15 Die Ausführungen zur Programmatik stützen sich auf die Wahl- und Parteiprogramme der Parteien sowie auf deren Internet-Präsenzen. Auf Einzelnachweise wird hier aus Gründen der Lesbarkeit weitgehend verzichtet.

zungung der Ausländer gegenüber „den Einheimischen“ werden radikale Forderung zur Begrenzung oder gar Beendigung von Einwanderung, der expliziten Diskriminierung von Ausländern (etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei Sozialleistungen) sowie der Abschiebung von einzelnen Ausländergruppen bis hin zur kollektiven „Rückführung“ in die Heimatländer abgeleitet.

Wie zentral das Agitationsthema Zuwanderung/Ausländer für alle drei Parteien ist, ergibt sich auch aus der Analyse ihrer programmatischen Aussagen zu anderen Politikfeldern. Immer wieder werden Policy-Positionen mit der Ausländerthematik in Verbindung gebracht: Dies gilt keineswegs allein für das Politikfeld der inneren Sicherheit, auf dem Ausländer für den Rauschgifthandel verantwortlich gemacht werden, sondern auch für die Bildungs- und Familienpolitik. So wird vor einer „Überfremdung“ von Schulen und Kindergärten gewarnt (DVU), der Ausschluss von Ausländern mit geringen Deutschkenntnissen vom Schulunterricht propagiert (NPD) oder gar die Bildung gesonderter Ausländerklassen gefordert (REP). Das Erziehungs- oder Muttergeld soll lediglich den Eltern deutscher Kinder zuerkannt werden ebenso wie nur für sie kostengünstige Ganztagsbetreuungsangebote vorgesehen sind.

Das zweite wichtige Agitationsthema wird nicht selten eng mit der artikulierten Diskriminierung von Ausländern verknüpft und betrifft die internationale Einbindung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem die Integration in die EU, sowie die innere Sicherheit. Die internationale Einbindung Deutschlands und eine Abgabe nationaler Souveränität werden von den drei Parteien abgelehnt. Plakativ werden europäische Regelungen und deren Verbindlichkeit für das deutsche Recht kritisiert oder die EU-Mitgliedschaft wird generell zur Disposition gestellt. Die Zahlungen der Bundesrepublik an internationale Organisationen gelten allen Rechtsaußenparteien als Einsparpotenzial für die Finanzierung ihrer kostenintensiven sozial- und familienpolitischen Forderungen. Stein des Anstoßes ist gleichermaßen die außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands. Namentlich NPD und DVU agitieren auch in ihren Wahlprogrammen scharf gegen die ökonomische Globalisierung, die Ausbeutung durch das internationale Kapital (NPD) und den „Ausverkauf“ der deutschen Industrie an „Fremde“ (DVU). Der in die internationalen Handelsströme integrierten Exportnation wird das Bild eines wirtschaftlich autarken Deutschlands mit staatlich subventioniertem Mittelstand und einem starken Bauernstand entgegen gestellt.

Ein drittes charakteristisches Merkmal von Wahlprogrammen der thüringischen Rechtsaußenparteien ist die Forderung nach einer radikalen Law-and-Order-Politik. Zum Kanon der erhobenen rechtspopulistischen Forderungen im Themenfeld der inneren Sicherheit gehören härtere Strafen bei bestimmten Formen der Kriminalität oder für Straftäter überhaupt, die Ablehnung von Hafturlaub für Schwerstkriminelle, die unverzügliche Abschiebung straffällig gewordener Ausländer und die Forderung nach Einführung der Todesstrafe etwa für Kinderschänder – so noch im Wahlprogramm der NPD von 1999 – bzw. einen Volksentscheid darüber (DVU). Zudem werden von allen drei Parteien eine stärkere Polizeipräsenz und eine bessere Ausstattung der Polizei gefordert.

Alle drei Parteien verstehen sich als nationale politische Kräfte, denen es um die Wahrung der nationalen Souveränität (NPD), eine Politik vorrangig für Einheimische (DVU) bzw. um die Sicherung des Fortbestands des deutschen Volkes (REP) geht. Bei den „Nationaldemokraten“ und der DVU verbindet sich mit der völkischen Gesinnung das Selbstverständnis einer nationalen (Fundamental-)Opposition gegen die „etablierten“ bzw. „herrschenden“ Parteien.

Mit Blick auf die Strategien erscheint es angesichts des Bedeutungsverlusts von DVU und REP angebracht, die Analyse hier auf die NPD zu fokussieren. Nach Jahrzehnten ausbleibender elektoraler Erfolge und einem gegenüber den späten 1960er Jahren drastischen Mitgliederrückgang nahm die strategische Neuausrichtung der Partei ihren Ausgang auf dem Tiefpunkt der bisherigen Parteigeschichte. Kernstück der programmatischen Neuaufstellung war ein „Drei-Säulen-Konzept“ des neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Dieses sah neben dem „Kampf um die Parlamente“, also der Teilnahme an Wahlen, den „Kampf um die Straße“ und den „Kampf um die Köpfe“ vor. Um den Kampf um die Straße und den Kampf um die Köpfe zu führen, musste die NPD ihren bisherigen Charakter als Wahlpartei aufgeben und sich verstärkt um öffentliche und mediale Präsenz bemühen. (zur Entwicklung der NPD Backes/Steglich 2007; Heinrich 2008; Pfahl-Traughber 2009; journalistisch Röpke/Speit 2008)

Die Voraussetzung dafür bildete eine Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Sympathisanten, die durch einen deutlichen Bruch mit der bisherigen Politik gegenüber dem neonazistischen Spektrum erreicht wurde: Statt der vorherigen Abgrenzung wurde ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine gezielt Öffnung gegenüber der sogenannten freien Szene und den (militanten) Kameradschaften eingeleitet. Diese Öffnung rentierte sich in doppelter Weise: Erstens gewann die NPD vor allem in Ostdeutschland neue, überdies junge und aktionsorientierte Mitglieder – so auch in Thüringen. Zweitens gelang es ihr, Tausende Unterstützer für Demonstrationen, Gedenk- und Protestmärsche o.ä. zu mobilisieren. Das Aktionsfeld der Partei verlagerte sich in diesem Zuge immer in die neuen Länder, wo in Sachsen auch längere Zeit der mitgliederstärkste Landesverband bestand.

Zugleich wurde ein programmatischer Wandel eingeleitet. Die klassischen Themen der extremen Rechten (Antisemitismus, Revanchismus, etc.) blieben auf der Agenda, wurden jedoch in der öffentlichen Darstellung populistischen Forderungen und der Ausländerthematik nachgeordnet. Darüber hinaus wurde gezielt der Anschluss an aktuelle Diskurse in der Bevölkerung gesucht und dabei auch nicht davor zurückgeschreckt, bis dato vornehmlich von der radikalen Linken politisierte Themen aufzugreifen und sich dabei auch des entsprechenden Vokabulars zu bedienen. Besonders offenkundig erfolgt dies durch Kampagnen gegen den so bezeichneten ausbeuterischen Kapitalismus und gegen die Globalisierung. In Thüringen und den übrigen ostdeutschen Ländern wurde damit zugleich an DDR-freundliche, teils nostalgische Stimmungen in Teilen der Bevölkerung angeknüpft.

An der Wahlurne machte sich diese programmatische Öffnung mitsamt der Anleihen Linksaußen mittelfristig bezahlt. Der Durchbruch gelang mit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Herbst 2004, dem ein Jahr später bei der Bundestagswahl das bislang beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in Thüringen von 3,7 Prozent der (Zweit-)Stimmen folgte. Nach Jahrzehnten der durch Wählervotum erzwungenen Parlamentsabstinenz schien der Gewinn von fast einem Zehntel der Stimmen in Sachsen als Erfolg des neuen Kurses.

Als Reaktion auf diesen Erfolg wurde mit der unter dem Banner einer „Volksfront von Rechts“ propagierten Einigung der nationalen Kräfte eine vierte Säule etabliert, die auf eine hegemoniale Stellung der NPD am rechten Rand des parteipolitischen Spektrums zielt (zum Viersäulenkonzept Schulze 2009). Ausdruck dessen war der 2005 mit der DVU auf Bundesebene geschlossene „Deutschland-Pakt“, der eine wechselseitige Konkurrenz beider Parteien bei den Wahlen bis 2009 ausschließt. Mit der Marginalisierung der DVU in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat die NPD die angestrebte Dominanz und Meinungsführerschaft nahezu erreicht – ein Novum in der Entwicklung des rechtsextremen Parteienspektrums in Thüringen.

In den vergangenen Jahren hat sich die NPD zudem im Verbund mit den „freien Kräften“ um eine breitere Verankerung in der Gesellschaft bemüht und hat sich zu diesem Zweck tendenziell ein bürgerlicheres Auftreten ohne Bomberjacken und Springerstiefel zugelegt. In diesem Kontext ist auch ihre verstärkte Öffentlichkeits- und Propagandatätigkeit zu sehen und ihr Versuch in neue gesellschaftliche Bereiche vorzudringen. Beispielhaft für die differenziertere Strategie seien hier angeführt:

- die gezielte Ansprache von Schülern und Auszubildenden über jugendgerechte Angebote (Schulhof-CD, Hausaufgabenbetreuung, Freizeitgestaltung)
- die Einflussnahme auf bestehende Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen (Freiwillige Feuerwehr, Elternvertretungen etc.), um „von Innen heraus“ Einfluss auf Diskurse zu nehmen, Themen zu setzen usw.
- die Gründung eigener Initiativen, vor allem bei Vorliegen lokaler Problemlagen
- die regelmäßige Thematisierung lokaler, teils auch landespolitischer Themen in eigenen Publikationen (allein acht derselben waren im September 2010 auf der Webseite des Landesverbands aufgeführt)
- der Aufbau von Schulungszentren in eigenen Immobilien bzw. solchen, die sich im Besitz von Rechtsextremen befinden.

Grundsätzlich muss für die NPD – unabhängig vom konkreten Erfolg dieser Strategien – das Novum konstatiert werden, dass die Partei trotz (oder wegen?) einer unverkennbaren Radikalisierung Mitglieder hat gewinnen können und auch auf eine gewisse Wahlunterstützung rechnen kann. Die Radikalisierung der thüringischen NPD wie der Partei insgesamt drückt sich zum einen in einer militant-aggressiven politischen Rhetorik aus, zu deren Repertoire auch die Kampfansage an den demokratischen Verfassungsstaat und seine Institutionen gehört. Zum anderen wird sie in der systematischen Rekrutierung von Neonazis sichtbar: Mittlerweile entstammen viele Mitglieder des NPD-Landesvorstands diesem Spektrum und eine deutliche Mehrheit

der Kreisvorsitzenden unterstützt eine enge Zusammenarbeit mit aktionistischen, gewaltbereiten Neonazis. Das Vorstrafenregister führender NPD-Funktionäre im Freistaat ist ebenso lang wie bedrückend und umfasst keineswegs „nur“ Volksverhetzungsdelikte, sondern auch Sprengstoffanschläge, schwere Körperverletzung und dergleichen.

Ihre Militanz, die Struktur ihrer Mitgliedschaft und ihres Führungspersonals sowie die enge Kooperation mit den gewaltbereiten Kameradschaften unterscheiden die NPD deutlich von den beiden anderen seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten bestehenden Parteien des rechtsextremen Spektrums. Zugespitzt formuliert ist die heutige Thüringer NPD jünger – das Führungspersonal ist selten älter als 35 Jahre –, aktionistischer, aggressiver, bei weitem mobilisierungsfähiger und gewaltbereiter als die Parteienkonkurrenz im rechtsextremen Lager. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bestrebungen verschiedener Bundesländer zu sehen, darunter auch Thüringen, ein neuerliches Verbotsverfahren gegen die NPD anzustrengen.

3.2 Kameradschaften und Subkultur¹⁶

War der Rechtsextremismus in der alten Bundesrepublik vorwiegend förmlich organisiert, so hat sich seine Struktur im vereinten Deutschland erheblich gewandelt, teils auch als Reaktion auf den Verfolgungsdruck durch Bundes- und Landesbehörden, die gegen rechtsextreme Vereine wiederholt Organisationsverbote verfügt haben. In Thüringen ist es zwar bislang noch zu keinem Vereinsverbot gekommen, dennoch haben sich auch hier rechtsextreme Gruppierungen unterhalb der förmlichen Organisation gebildet, die sich durch eine dezidiert rechtsextreme, vielfach neonazistische Ideologie auszeichnen und die in aller Regel betont handlungsorientiert sind.

Die sogenannten Kameradschaften sind die bekanntesten dieser eher lose vernetzten, ohne „Plattform“ und Vereinslokal agierenden Gruppierungen, die eine feste Mitgliedschaft kennen, aber oftmals eine eher schwache hierarchische Binnenstruktur aufweisen. Zu ihren politischen Aktivitäten gehören neben Demonstrationen, Verbreitung von Flugschriften u.ä. vielfach gewaltsame Übergriffe etwa gegen Ausländer. Während sie längere Zeit autonom agierten und sich dem Einfluss des vor allem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus entzogen haben, weil dieser ihnen in seiner Struktur zu konventionell und in seinen Aktionsformen nicht militant genug war, hat sich mit dem programmatischen und strategischen Wandel eine immer engere, allerdings alles andere als konfliktfreie Annäherung zwischen den Kameradschaften und der NPD ergeben. Im Ergebnis traten führende Vertreter aus der Kameradschaftsszene der NPD bei und wurden teils in führende Funktionen gewählt,

16 Die Ausführungen stützen sich vorwiegend auf die Verfassungsschutzberichte des Thüringer Innenministeriums und des Bundesministers des Innern. Auf Einzelnachweise wird im Interesse der Lesbarkeit verzichtet.

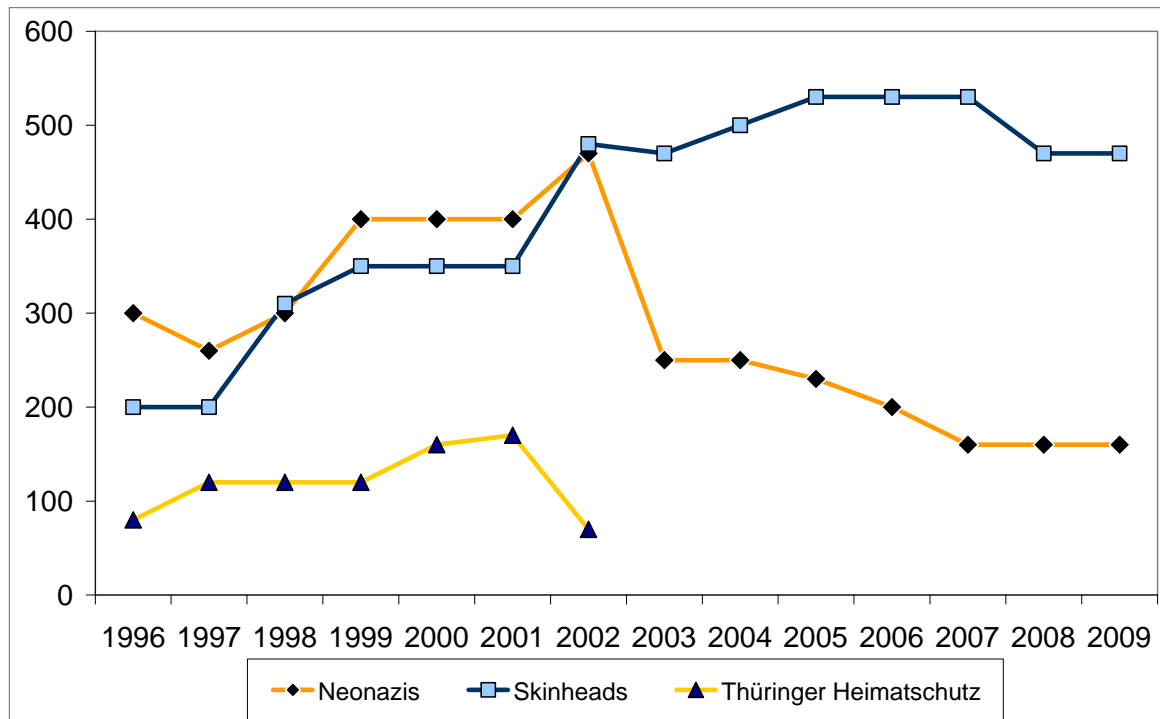
darunter die beiden derzeitigen Stellvertretenden Parteivorsitzenden des Thüringer Landesverbands, Patrick Wieschke und Gordon Richter.

Neben den Kameradschaften und teils in sogenannten Mischszenen mit diesen vernetzt gibt es seit den frühen 1990er Jahren eine mehr oder minder eigenständige rechts-extreme Subkultur in Thüringen. Die Abgrenzung von der Mehrheitskultur erfolgt in erster Linie durch Kleidung und Musik, faktisch existieren jedoch zugleich als verbindlich geltende Einstellungen und Verhaltensnormen, die den allgemeinen gesellschaftlichen Werten entgegen stehen. Für die rechtsextreme Subkultur ist ein eher schwacher Organisationsgrad ebenso charakteristisch wie eine jugendliche Prägung und eine aktionistische Ausrichtung, die oftmals mit erheblicher Gewaltbereitschaft einhergeht. Von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis der Subkultur und die sich in diesen ergebenden gruppenspezifischen Prozesse ist die rechtsextreme Musik. Innerhalb der vorwiegend jugendlichen Subkultur lassen sich rechtsextreme Skinheads und nur lose organisierte Jugendcliquen mit deutlichen Schnittmengen zu unpolitischen Jugendgruppen unterscheiden. Die meisten rechtsextremen Skinheads und die Jugendcliquen sind eher „anpolitisiert“, d.h. sie verfügen über keine verfestigte Ideologie.

Entgegen dem Bundestrend ist die Zahl der Neonazis in Thüringen seit 2003 rückläufig: Ihre Zahl ist von bis zu 500 auf deutlich weniger als 200 Personen gefallen (vgl. Abb. 8). Der auffällige Rückgang 2003 geht auf den Eintritt vieler Neonazis in die NPD zurück, womit von einem autonomen Auftreten der Kameradschaften nicht mehr die Rede sein kann. Während die Zusammenarbeit eine Zeit lang eher inoffiziell erfolgte, wird sie nun schon seit längerem öffentlich propagiert und ist Teil der Strategie, das vormals zersplitterte rechtsextreme Spektrum unter Führung der NPD zu einer („Volksfront von Rechts“). Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der rechtsextremen Skinheads deutlich erhöht.

Politischer Aktionismus und Gewaltbereitschaft waren auch für den bis kurz nach der Jahrhundertwende noch aktiven Thüringer Heimatschutz (THS) typisch, der zeitweilig als eine Art Netzwerk verschiedener neonazistischer Gruppierungen fungierte. Viele seiner damaligen Mitglieder sind weiterhin in einer Kameradschaft aktiv und/oder der NPD beigetreten. Programmatisch trat er wie die Kameradschaften für ein „national-revolutionäres“ Konzept und für einen nationalen Sozialismus ein. Zugleich verstand sich der Thüringer Heimatschutz als ein Organ der „Feind-Beobachtung“, weshalb seine Aktivisten zunächst unter dem Namen „Anti-Antifa“ in Erscheinung getreten waren. Tatsächlich gehörte die Observierung und Einschüchterung politischer Gegner neben Demonstrationen zum Kernrepertoire seiner Aktionsformen.

Abb. 8: Mitglieder rechtsextremer subkultureller Gruppierungen in Thüringen, 1996-2009



Quelle: Thüringer Innenministerium (Verfassungsschutzberichte)

Einen anderen Charakter als die Kameradschaften haben die rechtsextremen Skinheads. Zwar bestehen auch hier mittlerweile beträchtliche Schnittmengen, doch sind die Skinheads sehr viel weniger politisiert. Ihre Einbindung in rechts-extremistische Aktivitäten erfolgt eher anlassbezogen und hat in aller Regel Erlebnischarakter, wobei Konzerten eine wichtige Mobilisierungs- und Integrationsfunktion zukommt. Für die Mobilisierungsfähigkeit der NPD ist die Skinheadszene jedoch unverzichtbar. Die NPD trägt der aktionistischen Orientierung der rechtsextremen Skinheads und ihrem Erlebnishunger oftmals dadurch Rechnung, dass bei größeren Veranstaltungen der Partei und der mit ihr verbundenen Kameradschaften einschlägige Bands spielen. Auch die neonazistischen Großveranstaltungen wie das „Fest der Völker“ oder der „Thüringen-Tag der nationalen Jugend“.

Die Musikveranstaltungen sind für die extreme Rechte auch deshalb so wichtig, weil die gemeinsamen Konzertbesuche die Gruppengemeinschaft fördern und geeignet sind, auch kaum politisierte Jugendliche anzusprechen. Zahlenmäßig dürften rechtsextreme Jugendcliquen, die vor allem durch die Musik und die entsprechende Erlebniskultur angezogen werden, weit mehr Mitglieder haben als die gesamte im engeren Sinne rechtsextreme Subkultur. Gerade über derartige Cliquen mit schwankender Mitgliedschaft und begrenztem politischen Interesse verbreiten sich rechtsextreme Ideologie und Symbolik weit über die „Szene“ hinaus.

Das Angebot an einschlägigen Konzertveranstaltungen in Thüringen ist zwar in den vergangenen fünf Jahren nach übereinstimmenden Angaben des Landesamts für

Verfassungsschutz und der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT) zurückgegangen, doch findet noch immer eine beträchtliche Zahl von Konzerten im Land statt (Tab. 4). Die Zahlenangaben schwanken deutlich und liegen bei MOBIT für einzelne Jahr dreimal so hoch wie nach den offiziellen Statistiken, die das Thüringer Innenministerium in seinen Verfassungsschutzberichten veröffentlicht. Dieses Muster findet sich auch bei den Angaben zu verhinderten und aufgelösten Konzerten, wobei die Abweichungen in diesen Kategorien geringer ausfallen. Eine ganze Reihe von Konzerten wurde in den von Rechtsextremen erworbenen Immobilien gegeben, 2009 vor allem in der „Erlebnisscheune“ in Kirchheim, was die Organisation erheblich erleichterte.

Tab. 4 Rechtsextreme Konzerte in Thüringen, 2005 bis 2009

	2005	2006	2007	2008	2009
laut TIM					
stattgefundene	22	12	8	8	10
davon aufgelöste	9	6	6	2	3
verhinderte	6	6	2	0	4
laut MOBIT					
stattgefundene	36	22	26	27	27
davon aufgelöste	10	6	7	4	4
verhinderte	9	6	2	0	5

Quellen: Thüringer Innenministerium (Verfassungsschutzberichte); MOBIT

Darüber hinaus stellt der Vertrieb der einschlägigen Tonträger ebenso wie der Verkauf der Szene-Kleidung einen Wirtschaftsfaktor dar (Flad 2006). Er sichert einzelnen Aktivisten, darunter auch Mitgliedern des NPD-Landesvorstands wie Patrick Weber, das Auskommen oder bessert es merklich, Konzerte mit rechtsextremen Bands, von denen allein im vergangenen Jahr (2009) 15 aktive in Thüringen angesiedelt waren, eigenen sich über die Liedtexte zudem für die Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Feindbilder. Es ist denn auch kein Zufall, dass es gerade im Zusammenhang mit legalen wie illegalen Konzertveranstaltungen immer wieder zu Straf- und Gewalttaten gekommen ist; in den Hassgesängen mancher einschlägiger Bands wie „Eugenik“ oder „SKD“ wird dazu sogar explizit aufgerufen (Langebach/Raabe 2010).

4. Gewalt: Praktizierte Menschenfeindlichkeit

Es ist eingangs ausgeführt worden, dass Gewalt kein Definitionsmerkmal des Rechtsextremismus darstellt. Gleichwohl wohnt dem Rechtsextremismus eine Affinität zumindest zur strukturellen Gewalt inne, d.h. diese wird gefördert, wenn nicht sogar gefordert. Diese Forderung nach struktureller Gewalt stellt eine unmittelbare Folge des Ungleichwertigkeitskonzepts dar: Wenn bestimmten Gruppen und Individuen nicht der gleiche Wert zugedacht wird wie anderen, dann liegt es nahe, diese auch anders behandelt wissen zu wollen. Es ist nur folgerichtig, dass ihnen etwa weniger Rechte oder ein geringerer Status (als der Eigengruppe) zugebilligt wird, worin eine systematische Diskriminierung angelegt ist. Entsprechend haben Vokabular und Schriften rechtsextremer Parteien und Organisationen oftmals einen massiv diskriminierenden Charakter. Darüber hinaus hat die Analyse der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen ergeben, dass sie eine deutliche erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen (Kap. 2).

Vor allem werden mit dem Rechtsextremismus jedoch Gewalttaten assoziiert, die Anfang der 1990er Jahre vereinzelt pogromartige Auswüchse annahmen und die sich oftmals durch extreme Brutalität auszeichneten (für Beispiele Tramitz 2001; Marneros 2005). Je nach Zählweise haben seit der deutschen Vereinigung zwischen 137 und 149 Menschen in Deutschland durch rechtsextreme Gewalt ihr Leben verloren, darunter auch einige Thüringer.¹⁷ Die Analyse von Gerichtsurteilen und Polizeiakten, Interviews mit inhaftierten bzw. verurteilten rechtsextremen Straftätern sowie Befragungen von (Jugend-)Richtern haben dabei Aufschluss über die Täter, ihre Motive und die Tatumstände geben können (Gaßebner u.a. 2003: 259-264)¹⁸. Demnach war ein erheblicher Teil der gewaltsamen Übergriffe ortsnah und aus einer Gruppe heraus erfolgt (Gruppengewalt) und nicht langfristig geplant. Gruppendynamische Prozesse, vielfach in Kombination mit exzessivem Alkoholkonsum, führten offenbar immer wieder zu einer Gewalteskalation. Ein erheblicher Teil der Straftäter war bereits zuvor durch kriminelles Handeln aufgefallen, darunter überwiegend Gewalt- oder Eigentumsdelikte ohne einen politischen Hintergrund, teilweise aber auch fremdenfeindliche Delikte.

Die hier nur grob skizzierten Erkenntnisse zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten beziehen sich nicht speziell auf Thüringen, wenngleich in einzelnen Untersuchungen ein Teil der Interviewten aus dem Land stammte (etwa Frindte/Neumann 2002). Es

17 Die Zahlen finden sich auf der Web-Seite der Organisation Mut gegen rechte Gewalt: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/149-todesopfer/> [letzter Login: 29.9.2010].

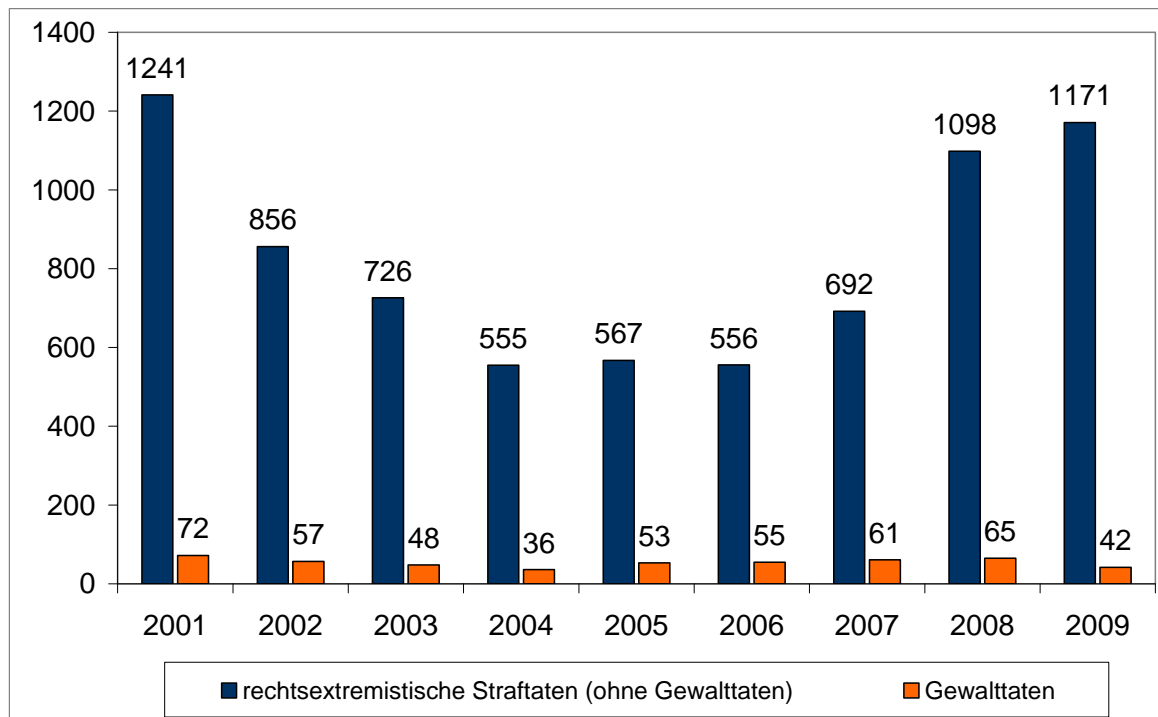
18 Diese Veröffentlichung wird hier wegen ihres resümierenden Charakters und der Zusammenführung von Ergebnissen unterschiedlich angelegter Forschungsarbeiten aus den 1990er Jahren *pars pro toto* zitiert. Ihre Befunde liegen auch den weiteren Ausführungen zugrunde.

kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Befunde für Ostdeutschland *cum grano salis* auch für Thüringen zutreffen. Demnach ist auch für den Freistaat von weit überwiegend männlichen Tätern jüngeren Alters (überwiegend zwischen 15 und 24 Jahren) auszugehen. Viele der Gewalttäter haben ein geringes Bildungsniveau oder befinden sich zur Tatzeit noch in Ausbildung; überproportional hoch ist unter ihnen der Anteil der Arbeitslosen. Oftmals sind die Betroffenen bereits in der Kindheit durch deviantes und sehr aggressives Verhalten aufgefallen; viele beschreiben das Klima in ihrer Herkunftsfamilie als kalt und von Gewalt geprägt.

Im Folgenden soll vornehmlich anhand der verfügbaren amtlichen Statistiken die Entwicklung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Thüringen dokumentiert und analysiert werden. Dabei ist auf ein dreifaches Problem der Qualität der verfügbaren Daten hinzuweisen: Erstens existiert eine unbekannte Dunkelziffer. Dieser Sachverhalt ist zunächst kein Spezifikum der von Rechtsextremen begangenen Delikte, sondern gilt für jedwede Form der Kriminalität. Allerdings ist auf Grund der sozialen Struktur der Opfer (hoher Anteil von Ausländern, gesellschaftlichen Randgruppen und Angehörigen alternativer jugendlicher Subkulturen) davon auszugehen, dass zahlreiche Gewalttaten niemals zur Anzeige gebracht, damit nicht polizeilich erfasst werden und in der Konsequenz auch in keiner Statistik des Landeskriminalamts auftauchen. Zweitens sind die Erhebungsverfahren im Laufe der zurückliegenden beiden Jahrzehnte mehrfach verändert worden, wodurch eine Vergleichbarkeit der Daten über längere Zeiträume erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird. Aus diesem Grund setzen entsprechende Zeitreihen erst im Jahr 2001 ein. Zudem ist drittens insbesondere die Zahl der Propagandadelikte maßgeblich von der politischen und medialen Skandalisierung und der damit oftmals verknüpften gesellschaftlichen Sensibilisierung abhängig.

Der Höhepunkt rechtsextremer, zumeist ausländerfeindlicher Gewalt wurde in Thüringen wie bundesweit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erreicht. 1993 dürfte allein im Freistaat schätzungsweise ein Drittel der einschlägigen Gewalttaten verübt worden sein, wie sie in der gesamten (alten) Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre pro Jahr registriert wurden. Auch wenn dieses Gewaltniveau seitdem nicht mehr erreicht worden ist, zeichnet sich der subkulturelle Rechtsextremismus in Thüringen weiterhin durch eine ausgeprägte Gewaltorientierung und durch eine hohe Zahl von Straf- und Gewalttaten aus. Wie aus Abbildung 9 ersichtlich ist, hat sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts keine lineare Entwicklung ergeben. Der sowohl bei den Gewalttaten als auch bei den übrigen Straftaten U-förmige Verlauf in den Jahren 2001 bis 2009 korrespondiert nur zum Teil mit den Entwicklungen im organisierten Rechtsextremismus (vgl. Kap. 3) und dürfte damit auch in keinem kausalen Zusammenhang stehen.

Abb. 9: Gewalttaten und übrige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität - Rechts“ in Thüringen, 2001-2009



Quelle: Thüringer Innenministerium (Verfassungsschutzberichte)

Seit der Einführung des neuen Erfassungssystems („Politische Kriminalität – Rechts“) 2001 ist die Zahl der Straftaten ohne Gewaltanwendung zunächst erheblich zurückgegangen, hat sich dann Mitte des Jahrzehnts auf dem erreichten Niveau stabilisiert, um ab 2006 wieder deutlich anzusteigen. Die Entwicklung bei den Gewalttaten verlief zunächst parallel dazu, allerdings kam es bereits 2005 zu einem Anstieg, auf den 2009 ein deutlicher Rückgang um etwa ein Drittel folgte. Damit hat sich zugleich der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremen Straftaten deutlich verringert. Er lag zuletzt bei etwa vier Prozent, während er in der Mitte des Jahrzehnts Anteile von fast 10 Prozent erreicht hatte. Den Löwenanteil bei den übrigen Straftaten machen die Propagandadelikte aus, allerdings hat sich auch die Zahl der Sachbeschädigungen zwischen 2007 und 2009 fast verdreifacht.

Im bundesweiten Vergleich wird das Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Thüringen sichtbar. Sowohl zu Anfang des Jahrzehnts als auch in dessen Mitte und am Ende lag die auf die Einwohnerzahl bezogene Gewaltquote merklich über dem Schnitt der westdeutschen Länder, 2001 sogar doppelt so hoch (Tab. 5). Berücksichtigt man, dass sich viele Gewalttaten gegen Ausländer richten, der Ausländeranteil in Thüringen aber mit etwa zwei Prozent im Vergleich zu dem in der alten Bundesrepublik sehr gering ist, fallen die Unterschiede noch deutlicher aus. Beschränkt man den Vergleich hingegen auf die ostdeutschen Länder, stellen sich die Thüringer Werte weit positiver dar. Wieser Freistaat im Ausgangsjahr noch eine minimal überdurchschnittliche Belastung mit

rechtsextremen Gewalttaten auf, so lagen die Werte 2005 und 2009 jeweils deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt, 2009 sogar niedriger als in allen anderen neuen Ländern.

Tab. 5: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität - Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner - 2001, 2005 und 2009

	2001	2005	2009
Baden-Württemberg	0,58	0,66	0,44
Bayern	0,59	0,62	0,42
Berlin	0,62	1,42	1,63
Brandenburg	2,58	3,78	2,74
Bremen	0,45	1,36	0,91
Hamburg	1,98	1,15	1,69
Hessen	0,51	0,41	0,36
Mecklenburg-Vorpommern	0	1,63	2,16
Niedersachsen	1,00	1,49	1,42
Nordrhein-Westfalen	0,27	0,67	0,91
Rheinland-Pfalz	0,84	0,59	0,94
Saarland	0,84	1,42	1,26
Sachsen	1,93	2,07	2
Sachsen-Anhalt	1,73	4,29	2,52
Schleswig-Holstein	2,36	1,94	2,12
Thüringen (TH)	2,23	2,25	1,81
ostdeutsche Länder ohne TH*	2,08	2,94	2,36
westdeutsche Länder (ohne Berlin)*	0,94	1,03	1,05
alle Länder ohne TH*	1,16	1,57	1,43

* Durchschnittswerte der Länder ohne Berücksichtigung der Bevölkerungsanteile (für 2001 ohne Mecklenburg-Vorpommern wegen offensichtlich ungläubwürdiger Angabe)

Quelle: Bundesministerium des Innern (Verfassungsschutzberichte) und eigene Berechnungen

Regionale Schwerpunkte rechtsextremer Straftaten allgemein und der entsprechenden Gewaltkriminalität im Besonderen sind kaum auszumachen. In Ermangelung öffentlich zugänglicher kriminalpolizeilicher Daten wurden für den Zeitraum 2005 bis August 2010 die Chroniken rechtsextremer Aktivitäten der „Mobilen Beratung in Thüringen“ (MOBIT) unter regionalen Gesichtspunkten ausgewertet, faktisch nach Zuordnung rechtsextremer Vorkommnisse zu Landkreisen und kreisfreien Städten.¹⁹ Eine bezogen auf die Bevölkerungsanteile weit überproportionale Belastung mit rechtsextremen Straftaten ist für Erfurt, den Ilm-Kreis, Weimar und den Saale-Orla-Kreis festzustellen. Rechtsextreme Aktivitäten ohne strafrechtliche Relevanz werden überdurchschnittlich

19 Die Chroniken finden sich auf der Web-Seite von MOBIT: <http://www.mobit.org/Chronik.htm>. Es ist anzumerken, dass die Erhebung durch MOBIT einerseits unvollständig ist, andererseits keiner mit der polizeilichen Erfassung vergleichbaren Systematik folgt.

oft aus Eisenach und dem Ilm-Kreis berichtet. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass etwa die im Besitz von Rechtsextremen befindlichen Immobilien häufig für Veranstaltungen genutzt werden (so die im Ilmkreis gelegene „Erlebnisscheune“). Erfurt ist als Landeshauptstadt überproportional häufig Ort von Demonstrationen, in deren Rahmen es immer wieder zu Straftaten kommt.

Hinweise auf eine deutliche Radikalisierung des subkulturellen Rechtsextremismus, wie sie nach dem gescheiterten Einzug der NPD in den Thüringer Landtag bei der Wahl 2009 – zugleich ein herber Rückschlag beim „Kampf um die Parlamente“ – hätte vermutet werden können, finden sich bislang nicht. Die besonders gewalttätigen Segmente des Rechtsextremismus, wie etwa die Autonomen Nationalisten, sind in Thüringen bisher eher sporadisch aktiv und nicht sonderlich stark verankert. Generell unterliegt der Einsatz physischer Gewalt, abseits einer Vielzahl eher spontaner Aktionen rechtsextrem geprägter Cliques, vor allem seitens der NPD einem strategischen Kalkül. Gewalt wird dann angewendet, wenn sie in Abwägung der konkreten Rahmenbedingungen als den Zielen der „Bewegung“ dienlich erachtet wird. Sie gehört zum normalen Spektrum der Aktionsformen des organisierten und zumal des subkulturellen Rechtsextremismus in Thüringen. Die instrumentelle Haltung zur Gewalt ist zuletzt in einer Lokalstudie zu Jena detailliert herausgearbeitet worden (Klärner 2008), sie erschließt sich aber auch aus dem Vorstrafenregister wichtiger Führungskräfte der thüringischen NPD und ist zudem an der bereits berichteten engen personellen Verflechtung der NPD-Parteiführung mit den vielfach militant auftretenden Kameradschaften abzulesen.

In letzter Zeit ist der Eindruck entstanden, dass sich gewaltsame Aktionen verstärkt gegen politische Funktionsträger richten. Zwar sind etwa Angriffe auf Büros der im Landtag vertretenen Parteien keine neue Entwicklung, sondern seit längerem Teil der militanten Bekämpfung der politischen Gegner, es deutet sich jedoch eine neue Qualität an. Explizite Drohungen gegen Bürgermeister und andere Lokalpolitiker, im Landtagswahlkampf 2009 auch – von rassistischen Schmähungen begleitet – gegen einen auf Wahlplakaten abgebildeten farbigen Politiker, Überfälle auf die Wahlkreisbüros von Landtags- und Bundestagsabgeordneten und zuletzt offensichtlich ein geplanter Sprengstoffanschlag gegen den Bus einer Landespolitikerin – alle diese Vorkommnisse deuten darauf hin, dass gewählte politische Repräsentanten verstärkt zum Ziel auch gewaltsamer rechtsextremer Aktivitäten werden.

5. Politische Entfremdung als Entleerung der Demokratie?

Die bisherigen Analysen haben auf der Annahme beruht, dass die Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen vor allem von rechtsextremen politischen und/oder gewaltsamen Aktivitäten und – in geringerem Maße – von deren zugrunde liegenden Einstellungen ausgeht. Mit der Einbeziehung der Einstellungsebene sind dabei von vornherein nicht nur manifeste Phänomene der Demokratiefefeindschaft bzw. der praktischen Umsetzung von Ungleichwertigkeitskonzepten in den Blick genommen worden, sondern ebenso latente Formen der Infragestellung demokratischer Prinzipien. Gleichzeitig blieben jedoch – neben der Ausblendung von (hier nicht zu behandelnden) demokratiegefährdenden Potenzialen anderer weltanschaulicher Provenienz – solche Herausforderungen unberücksichtigt, die aus einer grundlegenden Politikskepsis resultieren, ohne aber mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen assoziiert zu sein.

Die entsprechenden Prozesse werden in der Fachliteratur und in der Publizistik sehr unterschiedlich etikettiert, wobei die gängigste Charakterisierung als „Politikverdrossenheit“ zugleich die wissenschaftlich problematischste, weil besonders unspezifische sein dürfte (kritisch bereits Arzheimer 2002). Stattdessen wird hier der Begriff der politischen Entfremdung verwendet, der eine Distanz(nahme) zur institutionalisierten Politik und die Unzufriedenheit mit ihren Verfahren, Akteuren und oftmals auch Ergebnissen bezeichnen soll. Mehr noch als Ausmaß und Entwicklung der politischen Entfremdung interessiert im Weiteren der Zusammenhang mit der Einschätzung der Demokratie und der politischen Ordnung.

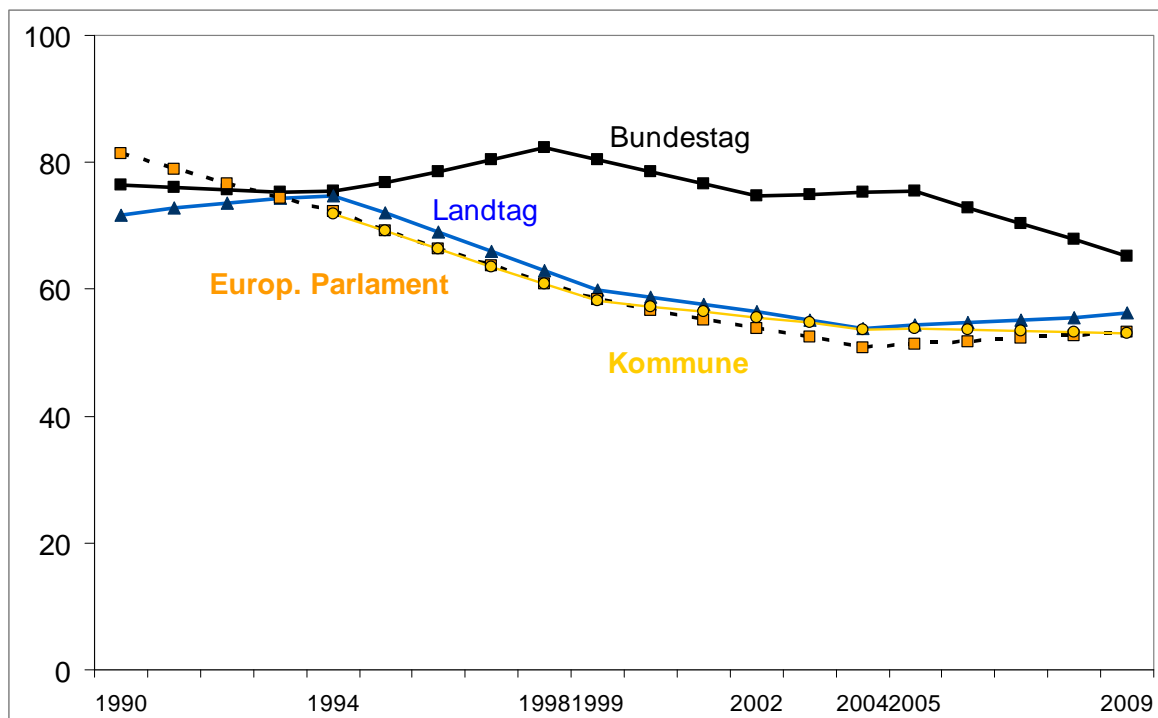
Vor allem in der Publizistik wird dabei regelmäßig ein kausaler Zusammenhang zwischen politischer Entfremdung, sinkender politischer Partizipation und einer Abwendung von der Demokratie apostrophiert. Die Bürger fühlen sich von der Politik enttäuscht, sehen sich von den Parteien nicht (mehr) vertreten, erleben die Eliten als abgehoben und nur auf die Verfolgung eigener Interessen orientiert – so fällt mit Abwandlungen die wenig schmeichelhafte Zustandsbeschreibung der politischen Kultur im Jahr 20 nach der Vereinigung aus. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur wird eine wachsende Distanz zur Politik und eine massive Skepsis gegenüber ihren Akteuren, konkret gegenüber Parteien und Politikern konstatiert (Kaina 2008). Eine besonders große Distanz zur Politik bei gleichzeitig relativ geringem Institutionenvertrauen findet sich demnach in den neuen Bundesländern (Gabriel 2005). Eine neuere, im Duktus feuilletonistische, jedoch mit wissenschaftlichem Anspruch verfasste Studie formuliert bereits im Untertitel die Diagnose vom „Demokratieverdruss in Deutschland“ (Embacher 2009) und konstatiert für weite Teile der neuen Länder eine „demokratische Ermüdung“ (ebd.: 105).

Im Konzept der sogenannten Postdemokratie haben derartige Diagnosen ihre Verdichtung und analytische Zuspitzung erfahren (Crouch 2004). In kritischer Auseinandersetzung mit jüngeren Entwicklungen in der Mediendemokratie und einem zeitweiligen Siegeszug neoliberaler Konzepte wird die These entfaltet, moderne Demokratien vernachlässigten zusehends die Beteiligung der Bürger (Input-Seite) zugunsten effektiverer Politikergebnisse (Output-Seite). Politische Entscheidungen würden allein innerhalb elitärer Zirkel und in engster Abstimmung mit dem Führungspersonal der Wirtschaft ausgehandelt, wobei Wahlen zu inszenierten Medienschlachten mit lediglich symbolischer Bedeutung verkämen. Den Bürgern verbliebe kaum noch ein Einfluss auf die Politik, weshalb diese sich zusehends desillusioniert von ihr abwendeten – was den ohnehin privilegierten Eliten einen noch besseren Zugriff auf staatliche Ressourcen eröffne. Wesentlich für diesen Ansatz ist, dass die demokratischen Institutionen und Verfahren fortbestehen, die Demokratie aber faktisch entleert und (mindestens in den Augen der meisten Bürger) entwertet wird.

Mit Blick auf Thüringen ist zu fragen, ob sich eine politische Entfremdung der Bürger nachweisen lässt und, wenn dies möglich ist, ob und inwieweit von ihnen eine Gefahr für die demokratische Kultur ausgeht. Dabei bietet sich eine dreistufige Analyse an: In einem ersten Schritt (1) ist zu prüfen, ob die Bürgerbeteiligung seit der Neugründung des Landes rückläufig gewesen ist. Dann ist (2) der Frage nachzugehen, ob sich eine wachsende Skepsis der Bürger gegenüber der Politik herausgebildet hat und das mutmaßlich abnehmende politische Engagement womöglich darin begründet liegt. Schließlich interessiert (3), inwiefern eine etwaige politische Entfremdung zu einer Erosion der Demokratieunterstützung führt. Damit ließe sich die in der Überschrift dieses Kapitel formulierte Frage nach der Entleerung, faktisch also nach einem Qualitätsverlust der Demokratie beantworten.

(1) Die politische Beteiligung der Thüringer lässt sich, insoweit konventionelle Partizipationsformen untersucht werden, vergleichsweise leicht erfassen. Zu den konventionellen Formen politischen Handelns gehören unzweifelhaft die Beteiligung an allgemeinen Wahlen und die Mitgliedschaft in einer politischen Partei. Die Wahlbeteiligung hat sich im Freistaat bis Mitte der 1990er Jahre nicht nach territorialen Ebenen unterschieden und lag mit Werten um die 75 Prozent hoch (Abb. 10). Darin ist nicht zuletzt eine Wertschätzung freier demokratischer Wahlen zu erkennen, die zu den Kernforderungen der Demonstrationen gegen das SED-Regime im Herbst 1989 gehörten. Kurz vor dem Jahrhundertwechsel hat die Teilnahme an den Landtags- und Kommunalwahlen massiv abgenommen, um jeweils etwa 15 Prozentpunkte im Vergleich zur vorausgegangenen Wahl. Wegen der Polarisierung im Zuge des Wahlkampfes 1998 und der Aussicht auf einen Regierungswechsel wurde die Beteiligung an der Bundestagswahl zunächst nicht von diesem Trend erfasst. Allerdings ist im weiteren Zeitverlauf die Stimmabgabe der Thüringer auch bei Bundestagswahlen erheblich gesunken: 2009 auf weniger als zwei Drittel der Wahlberechtigten. Damit lag die Beteiligung immer noch um etwa zehn Prozentpunkte höher als bei Wahlen auf territorial niedrigeren Ebenen.

Abb. 10: Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen in Thüringen, 1990-2009 (in Prozent)

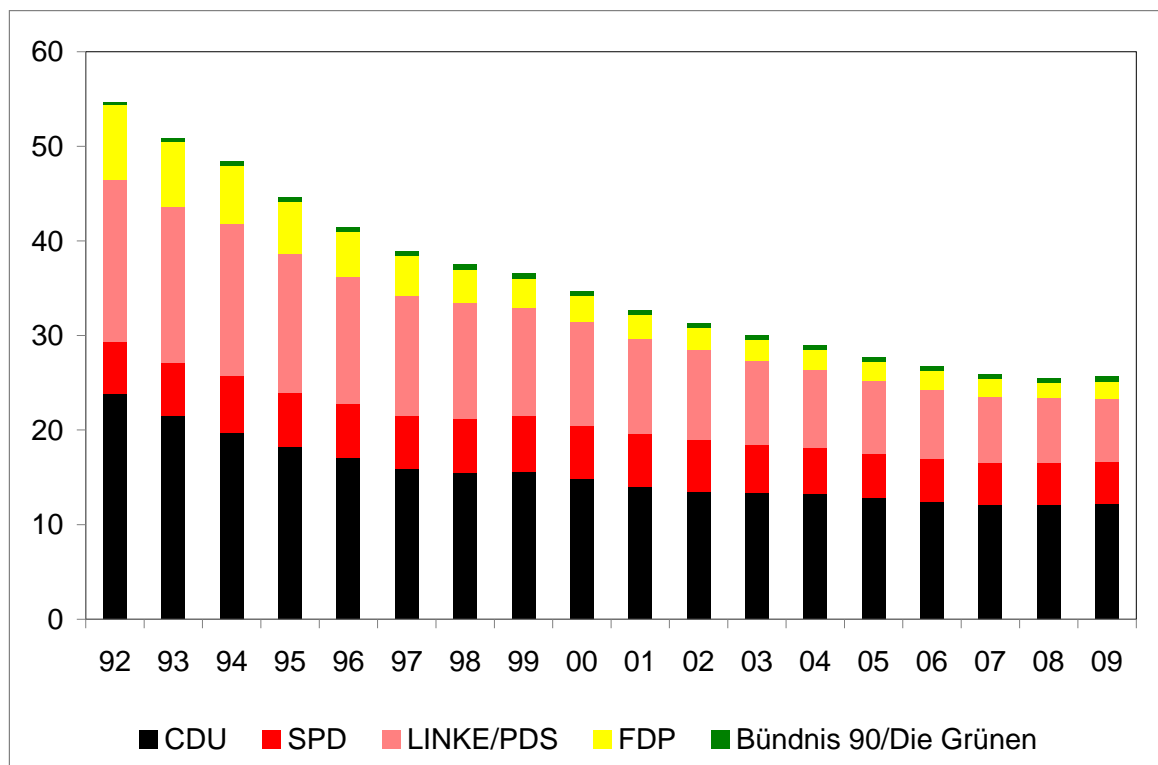


Quelle: Landeswahlleiter

In einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten hat die elektorale Partizipation in Thüringen somit auf allen Ebenen erheblich abgenommen. Der zwischenzeitliche Anstieg der Abstimmenden bei der Landtagswahl 1994 erklärt sich zudem damit, dass gleichzeitig die Bundestagswahl stattfand. Der generelle Abwärtstrend ist allerdings nicht thüringenspezifisch, sondern findet sich bei geringer Varianz in allen ostdeutschen Ländern und in geringerem Ausmaß auch in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2002 liegen die Beteiligungsraten in Thüringen allerdings bei allen Bundestags- und Landtagswahlen niedriger als in der alten Bundesrepublik.

Deutlich abgenommen hat seit 1990 auch das parteipolitische Engagement der Thüringer. Dabei sind die Mitgliederverluste der PDS, der CDU und der FDP in den Jahren 1990/91 vor allem auf Austritte von Mitgliedern der einstigen Blockparteien zurückzuführen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Regimewechsel stehen. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, für eine Untersuchung der längsschnittlichen Entwicklung das Jahr 1992 als Basisjahr zu verwenden. Von den im Landtag vertretenen Parteien hatte die FDP 2009 noch ein knappes Viertel ihrer Mitgliederzahl im Basisjahr, bei der Linken waren es knapp 40 Prozent (Abb. 11). Die Mitgliedschaft der CDU wurde zwischen 1992 und 2009 in etwa halbiert, während die notorisch mitgliederschwache SPD als genuin neue Partei in Thüringen im Saldo mehr als ein Fünftel ihrer Mitgliedschaft einbüßte. Einzig die Bündnisgrünen konnten im gleichen Zeitraum ihre Mitgliederzahl verdoppeln, allerdings auf einem extrem niedrigen Niveau.

**Abb. 11: Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien
(in Tausend), 1992-2009**



Quelle: Niedermayer 2010: 427

Die Zahl der Thüringer, die einer der Landtagsparteien angehörte, belief sich zuletzt mit knapp 26.000 auf nicht einmal die Hälfte der Parteimitglieder im Basisjahr 1992. Damit mussten die Parteien im Freistaat einen weit stärkeren Aderlass verkraften als ihre westdeutschen Landesverbände. Immerhin aber stieg im Jahr 2009 erstmalig seit der Vereinigung die Zahl der parteipolitisch organisierten Thüringer, wenngleich nur in geringem Umfang. Die Rekrutierungsfähigkeit der fünf relevanten Thüringer Parteien blieb jedoch weiterhin begrenzt. Sie lag 2008 bei 1,26 Prozent, d.h. auf 1.000 Thüringer, die einer Partei beitreten konnten, kamen 13 Parteimitglieder. Dieser Wert war zwar höher als in Ostdeutschland insgesamt (1,03 %), aber deutlich niedriger als in den alten Ländern (2,07 %).

Gravierende Mitgliederverluste hatten im selben Zeitraum auch die im DGB organisierten Gewerkschaften zu beklagen. Sie verloren zwischen 1995 und 2008 im Saldo weit über die Hälfte ihrer Mitglieder; bezogen auf das Jahr 1991 sogar eher als drei Viertel. Demgegenüber scheint sich die Zahl der Vereinsmitglieder in Thüringen über die Jahre hinweg nicht wesentlich verändert zu haben. Auch das ehrenamtliche Engagement hat sich zumindest kurzfristig nicht nennenswert verändert. Laut THÜRINGEN-MONITOR geben jeweils etwa sechs von zehn Befragten an, zumindest gelegentlich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ehrenamtlich tätig zu sein, jeder Vierte ist sogar mindestens einmal pro Woche ehrenamtlich engagiert. Schon aus diesen wenigen statistischen Angaben ist zu erkennen, dass vor allem das

konventionelle politische Engagement im Freistaat merklich zurückgegangen ist. Belastbare Zahlen für Thüringen zur *Entwicklung* des eher sporadischen Engagements, also der Mitwirkung an Bürgerinitiativen oder der Unterzeichnung von Petitionen etwa, lagen dem Verfasser nicht vor. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass es in diesem Bereich zu einem vergleichbaren Rückgang gekommen ist.

Die Gründe des nachlassenden konventionellen und auf Dauer angelegten politischen Engagements sind vielfältig. Die vielfältigen individuellen Belastungen, die sich im Transformationsprozess ergeben haben, dürften generell die Möglichkeiten der politischen und zivilgesellschaftlichen Beteiligung eingeschränkt haben. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, zumal die hohen Erwerbslosenzahlen (im Fall der Gewerkschaften) dürften ebenso zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen geführt haben wie enttäuschte Erwartungen (im Fall der Parteien). Zusätzlich ist ein Mega-Trend der generellen Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile wirksam, der für auf Mitgliedschaft basierende politische Beteiligungsformen nicht eben förderlich ist. Im Kontext der hier zu diskutierenden Gefährdungen demokratischer Kultur interessiert vor allem, ob sich in Thüringen konkrete Anzeichen für eine politische Entfremdung auf der Einstellungsebene finden und ob das rückläufig politische Engagement sich aus einer solchen Entfremdung speist.

(2) Für die Untersuchung politischer Entfremdung auf der Einstellungsebene gilt, dass sie sich nicht so einfach ermitteln lässt wie etwa die Wahlbeteiligung. Zwar stehen mit dem THÜRINGEN-MONITOR Daten für das zu Ende gegangene Jahrzehnt zur Verfügung, jedoch fehlen damit gerade die für etwaige Einstellungsveränderungen so wichtigen 1990er Jahre. Bei der Dateninterpretation ist daher zu berücksichtigen, dass die Aussagekraft der längsschnittlichen Analyse entsprechend begrenzt ist. Immerhin aber lassen sich wichtige Aspekte der Wahrnehmung von Politik, ihrer Institutionen und Akteure durch die Bürger über einen längeren Zeitraum hinweg untersuchen.

Damit ist zugleich umrissen, auf welche Gegenstände sich die politische Unzufriedenheit beziehen kann. Bei den Institutionen lassen sich solche im Zentrum des politischen Entscheidungsprozesses (Regierungen, Parlamente, Parteien) von denjenigen Institutionen unterscheiden, die eher mit der Umsetzung politischer Entscheidungen befasst sind (Verwaltung, Gerichte, Polizei). Hinsichtlich des Einstellungsobjekts der Akteure bietet sich eine Differenzierung zwischen kollektiven Akteuren (Parteien, „die“ Politiker) und individuellen (einzelne Politiker) an. Schließlich kann sich politische Unzufriedenheit auch auf politische Verfahrensweisen richten, mithin auf die Art und Weise, in der Politik betrieben wird. Eine generalisierende Kritik bezieht sich auf den politischen Betrieb schlechthin („die“ Politik), konkrete Kritik nennt Adressaten und Gegenstand, also etwa die Nominierungspraxis der Parteien oder die mediale Inszenierung führender Politiker.

Derartige Differenzierungen sind mehr als eine akademische Pflichtübung, denn sie tragen zu einem besseren Verständnis von tatsächlichen oder vermeintlichen Prozessen politischer Entfremdung bei und identifizieren etwaige Problembereiche zum Beispiel

der politischen Repräsentation. Zudem werden dadurch voreilige und letztlich unzutreffende Rückschlüsse von perzipierten Schwächen politischer Institutionen, Akteure und Verfahren auf eine Krise des demokratischen Systems vermieden. Zwei Fragen leiten daher die empirische Analyse: Wie verbreitet sind politikskeptische Einstellungen in Thüringen und auf welche Gegenstände beziehen sie sich? Lassen sich die zum Teil auf Bundesebene nachgewiesenen Prozesse politischer Entfremdung auch unter den Bürgern des Freistaats finden und korrespondieren sie mit dem oben berichteten Rückgang des konventionellen politischen Engagements?

Die generalisierten Wahrnehmungen der Politik und ihrer Akteure in Thüringen sind durch eine ausgeprägte und weit verbreitete Skepsis charakterisiert. Auf massive Kritik stoßen sowohl die Mechanismen der Politik als auch die mangelnde Offenheit des Entscheidungsfindungsprozesses. Im langjährigen Mittel beklagen drei von vier Befragten mangelnden Einfluss auf das Regierungshandeln. Ein noch höherer Anteil stimmt der Aussage zu, dass in der Politik viel geredet, aber nichts geleistet wird. Die tief verankerte Skepsis gegenüber „der Politik“ speist sich damit einerseits aus der wahrgenommenen Kluft zwischen den Ankündigungen politischer Funktionsträger und den tatsächlichen Ergebnissen ihres Tuns; Aussagen von Politikern gelten als unglaubwürdig, erscheinen als Sprechblasen ohne Substanz und Verbindlichkeit. Andererseits wird die Berufspolitik als intransparent und abgekapselt wahrgenommen; ihr fehlt es in den Augen der Befragten an der notwendigen Responsivität. Die Bürger vermissen offenkundig die Möglichkeit, politische Entscheidungen substanziell beeinflussen zu können – und dies, obwohl sie sich selbst überwiegend eine hohe politische Kompetenz zuschreiben.

Mit der größten Skepsis wird den politischen Parteien begegnet, deren Agieren spätestens seit der „Parteienschelte“ eines früheren Bundespräsidenten (Weizsäcker 1992) im Dauerfokus öffentlicher Kritik steht. Auch die Thüringer bemängeln die geringe Repräsentationsleistung der Parteien, denen unterstellt wird, sich vornehmlich um ihre eigenen Interessen (Vergabe von Ämtern an eigene Spitzenpolitiker usw.) zu bemühen. Entsprechend meinen fast 80 Prozent der Befragten, den Parteien gehe es ausschließlich um die Stimmenmaximierung, während die Anliegen der Wähler ignoriert würden. Unter einem Dutzend Institutionen, nach deren Bewertung im Laufe der Jahre gefragt worden ist, genießen die Parteien das geringste Vertrauen. Anscheinend bildet die Ausgestaltung der deutschen Politik zu einer Parteidemokratie die Wurzel allen Übels, das den Bürgern an den politischen Akteuren, Institutionen und Verfahren aufstößt.

Eine solche negative Skizze der Wahrnehmungen der Parteien durch die Wählerschaft wird allerdings dem Urteilsvermögen der Bürger nicht gerecht. Faktisch unterscheiden die Befragten nämlich zwischen den Parteien im Allgemeinen und konkreten einzelnen Parteien. Während die Parteien insgesamt auf Ablehnung stoßen, hegen die meisten Befragten durchaus Sympathien für zumindest eine der Landtagsparteien. Nur eine kleine Minderheit bewertet alle fünf Parteien negativ. Insofern kann von einer Delegitimierung des Parteiensystems in Thüringen nicht die Rede sein. Ein ähnliches

Muster findet sich auch bei der Wahrnehmung von Politikern. Als Kollektiv werden diese durchweg negativ bewertet, einzelne Landespolitiker erfreuen sich jedoch einiger Beliebtheit. Zudem erkennt mehr als die Hälfte der Befragten die Notwendigkeit von Berufspolitikern an. Eine starke Minderheit von etwa 40 Prozent ist der Auffassung, dass Politiker mehr Respekt verdienen. Ein undifferenziertes Politiker-Bashing lassen diese Zahlen nicht erkennen.

Die in ihrer generalisierten Form betont kritische Bewertung der Politik und ihrer Akteure mündet auch nicht in eine durchgängige Skepsis gegenüber der in Deutschland praktizierten Demokratie. Zwar besteht zwischen der Bewertung von Politik und Parteien einerseits und der Demokratiezufriedenheit andererseits ein Zusammenhang mittlerer Stärke, doch sind die Befragten in ihrer Einschätzung der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert, faktisch gespalten. Im Schnitt zeigt sich eine knappe Mehrheit der Thüringer eher unzufrieden, wobei eine stark ausgeprägte Unzufriedenheit selten ist. Wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit der demokratischen Performanz unzufrieden ist, zeugt dies von enttäuschten Erwartungen in die Politik und kann entsprechend als ein deutliches Signal politischer Entfremdung gedeutet werden. Dieser Schluss ist aber aus zwei Gründen nicht zwingend: Zum einen bedeutet die Unzufriedenheit mit der Praxis keine Distanzierung von der Demokratie (vgl. dazu ausführlicher (3) unten). Zum anderen kann eine gewisse Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis auch auf einen hohen Anteil kritischer Demokraten hinweisen, die nicht jedwede Politik gutheißen, sondern Ansprüche an demokratische Qualität stellen. In dieser Lesart wäre eine gewisse Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis sogar normativ zu wünschen.

Wie zufrieden die Thüringer mit der Demokratie in der Praxis sind, hängt nicht zuletzt damit zusammen, wie sehr sie wichtigen Institutionen in der Gesellschaft vertrauen. Der Zusammenhang mit dem Vertrauen in politische Entscheidungsinstitutionen, konkret in die Bundes- und die Landesregierung, ist dabei plausiblerweise größer als der mit dem Vertrauen in eher politikfernen Institutionen (Gerichte, Polizei). Beide Typen von Institutionen können zudem in sehr unterschiedlichem Maß auf Vertrauen in der Bevölkerung rechnen. Den Regierungsinstitutionen vertraut jeweils weniger als ein Drittel der Befragten weitgehend oder vollständig und unter den Sympathisanten der jeweiligen Oppositionsfraktionen ist dieser Anteil nochmals deutlich niedriger. Hingegen bringt im langjährigen Mittel etwa die Hälfte der Thüringer den Gerichten entsprechendes Vertrauen entgegen, bei der Polizei sind es fast zwei Drittel – bei jeweils deutlich geringeren Unterschieden nach Parteineigung.

Die Kluft bei den Vertrauenswerten liegt – neben parteipolitischen Präferenzen der Befragten – im Charakter der Institutionen begründet. Die Bundes- und die Landesregierung sind Kerninstitutionen des Regierungssystems, die politische Entscheidungen treffen, welche oftmals kontrovers und in ihren Folgen für die Bürger mitunter unerfreulich sind. Gerichte und Polizei erbringen demgegenüber Leistungen für die Bürger – in Gestalt von (Rechts-)Sicherheit – und arbeiten in aller Regel ohne politische Auseinandersetzungen auszulösen. Damit entsprechen sie gleich in doppelter

Hinsicht den Erwartungen der Bürger: durch ihre (mutmaßliche) Effizienz wie Effektivität und ihren Dienst für das Allgemeinwohl. Die Allgemeinwohl-Orientierung des Handelns (partei-)politischer Institutionen erscheint demgegenüber gerade wegen des ihm immanenten Streits (um politische Prioritäten, geeignete Instrumente, den Einsatz finanzieller Mittel usw.) fraglich. Die politischen Auseinandersetzungen, die Regierungen führen (müssen), bevor sie Entscheidungen treffen können, werden zudem oftmals als zeitraubend und letztlich ineffizient empfunden. Das geringe Vertrauen in parteienstaatliche Institutionen speist sich von daher zu einem gewissen Teil daraus, dass den Leistungserwartungen der Bürger und ihrem Wunsch nach gesellschaftlicher Harmonie nicht entsprochen wird – und womöglich in einem gewissen Maß auch gar nicht entsprochen werden kann.

Die obige Analyse ausgewählter politikbezogener Wahrnehmungen und Präferenzen der Thüringer führt damit zu der Erkenntnis, dass die für Teilbereiche konstatierte politische Entfremdung auch in einem Demokratieverständnis wurzelt, dass – neben einer ausgeprägten Wertschätzung demokratischer Grundsätze wie Meinungsfreiheit und Mehrheitsprinzip – durch drei Merkmale gekennzeichnet ist:

- (a) eine Aversion gegen (partei-)politische Konflikte: Regierung und Opposition gelten zwar als ebenso unverzichtbar für die Demokratie wie ein Mehrparteiensystem, der damit begründete Parteienwettbewerb stößt jedoch auf erhebliche Vorbehalte. Ideal wäre nach den Vorstellungen einer Mehrheit der Befragten eine Opposition, die die Regierung in ihrer Arbeit unterstützt.
- (b) eine starke Outputorientierung: Die Demokratie wird nicht zuletzt an ihren Leistungen gemessen. Sie ist demnach nicht auf eine Legitimation durch Verfahren beschränkt, sondern das Konzept der Demokratie wird inhaltlich aufgeladen und es wird von ihr vor allem die Gewährleistung sozialer Sicherheit erwartet.
- (c) einer versteckten Distanz gegenüber der repräsentativen Demokratie: Die Konzepte der Repräsentation und Delegation stoßen auf eine Skepsis, die einesteils in den Erfahrungen der DDR-Zeit, andernteils in Repräsentationsdefiziten und unzureichender Responsivität während des Transformationsprozesses begründet liegen. Damit verbindet sich eine weit verbreitete Unterstützung direktdemokratischer Verfahren. Diese erscheinen selbst dann als eine Abhilfe gegen die mangelnde Responsivität der „politischen Klasse“, wenn erhebliche Zweifel an der politischen Entscheidungskompetenz der Mitbürger bestehen.

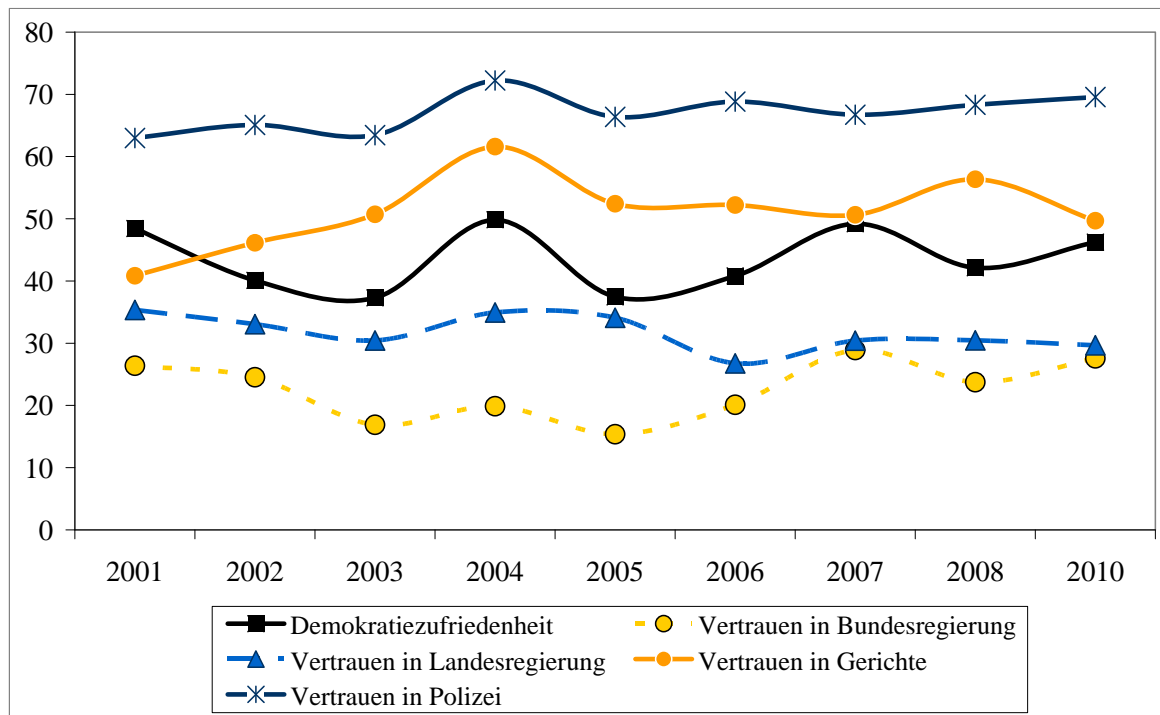
Keines dieser drei Merkmale kann in irgendeiner Weise als exklusiv für Thüringen gelten. Vielmehr findet sich ein solches Demokratieverständnis, das als egalitär bzw. wohlfahrtsstaatlich-plebiszitär charakterisiert werden kann, auch in den übrigen neuen Ländern und teils in Westdeutschland. Entscheidend ist hier die Feststellung, dass es nicht in allen Aspekten ohne weiteres mit der grundgesetzlich verankerten Demokratiekonzeption kompatibel ist – und sich in diesem Zusammenhang Effekte der politischen Entfremdung ergeben können.

Wenn damit Aufschluss über die Bedingungen politischer Entfremdung unter den Thüringer Bürgern gewonnen werden konnte, wie hat sich diese im Zeitverlauf entwickelt? Lässt sich für das zweite Jahrzehnt des Transformationsprozesses eine zunehmende Entfremdung der Bürger von den politischen Institutionen, Akteuren und Verfahren feststellen? Um diese Fragen zu beantworten, müssen über die bisherige statische Betrachtung hinaus die Zeitreihen analysiert werden. Dabei ergeben sich für die Bewertung von Politik und Parteien, die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen teils unterschiedliche Befunde.

Sowohl für die Kritik an der unzureichenden Vertretung von Wählerinteressen durch die Parteien als auch für die Wahrnehmung unzureichender Einflussmöglichkeiten auf die Politik gilt, dass sie über die Jahre hinweg kontinuierlich von einer großen Zahl der Befragten artikuliert worden sind. In dieser Hinsicht kann eine Politikskepsis konstatiert werden, die weite Teile der Gesellschaft erfasst hat – und hochgradig stabil zu sein scheint. Allerdings hat im Jahr 2010 die Parteienkritik an Schärfe verloren und gleichzeitig wird die Responsivität der Politik deutlich besser bewertet als in allen Vorjahren. Dabei muss es sich noch nicht um eine Trendwende in der Wahrnehmung von Politik und Parteien handeln, doch sind die Unterschiede zum Zeitraum 2001 bis 2008 bemerkenswert.

Kein Trend ist hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit der Thüringer auszumachen. Der Anteil derjenigen, die mit der demokratischen Praxis zufrieden sind, schwankt im Untersuchungszeitraum um bis zu zehn Prozentpunkte (Abb. 12). Eine ähnliche Varianz ist beim Vertrauen in die Regierungsinstitutionen zu beobachten. Vor allem die Anteile der Befragten, die weitgehendes oder volles Vertrauen in die Bundesregierung haben, schwanken auch kurzfristig deutlich – offenbar in Abhängigkeit vom Erscheinungsbild der jeweiligen Regierung. Weder für das Vertrauen in die Landesregierung noch für das in die Bundesregierung sind jedoch klare Trends auszumachen. Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die politikfernen Institutionen. Sie haben bis Mitte des Jahrzehnts erheblich an Vertrauen gewonnen – und haben es dann auf hohem Niveau gehalten (Polizei) oder es zu einem kleineren Teil wieder eingebüßt (Gerichte).

Abb. 12: Institutionenvertrauen und Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis (Anteile der Befragten mit großem Vertrauen/großer Zufriedenheit in Prozent), 2001-2010



Quelle: THÜRINGEN-MONITOR

Zumindest für die Jahre 2001 bis 2010 ergeben sich damit keine Anhaltspunkte für eine *gewachsene* politische Entfremdung. Nicht auszuschließen ist, dass sich diese im Verlauf der 1990er Jahre aufgebaut – vor dem Hintergrund der mutmaßlichen Enttäuschung so mancher politischer und vor allem ökonomischer Hoffnungen in der von sozialen Härten (Massenentlassungen, Abwanderung usw.) geprägten Frühphase der Transformation – und seitdem stabilisiert hat. Das Vertrauen, auf das sich namentlich die parteienstaatlichen Institutionen und Akteure stützen können, ist freilich schmal. Während sich ihre Wahrnehmung im Verlauf einer Dekade im Saldo kaum verändert hat, konnten politikferne Institutionen an Vertrauen gewinnen. Diese Entwicklung spricht – ebenso wie die schwankende Demokratiezufriedenheit – zunächst nicht dafür, dass die verbreitete Politikskepsis unmittelbar auf die Bewertung der Demokratie ausstrahlt. Dieser Zusammenhang von politischer Entfremdung und Demokratie bedarf jedoch einer genaueren Analyse.

(3) Eine Gefährdung der demokratischen Kultur ist dann gegeben, wenn die politische Entfremdung nicht nur weit verbreitet ist, sondern darüber hinaus einen Effekt auf die Demokratieunterstützung hat. Dabei interessieren nach dem Dreiebenen-Modell von Fuchs (2002) die Wirkungen auf die Einstellungen zur demokratischen Kultur und zum demokratischen Regime – in Abgrenzung zur Ebene der demokratischen Performanz. Die Unterstützung der Demokratie auf der Ebene der Kultur (Werteordnung) ist im THÜRINGEN-MONITOR durch eine Frage zur Idee der Demokratie, die der Demokratie

auf der Ebene des Regimes (seit 2003) durch eine Aussage zur Akzeptanz der bundesdeutschen Verfassung (Grundgesetz) erhoben worden.

Beide Aussagen werden von einer sehr großen Mehrheit der Thüringer unterstützt. Dass es sich bei der Demokratie um die beste Staatsidee handelt, meinen im Schnitt vier von fünf Befragten. Das politische System, so wie es im Grundgesetz verankert ist, unterstützen drei von vier Befragten. Anders als die Demokratiezufriedenheit (Ebene der Performanz), zeichnen sich die Einstellungen zur Demokratie auf den Ebenen der Kultur und des Regimes durch eine bemerkenswerte Stabilität aus. Sie scheinen entsprechend von tagespolitischen Stimmungen und aktuellen Ereignissen kaum tangiert zu werden. Dieser Befund gilt zumindest für die Befragten insgesamt, denn über individuelle Einstellungsveränderungen lassen sich auf Basis der Querschnittsdaten keine Aussagen machen.

Der Einfluss von Phänomen politischer Entfremdung scheint angesichts der berichteten Stabilität pro-demokratischer Orientierungen nicht sehr ausgeprägt zu sein. Mit anderen Worten: Nur bei einem geringen Teil der Thüringer ist die Entfremdung von der Politik mit der Ablehnung der demokratischen Idee oder Verfassungsordnung verknüpft. Dennoch könnten Politikskepsis und eine Distanzierung von der Politik langfristig zu einer Erosion der solchermaßen verstandenen Demokratieunterstützung führen. Welche Relevanz sie im Vergleich zu anderen möglichen Einflussfaktoren auf die Unterstützung der Demokratie haben, lässt sich im Rahmen eines multivariaten Erklärungsmodell bestimmen. Die Items zur Parteienkritik und zum mangelnden Einfluss auf die Regierungspolitik werden dabei zu einem Summenindex der Responsivität zusammengefasst. Die Analyse beschränkt sich auf die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee, da diese das Fundament pro-demokratischer Einstellungen darstellt. Analog zu den rechtsextremen Einstellungen (vgl. Kap. 2) werden auch ausgewählte sozialstrukturelle Variablen, Items zur relativen Deprivation, die Einheitsbewertung, der Autoritarismus sowie zusätzlich als weltanschaulicher Faktor der Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung in das Modell einbezogen.

Legt man den kumulierten Datensatz zugrunde, zeigt sich, dass die Responsivität der Politik keinen Einfluss auf die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee hat (Tab. 6). Die generalisierten Aspekte politischer Entfremdung bleiben insofern irrelevant für die Demokratieunterstützung. Hingegen sind die beiden anderen Aspekte der politischen Entfremdung, die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen, die erklärungsstärksten Faktoren im Modell. Ob die Thüringer positiv zur demokratischen Idee stehen, hängt demnach maßgeblich davon ab, ob sie mit der demokratischen Praxis zufrieden sind und wie sehr sie parteienstaatlichen und politikfernen Institutionen vertrauen. Daneben bestehen weitere sieben Variablen, die Bedeutung für die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee haben. Trotz der zahlreichen Bestimmungsfaktoren wird jedoch nur eine Varianzaufklärung von 25 Prozent erreicht.

Tab. 6 Modell zur Erklärung der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee (Beta-Werte), 2003-2010 und 2010 im Vergleich

Erklärungsfaktoren	2003-2010 (kumuliert)	2010
<i>Responsivität (Index)</i>	n.s.	,11
<i>Demokratiezufriedenheit</i>	,16	,26
<i>Institutionenvertrauen (Index)</i>	,16	,15
Alter	,07	n.s.
Geschlecht*	-,10	-,11
Bildung	,10	,07
gerechter Anteil	,04	n.s.
Ostdt. Menschen 2. Klasse**	-,04	-,07
Einheitsbewertung	,07	n.s.
Autoritarismus	-,12	-,10
Rückkehr zur sozialistischen Ordnung	-,12	-,10
<i>erklärte Varianz (in %)</i>	25,6	28,0

Kursiv gesetzte Faktoren messen Aspekte der politischen Entfremdung.

n.s. = nicht signifikant

* negatives Vorzeichen: männliches Geschlecht begünstigt Demokratieunterstützung

** Wortlaut: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“

Wie aus der rechten Spalte der Tabelle 6 abzulesen ist, nimmt sich das Erklärungsmodell für das Jahr 2010 etwas Anders aus als das für den kumulierten Datensatz. Die politische Responsivität ist nunmehr eine relevante Determinante der Demokratieunterstützung. Vor allem aber gewinnt die Demokratiezufriedenheit deutlich an Erklärungskraft zu Lasten des Alters, der relativen Deprivation und der Einheitsbewertung, die ihre Signifikanz verlieren. Insgesamt haben damit Faktoren der politischen Entfremdung an Bedeutung gewonnen und zu einer verbesserten Varianzaufklärung beigetragen.

Wie sind die hier referierten Befunde zur politischen Entfremdung und ihren Wirkungen zu interpretieren? Zeichnet sich in der grassierenden Politikskepsis und Parteien- sowie Elitenkritik die von manchen Zeitgenossen befürchtete Entleerung der Demokratie ab? Von einer akuten Gefährdung der Demokratie durch Effekte der politischen Entfremdung ist schon deshalb nicht auszugehen, weil ein demokratisches System auf eine durchgängige rege politische Partizipation seiner Bürger nicht angewiesen ist, sondern auch ohne eine permanent aktive Bürgerschaft überlebensfähig bleibt. Seine Konsolidierung ist jedoch an die Akzeptanz grundlegender demokratischer Ordnungsmuster und Spielregeln durch das Volk geknüpft und verlangt darüber hinaus ein Mindestmaß an politischer Partizipation: Eine reine „Zuschauerdemokratie“ ist damit letztlich inkompatibel. Beides ist in Thüringen gegeben, wie die empirische Bestandsaufnahme hat zeigen können, wengleich die politische Beteiligung seit den frühen 1990er Jahren teils deutlich zurückgegangen ist.

Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass die berichtete Unzufriedenheit mit der politischen Performanz sich auf lange Sicht auf die Unterstützung der demokratischen Werte und des Regimes auswirkt. Mindestens aber erschwert eine erlahmende politische Partizipation die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft gegen die Gegner von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, denen es oftmals nicht an Entschlossenheit mangelt, wirksam vorzugehen. Die sich an manchen Stellen auftuende Kluft zwischen Eliten und Bürgern zu verringern wird dabei Anstrengungen von beiden Seiten erforderlich machen: Eine größere Responsivität der Eliten und womöglich auch eine bessere Kommunikation politischer Entscheidungen ist dafür ebenso erforderlich wie die Formulierung realisierbarer und widerspruchsfreier Anforderungen an „die“ Politik auf Seiten der Bürger. Zu den Paradoxien der Politikskepsis gehört nämlich, dass sie zu einer Zeit auftritt, in der Politik in einem Maße transparent ist, wie kaum jemals zuvor, und in der Beteiligungsmöglichkeiten etwa durch die Wahl von Bürgermeistern, offene Listen bei Kommunalwahlen, Instrumente der direkten Demokratie oder Bürgerhaushalte existieren, wie sie zu Zeiten eines relativ großen Institutionen- und Elitenvertrauens nicht ansatzweise bestanden haben.

6. Fazit und Ausblick: Stabilität und Wandel der politischen Kultur in Thüringen

Die vorliegende Expertise ist gemäß dem Auftrag den Gefährdungen der demokratischen (politischen) Kultur durch – vorrangig – den Rechtsextremismus sowie durch etwaige Prozesse der politischen Entfremdung nachgegangen. Im Bemühen um eine Einschätzung einerseits der Strukturen und andererseits der Entwicklungen im Verlauf von zwei Jahrzehnten wurden Primärdaten (vor allem zu Einstellungen) und Sekundärdaten (vorwiegend zu Erscheinungsformen rechtsextremen Handelns) sowie die verfügbare Literatur ausgewertet. Bevor hier Kernbefunde für die einzelnen Untersuchungsbereiche zusammengefasst werden, um dann zu einer Gesamteinschätzung zu gelangen, ist an die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu erinnern.

Es besteht kein Zweifel, dass im Vergleich zu anderen postkommunistischen Gesellschaften und ohnehin in international vergleichender Perspektive die Voraussetzungen für eine demokratische Konsolidierung im neu gegründeten Land Thüringen wie im gesamten Ostdeutschland ausgesprochen günstig waren. Wirtschaftlich war 1989 trotz der strukturellen Mängel der DDR-Wirtschaft ein hoher Entwicklungsstand erreicht, es gab eine vorkommunistische Demokratieerfahrung und zudem bestand durch den Empfang westdeutscher Fernsehkanäle ein begrenzter Zugang zu freien Medien – all dies sind Faktoren, die eine erfolgreiche Demokratisierung begünstigen. Vor allem galt die Übernahme der in Westdeutschland bewährten Institutionen- und Verfassungsordnung – trotz ihrer ambivalenten Implikationen für die politische Kultur – als Garant für eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung.

Zugleich aber vollzog sich der politische, ökonomische und sozio-kulturelle Wandel in Thüringen ab 1990 unter der Doppelbelastung der Hypotheken des real existierenden Sozialismus und des Stresses einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation. Zu den Erblasten des SED-Regimes gehörte im Hinblick auf die hier interessierende Problematik etwa eine tendenziell integrationsfeindliche Ausländerpolitik. Diese hatte zur Folge, dass es im Alltag der DDR kaum Möglichkeiten des Zusammenlebens von Menschen anderer Nationalität, Herkunft und Kultur gab. Entsprechend wurden nach der deutschen Vereinigung Ausländer in den neuen Ländern als fremd wahrgenommen und stießen auf stärkere Ressentiments als in den alten Ländern.

Darüber hinaus lösten die sozio-ökonomischen Begleiterscheinungen der Transformation massive Unsicherheiten aus. Die Rahmenbedingungen von Massenarbeitslosigkeit, einer grundlegenden Umwälzung der Berufswelt und der Abwanderung in die westdeutschen Länder waren der Entwicklung von Toleranz und Weltoffenheit insofern nicht zuträglich, als in der Gesellschaft eine Konkurrenz um knappe Güter ausgelöst wurde. Gerade der ökonomische Stress begünstigte dabei eine Wahrnehmung

von Ausländern als Rivalen auf dem Arbeitsmarkt und um sozialstaatliche Leistungen, die sich dann auch in einer stark ausgeprägten sozio-ökonomischen Ausländerfeindlichkeit manifestieren.

Wie lassen sich nun die Befunde der vorangegangenen Analysen resümieren?

Gewalt: Der Rechtsextremismus in Thüringen hat sich, wie im gesamten Ostdeutschland, früh durch eine starke Gewaltaffinität und durch massive physische Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner, vor allem aber gegen gesellschaftliche Randgruppen und hier insbesondere gegen Ausländer oder als solche wahrgenommene Personen gerichtet. Die Ausübung physischer Gewalt – und auch ihre Verherrlichung in Songtexten einschlägiger Musikgruppen – ist einerseits fester Bestandteil der Alltagskultur in rechtsextremen Subkulturen, andererseits selbstverständliches Instrument in der politischen Auseinandersetzung. Als solches unterliegt der Einsatz von Gewalt taktischen Kalkülen.

Der Höhepunkt fremdenfeindlicher Gewalt datiert in Thüringen – analog zur Situation in ganz Deutschland – auf die erste Hälfte der 1990er Jahre. Gleichwohl ist der Anteil rechtsextremer Gewalttaten während des vergangenen Jahrzehnts im bundesdeutschen Vergleich weiterhin hoch gewesen; seit 2008 liegt er immerhin unter dem ostdeutschen Schnitt. Die beträchtlichen Schnittmengen mit der gewöhnlichen Kriminalität und die relative Spontaneität vieler Taten unterstreichen, dass in rechtsextremen Subkulturen und auch in den Kameradschaften vornehmlich männliche Jugendliche und Heranwachsende in einem Klima der Gewalt sozialisiert werden – ein Klima, das vielfach die Erfahrungen während der (familiären) Sozialisation widerspiegelt. Dem Anschein nach richtet sich die Gewalt verstärkt auch gegen Repräsentanten des verhassten demokratischen Systems, also gegen politische Funktionsträger auf der lokalen, aber auch auf der Landesebene, und ohnehin gegen die Träger der Staatsgewalt (Polizeibeamte).

Neben der direkten physischen Gewaltausübung spielen aber auch niedrigschwellige Formen der Gewalt eine wichtige Rolle für die Sichtbarkeit des Rechtsextremismus. Im Bestreben, eine Dominanz in Teilbereichen des öffentlichen Lebens zu erlangen, gelingt es rechtsextremen Akteuren immer wieder, „Zonen der Angst“ (Döring 2008) zu schaffen, in denen sich „Fremde“ und Andersdenkende nicht gefahrlos bewegen können. Derartige Versuche, eine sozialräumliche Hegemonie zu erlangen, sind eher punktuell zu beobachten und folgen, soweit dies ersichtlich ist, keiner zentralen strategischen Planung. Sie schaffen aber ein Klima der Einschüchterung und bedeuten – lokal begrenzt – eine massive Einschränkung demokratischer Kultur, da es an den Voraussetzungen für einen freien Diskurs und Meinungspluralismus fehlt.

Subkultur/Kameradschaften: Die einschlägigen Subkulturen sind ein integraler Bestandteil des Rechtsextremismus in Thüringen, auch wenn es den organisierten Kräften nur in Ansätzen gelungen ist, diese dauerhaft in politische Aktivitäten einzubinden. Sie spielen jedoch für die Rekrutierung des politischen Nachwuchses eine

entscheidende Rolle und garantieren darüber hinaus dafür, dass rechtsextreme Ideologie und Publizistik auch Eingang in nicht oder schwach politisierte (Jugend-)Szenen und Cliques finden. Der rechtsextremen Musik in ihren verschiedenen Stilrichtungen kommt dabei als Medium zur Gewinnung neuer Aktivisten eine wichtige Funktion zu. Letztlich sorgen die Subkulturen für die alltägliche Präsenz des Rechtsextremismus und schaffen solchermäßen die Voraussetzungen für seine gesellschaftliche Verankerung.

Den Kameradschaften, die nur in einigen Regionen Thüringens aktiv sind und deren Tätigkeit eng mit einzelnen Führungsfiguren wie Thorsten Heise oder Thomas Gerlach verknüpft ist, kommt eine Mobilisierungsfunktion zu. Ihre Eigenständigkeit ist im Freistaat auf Grund der ausgeprägten personellen Verflechtung mit den Führungsgremien der NPD begrenzt. Im Unterschied zu den rechtsextremen Subkulturen zeichnen sich die Kameradschaften durch eine starke Ideologisierung aus. Ihre Aktionen unterliegen folglich einer weitgehenden strategischen Planung. Ihre Gewaltorientierung ist ebenso ausgeprägt wie bei den rechtsextremen Subkulturen, jedoch wird die Gewaltausübung in aller Regel nicht spontan.

Parteien: Die wohl stärksten Veränderungen im Rechtsextremismus *made in Thuringia* haben sich wohl im Parteienspektrum ergeben. In einem Zeitraum von weniger als 15 Jahren ist es der NPD gelungen, die vormaligen Konkurrenten (DVU, REP) zu marginalisieren und Teile derselben in die eigene Partei zu integrieren. Die NPD hat aber nicht nur eine dominante Stellung im rechtsextremen Parteienspektrum erlangt, sie fungiert faktisch als Gravitationszentrum des gesamten Rechtsextremismus im Freistaat. Diese regelrecht hegemoniale Position innerhalb der extremen Rechten hat sie durch eine grundlegende Neuausrichtung ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erreicht:

- *programmatisch* durch eine populistische und antikapitalistische „Wende“, die es ermöglicht hat, aktuelle Themen aufzugreifen und Globalisierungskritik von Rechtsaußen aufzunehmen. Dadurch ist es gelungen, auch Kreise zu erreichen, die für „alte“ rechtsextreme Themen (Geschichtsrevisionismus usw.) nicht ansprechbar gewesen wären.
- *personell* durch die Öffnung der Partei gegenüber „freien Kräften“ und den jugendlichen Aktivisten aus den Subkulturen. Dadurch wurde die Mitgliedschaft erheblich verjüngt und zugleich die Mobilisierungsfähigkeit deutlich erhöht. Darüber hinaus hat die NPD eine gewisse personelle Kontinuität erreicht.
- *organisatorisch* durch eine regelrechte Verschmelzung mit den Kameradschaften. In diesem Zuge sind neonazistische Aktivisten wie Patrick Wieschke oder Thorsten Heise gezielt in die engere Parteiführung integriert worden.
- *strategisch* durch das Konzept der zunächst drei Säulen, welches dann um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, ergänzt wurde. Diese Strategie erlaubt der NPD sowohl ein militantes als auch ein bürgerliches Auftreten. Zugleich hat sie sich intensiv um eine lokale Verankerung bemüht, die aber bislang nur vereinzelt gelungen ist. Gerade im Vergleich zur

sächsischen NPD fällt auf, dass sie jenseits einzelner Gemeinden über keine Hochburgen verfügt.

Gleichwohl sind die strukturellen Probleme der Partei in Thüringen nicht zu übersehen. Ihre Mitgliedschaft ist zwar gegenüber den 1990er Jahren deutlich gestiegen, jedoch weiterhin zahlenmäßig begrenzt. Strukturell bleibt die NPD eine Männerpartei, die als Wahlpartei dann auch vor allem für jüngere Männer und für untere Bildungsschichten attraktiv ist. Diese Beschränkungen verhinderten auch im 20. Jahr der Einheit, dass die „Nationaldemokraten“ trotz im Zeitverlauf immer besserer Landtagswahlergebnisse eine parlamentarische Vertretung erreichten. Der Thüringer Landtag ist damit das einzige ostdeutsche Landesparlament, in dem seit der Gründungswahl 1990 niemals eine rechtsextreme Partei ein Mandat gewonnen hat.²⁰ Die mäßige Wählerunterstützung lässt jedoch nicht ohne Weiteres darauf schließen, dass die Thüringer Bürger resistent gegenüber rechtsextremem Gedankengut wären.

Einstellungen: Alle Erhebungen zeigen, dass in Thüringen wie bundesweit rechts-extreme Einstellungen stärker verbreitet sind, als es die Wahlergebnisse der Rechtsaußenparteien vermuten lassen könnten. Entsprechend ist es diesen bislang nicht gelungen, ihr Wählerpotenzial auszuschöpfen – was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass (auch bei rechtsextrem Eingestellten) starke Antipathien gegen sie bestehen. Die Affinität zu rechtsextremem Denken variiert deutlich zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Analog zu den Befunden über Wahlen, Parteien, Subkulturen und Gewalt finden sich rechtsextreme Einstellungen weit überproportional bei Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau. Diese Asymmetrie bei der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen lässt erkennen, dass es sich verstärkt um ein Problem an den Rändern der Gesellschaft handelt, wenn es auch nicht auf diese beschränkt bleibt. Die für sämtliche Formen rechtsextremen Verhaltens charakteristischen Geschlechterunterschiede bestehen auf der Einstellungsebene hingegen nicht.

Besondere Aufmerksamkeit kommt unter den Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms der Ausländerfeindlichkeit zu, da diese teils breite Unterstützung erfährt. Hier vermag der organisierte Rechtsextremismus mit einem Aspekt seines Kernprogramms an breitere gesellschaftliche Diskurse anzuknüpfen – eine Möglichkeit, die ihm bei anderen Themen verwehrt ist. Wenn rechtsextreme Einstellungen nach einer gerne verwendeten Formulierung „in der Mitte der Gesellschaft“ anzutreffen sind, dann gilt dies am ehesten für die Ausländerfeindlichkeit. Gleichwohl finden im Zuge eines seit einigen Jahren zu beobachtenden generellen Rückgangs rechtsextremer Einstellungen in Thüringen auch ausländerfeindliche Statements geringere Zustimmung.

20 Wohl aber gab es während der ersten Legislaturperiode einen einzelnen Abgeordneten, der einer rechtsextremen Partei angehörte: Matthias Ritter trat 1993 aus der CDU-Fraktion und auch aus der Partei aus und wechselte zu den „Republikanern“. Seitdem hat er – als einziger Vertreter einer rechtsextremen Partei – bei allen neun Landtags- und Bundestagswahlen (für die REP) kandidiert.

Neben dem Rechtsextremismus ist hier auch der mutmaßlichen *politischen Entfremdung* und ihren Folgen nachgegangen worden. Dabei konnten tatsächlich in weiten Teilen der Thüringer Gesellschaft Hinweise auf eine ausgeprägte Politikskepsis nachgewiesen werden. Namentlich den parteienstaatlichen Institutionen, allen voran den Parteien selbst und ihrem Personal, wird geringes Vertrauen entgegen gebracht. Die Repräsentationsleistungen „der“ Politik stoßen auf massive Kritik und an ihrer Responsivität bestehen erhebliche Zweifel. Auf der Verhaltensebene ist zudem ein mitunter drastischer Rückgang des konventionellen politischen Engagements (in Parteien, Gewerkschaften usw.) zu beobachten.

Deutet sich in diesen Entwicklungen eine Entleerung der Demokratie an? Kommt es gar – bei formal intakten demokratischen Institutionen und Verfahren – zu einer Aushöhlung demokratischer Politik? Zu einem derart skeptischen Befund gelangen die genaueren Analysen nicht. Sie zeichnen nicht nur ein differenziertes Bild der Bewertungen demokratischer Performanz, sondern sie lassen auch keine *wachsende* Distanzierung von politischen Institutionen, Akteuren und Verfahren erkennen. Vor allem aber scheint die Unterstützung der Demokratie als Norm und Verfassungsordnung durch das vorliegende Ausmaß politischer Entfremdung nicht erodiert zu sein; sie erweist sich im Zeitverlauf als bemerkenswert stabil.

Von Prozessen der politischen Entfremdung geht insofern kurz- und mittelfristig eher keine Gefährdung der Demokratie aus. Allenfalls langfristig ist ein Umschlagen der politischen Entfremdung in „Demokratiemüdigkeit“ vorstellbar, wenn auch – nach den vorliegenden Befunden – nicht sehr wahrscheinlich. Das bei stabilem Interesse an politischen Fragen erlahmende politische Engagement liegt denn auch nur zu einem Teil in enttäuschten Erwartungen an „die“ Politik begründet.

Gleichwohl ist eine partielle „Politikmüdigkeit“ aus einer normativen Perspektive wenn nicht bedenklich, so doch zu bedauern – und dies aus drei Gründen: Erstens bleiben durch nachlassendes politisches Engagement (zivil-)gesellschaftliche „Ressourcen“ ungenutzt. Damit in Verbindung steht zweitens, dass es in einer aktiven Bürgerschaft leichter ist, Vertrauensbeziehungen aufzubauen, die ihrerseits im Sinne der Bildung von sozialem Kapital zu einer verbesserten Qualität gesellschaftlichen Zusammenlebens beitragen. Schließlich weisen die politischen Entfremdungsprozesse einen sozialen Bias auf, d.h. sie sind in sozial weniger integrierten Gruppen stärker ausgeprägt als in anderen. Damit werden aber die ohnehin schon vorhandenen Unterschiede in der Partizipation zwischen beispielsweise den Bildungsgruppen noch verstärkt.

In der Gesamtschau der Befunde zum „Gefahrenpotenzial“ des Rechtsextremismus und der politischen Entfremdung stellt sich unweigerlich die Frage nach der demokratischen Konsolidierung in Thüringen. An anderer Stelle ist bereits ausgeführt worden, dass diese auf den Ebenen der Verfassung und der Eliten weitgehend vollzogen ist (Edinger 2004). Gilt das aber auch für die zivilgesellschaftliche

Konsolidierung? Unter demokratischer Konsolidierung wird gemeinhin verstanden, dass die Demokratie auch sehr schweren Krisen standzuhalten vermag, ohne nennenswerten Schaden zu nehmen. Vollständig stabilisiert und gegen derartige Herausforderungen grundlegend gefeit, mag die demokratische Kultur noch nicht anmuten. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass Thüringen wie die anderen ostdeutschen Länder gerade erst eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise (mutmaßlich) überwunden hat. Zu einer Destabilisierung der demokratischen Kultur hat diese Krise nicht geführt. Insofern lässt sich am treffendsten von einer weitgehenden, aber womöglich noch ein wenig fragilen zivilgesellschaftlichen Konsolidierung sprechen.

Die Befunde der hier präsentierten Analysen lassen keinen Zweifel daran, dass der latente und auch der manifeste Rechtsextremismus eine bleibende Herausforderung darstellen. Der Rechtsextremismus würde auch dann nicht aus Thüringen „verschwinden“, wenn ein deutliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen wäre und die Arbeitslosigkeit deutlich sinken sollte. Dafür sind seine Ursachen zu vielgestaltig und sie greifen weit über das Ökonomische und die sozio-ökonomische Lage hinaus; hier gilt gerade nicht „it’s the economy, stupid!“. Vor diesem Hintergrund scheint es überaus sinnvoll, staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zu koordinieren und zu vernetzen, vor allem aber Strategien langfristig zu entwickeln und stabile Strukturen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu schaffen.

Besondere Beachtung verdient dabei die berichtete soziale und regionale Asymmetrie im Rechtsextremismus. Ganz offenkundig sind es vor allem ressourcenschwache Gruppen, die rechtsextrem denken und handeln. Zudem scheinen insbesondere strukturschwache ländliche Gebiete Thüringens einen besonders guten Nährboden für den Rechtsextremismus zu bieten. Die sozialen Problemlagen werden dort oft noch durch die Abwanderung qualifizierter junger Leute verstärkt, die ein wichtiger Träger zivilgesellschaftlicher Initiativen sein können. Zwar stellt die These von der „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“ (Staud 2006: 10) eine provokative Überzeichnung dar, doch ist es richtig, dass sich problematische Entwicklungen hier wie in einem Brennglas zeigen.

Die Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen geht denn auch nicht vordringlich vom organisierten Rechtsextremismus oder speziell von der NPD aus. Selbst wenn es ihr gelingen sollte, eine bessere Repräsentation in den kommunalen Vertretungskörperschaften zu erreichen und in den Thüringer Landtag einzuziehen, ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, dass sie die Politik im Land in nennenswerter Art und Weise mitgestalten können. Dagegen spricht schon ihre gänzlich isolierte Stellung im Thüringen Parteiensystem. Seitens der etablierten Parteien gilt die NPD nicht nur als koalitionsunfähig, sondern mit ihr wird auch in sonst keiner Weise zusammengearbeitet.²¹ Insofern gilt weiterhin, dass die NPD „[w]eder in Thüringen

21 Diese mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie und Praxis begründete Ausgrenzung der NPD gilt gleichermaßen in den übrigen Ländern und im Bund. Im europäischen Vergleich stellt eine so

noch andernorts (...) auf dem Weg zu einer Massenpartei [ist], die die Substanz des demokratischen Verfassungsstaates ernsthaft gefährden könnte“ (Patz/Oppelland 2008: 469).

Eine Herausforderung für die demokratische Kultur besteht freilich nicht erst dann, wenn der Verfassungsstaat bereits in seiner Substanz bedroht ist. Problematisch sind in dieser breiteren Perspektive eben auch etwaige „Landgewinne“ des Rechtsextremismus, die sich nicht in einer breiten Wählerunterstützung niederschlagen. Dazu gehören die alltagskulturelle Präsenz von rechtsextremen Subkulturen und Cliques etwa an einigen Berufsschulen, die lokal begrenzte Dominanz in manchen Gemeinden oder Straßenzügen und die davon ausgehende Einschüchterung, das punktuelle Eindringen von NPD-Kadern in Vereine, Bürgerinitiativen und Elternvertretungen, die gezielten Freizeitangebote zur Rekrutierung von Jugendlichen. Diese Versuche einer „schleichenden Normalisierung“ rechtsextremer Denkweisen bleiben oftmals unbemerkt.

Wie sich der Rechtsextremismus und die politische Entfremdung in Thüringen zukünftig entwickeln werden, lässt sich kaum prognostizieren. Vorstellbar sind drei (idealtypische) Szenarien – die Postdemokratisierung, die demokratische Revitalisierung und die fragile Konsolidierung, die sich wie folgt skizzieren lassen:

1. *Postdemokratisierung*: In diesem Szenario setzen sich die in Ansätzen vorhandenen Trends des politischen Disengagements beschleunigt fort – bei einer verstärkten Entfremdung der Bürger von der institutionellen Politik. Die Kluft zwischen den Ansprüchen der Bürger und den „Leistungen“ der Eliten nimmt zu – und die stellenweise zu konstatierende Politikmüdigkeit wächst sich zu einer genuinen „Demokratiemüdigkeit“ aus. Gleichzeitig gelingt es rechtsextremen Gruppierungen, die politische Unzufriedenheit zu instrumentalisieren und – beginnend auf der lokalen Ebene – eigene Themen auf die politische Agenda zu bringen und bei Wahlen breitere Unterstützung zu gewinnen. Mittelfristig gelingt der extremen Rechten zweierlei: Erstens eine begrenzte örtliche Akzeptanz und die Etablierung als kommunalpolitische Kraft vorwiegend im ländlichen Raum, zweitens ein durch populistisches Agenda-Setting steigender Druck auf die etablierten Parteien, denen mindestens punktuell die Auseinandersetzung mit Themen der Rechtsaußen aufgezwungen wird.
2. *Demokratische Revitalisierung*: Dieses Szenario geht von einer (Neu-)belebung zivilgesellschaftlicher Initiativen gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aus. Etwas überspitzt ließe sich formulieren, dass sich Institutionen und Akteure der Demokratie angesichts ihrer radikalen Infragestellung durch den Rechtsextremismus (und nicht nur durch diesen) der eigenen Prinzipien und Werte wieder verstärkt bewusst werden – und diese

klare Abgrenzung nicht immer eine Selbstverständlichkeit dar, wie Beispiele etwa aus der Slowakei und Ungarn illustrieren.

verteidigen. In diesem Zuge kommt es dann zu einem verstärkten demokratischen Engagement, das seinen Ausgang bei der lokalen Ebene nimmt, aber darüber hinausgeht. Zunächst eher zaghaft und sporadisch, verstärken sichtbare Erfolge die demokratische Partizipation – und münden in ein dauerhafteres Engagement, von dem mittelfristig auch die parteienstaatlichen Akteure profitieren. Rechtsextreme Aktivitäten stoßen in der Konsequenz auf den verstärkten Widerstand von Staat und Zivilgesellschaft.

3. *Fragile Konsolidierung*: In diesem Szenario wird gewissermaßen der mutmaßliche Status quo fortgeschrieben. Die Demokratie ist auf den Ebenen der Verfassung, der Institutionen und der Repräsentation konsolidiert und die Thüringer unterstützen diese Ordnung weitgehend. Gleichzeitig jedoch verstärken sich die Bemühungen rechtsextremer Kräfte um einen stärkeren gesellschaftlichen Einfluss und verstetigen sich Prozesse der politischen Entfremdung. Auf lokaler Ebene wird es demnach mancherorts zu einem „Wettlauf“ zwischen Verankerungsversuchen der extremen Rechten und Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, diese zu verhindern, kommen.

Es mag vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Analysen nicht überraschen, dass dieses dritte Szenario plausibler erscheint als das der Postdemokratisierung und der demokratischen Revitalisierung. Auch im Szenario der fragilen Konsolidierung ist die weitgehende Bewahrung der demokratischen Kultur aber kein „Selbstläufer“, sondern sie wird in oftmals mühsamen Prozessen gegen vielfältige Widerstände erstritten.

Literatur

- Adorno, Theodor W. u.a. (1950). *The Authoritarian Personality*, New York / London.
- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden.
- Arzheimer, Kai (2005). Die Wahl extremistischer Parteien, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.). *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 389-422.
- Arzheimer, Kai / Schoen, Harald / Falter, Jürgen W. (2000). Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn, S. 220-245.
- Babka von Gostomski, Christian / Küpper, Beate / Heitmeyer, Wilhelm (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland, In Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt a.M., S. 102-128.
- Backes, Uwe / Steglich, Henrik (2007). Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.
- Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.) (2009). *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden.
- Crouch, Colin (2004). *Post-Democracy*, Oxford.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006). Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Döring, Uta (2008). Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden.
- Edinger, Michael (2004). Verfassungsrechtliches Neuland und die Bewährung der Verfassung in der Praxis, In Thüringer Landtag (Hrsg.): *Zehn Jahre Thüringer Landesverfassung*, Weimar, S. 63-84.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2004). Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. u.a.
- Embacher, Serge (2009). Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn.
- Falter, Jürgen W. (1994). Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München.

- Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen (Hrsg.) (1996). *Rechts-extremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung* (= PVS-Sonderheft 27), Opladen.
- Flad, Henning (2006). Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik, In Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.). *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg, S. 102-115.
- Flemming, Lars (2005). *Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*, Baden-Baden.
- Frindte, Wolfgang / Neumann, Jörg (Hrsg.) (2002). *Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe*. Wiesbaden.
- Fuchs, Dieter (2002). Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: ders. / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (Hrsg.). *Bürger und Demokratie. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Wiesbaden, S. 27-49.
- Gabriel, Oscar W. (2005). Wächst zusammen, was zusammen gehört?", In ders. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.). *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland.*, Baden-Baden, S. 385-423.
- Gaßebner, Martina u.a. (2003). Drei Studien: Zusammenfassung und praktische Konsequenzen. In Wahl, Klaus (Hrsg.). *Skiheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Opladen, S. 259-279.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987). Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München 1987.
- Heinrich, Gudrun (2008). Die NPD als Bewegungspartei, in: *Neue Soziale Bewegungen* 21 (4), S. 29-38.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, In: ders. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt a.M., S. 15-34.
- Hoffmann, Uwe (1999). Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M.
- Jaschke, Hans-Gerd (2006). *Politischer Extremismus*. Wiesbaden.
- Kaase, Max (1983). Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: ders. / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.). *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen, S. 144-171.
- Kaina, Viktoria (2008). Decling Trust in Elites and Why We Should Worry About It – With Empirical Evidence from Germany, In: *Government and Opposition* 43, 405-423.
- Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg.

- Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.). *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006.
- Kreis, Joachim (2007). Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen zweier Studien, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 12, Berlin.
- Langebach, Martin / Raabe, Jan (2010). *RechtsRock – Made in Thüringen*, 2., akt. Aufl., Erfurt.
- Maier, Jürgen (2000). Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, Opladen.
- Mantino, Susanne (1999). *Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungskonzept*, Baden-Baden.
- Marneros, Andreas (2005). Blinde Gewalt. Rechtsradikale Gewalttäter und ihre zufälligen Opfer, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2010). Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden.
- Neureiter, Marcus (1996). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg.
- Niedermayer, Oskar (2010). Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009. In *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41, S. 421-437.
- Patz, Janine / Oppelland, Torsten (2008). Rechtsextreme Parteien: NPD, DVU und „Republikaner“, in: Schmitt, Karl / Oppelland, Torsten (Hrsg.). *Parteien in Thüringen. Ein Handbuch*, Düsseldorf, S. 433-469.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 4. aktual. Aufl., München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2009a). Die Besonderheiten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Eine Analyse gesellschaftlicher und lagerinterner Bedingungsfaktoren, in: *Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 48, S. 94-108.
- Pfahl-Traughber, Armin (2009b). Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotenzial und Profil, In Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen – Antworten*. Wiesbaden, S. 77-91.
- Poutrus, Patrice G. / Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis (2000). Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 15-21.
- Priester, Karin (2009). Die unterschätzte Rolle der Frauen im Rechtsextremismus. Wahlbewerberinnen für rechtsextreme Parteien und Wahlbündnisse, In *Leviathan* 37, S. 77-94.
- Reif, Karlheinz / Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Elections Results, In *European Journal of Political Research* 8, 3-44.

- Rippl, Susanne / Baier, Dirk (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57, S. 644-666.
- Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hrsg.) (2008). Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin.
- Rohe, Karl (1994). Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, In Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hrsg.). *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, S. 1-21.
- Ruf, Christoph / Sundemayer, Olaf (2009). *In der NPD: Reisen in die National Befreite Zone*. München.
- Scheuch, Erwin K. / Klingemann Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12, Tübingen, S. 11-29.
- Schröder, Klaus (2004). *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn u.a.
- Schröder, Klaus (2007). Expertise zu 'Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland', In *Politische Studien* 58 (Themenheft 1/2007), S. 83-119.
- Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.) (2001). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Bilanz, Opladen.
- Schulze, Christoph (2009). Das Viersäulenkonzept der NPD, In Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden, S. 92-108.
- Schuppert, Gunnar F. (2008). *Politische Kultur*, Baden-Baden.
- Staud, Toralf (2006). *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, 2. Aufl., Köln.
- Steglich, Henrik (2005). *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*, Göttingen.
- Stöss, Richard (2007). *Rechtsextremismus im Wandel*, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. akt. Aufl., Berlin.
- Thränhardt, Dietrich (1998). Die DVU: eine virtuelle Partei, durch manipulierbares Wahlrecht begünstigt – ein Plädoyer zur Wahlrechtsreform, In *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29, 441-448.
- Thumfart, Alexander (2002). *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt a.M.
- Tramitz, Christiane (2001). *Unter Glatzen. Meine Begegnungen mit Skinheads*, München.
- Wahl, Klaus (Hrsg.) (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*, Opladen.
- Weizsäcker, Richard von / Hofmann, Gunter / Perger, Werner A. (1992). *Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger*. Frankfurt a.M.

- Westle, Bettina (2009). Das klassische Konzept der Politischen Kultur, In dies. / Gabriel, Oscar W. (Hrsg.). *Politische Kultur. Eine Einführung*, Baden-Baden, S. 13-23.
- Winkler, Jürgen R. (2000). Formen und Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deth, Jan van / Rattinger, Hans / Roller, Edeltraud (Hrsg.). *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*, Opladen, S. 359-382.
- Winkler, Jürgen R. (2005). Persönlichkeit und Rechtsextremismus, in: Schumann, Siegfried / Schoen, Harald (Hrsg.). *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, S. 221-241.